

In diesem Heft

Editorial

Essay

GÜNTER WIRTH
Friedrich Wilhelm Foerster 5

Gesellschaft – Analysen & Alternativen

RAFFAELE PIRIA
Der internationale Lelio-Basso-Preis
für ökonomische und politische Alternativen 19

BENEDETTA CALANDRA
Gemeinwirtschaftliche Organisationen in Chile 22

Bund proletarisch-revolutionärer Schriftsteller

ELFRIEDE BRÜNING
Erinnerungen an den BPRS 37

WALTER FÄHNTERS
Revolutionäre und proletarische Literaturentwicklungen
im ersten Jahrzehnt der Weimarer Republik 40

LEONORE KRENZLIN
Roter Matrose und Widerstandskämpfer.
Der unbekannte Schriftsteller Willy Sachse 47

DIETER SCHILLER
Zur Arbeit des Bundes proletarisch-revolutionärer
Schriftsteller im Pariser Exil 57

SIMONE BARCK
Mythos BPRS-Literatur?
Zum widersprüchlichen Umgang
mit der BPRS-Tradition in der DDR 64

SABINE KEBIR
Aladár Komját (1891-1936) –
ein unbekanntes Mitglied des BPRS 72

Utopie historisch

RICHARD SAAGE
Saint-Simons Utopie der Industriegesellschaft 76

Festplatte

WOLFGANG SABATH
Die Wochen im Rückstau 88

Bücher & Zeitschriften

Ursula El-Akramy:
Transit Moskau.
Margarete Steffin und Maria Osten,
Hamburg Europäische Verlagsanstalt 1998
(GERD KAISER) 90

Hans-Herrmann Hartwich:
Die Europäisierung des deutschen Wirtschaftssystems,
Leske + Budrich Opladen 1998
Bruno Cattero (Hrsg.):
Modell Deutschland – Modell Europa.
Probleme und Perspektiven,
Leske + Budrich Opladen 1998
(ULRICH BUSCH) 91

Ilona Schleicher:
DDR-Solidarität im südlichen Afrika.
Auseinandersetzung mit einem ambivalenten Erbe,
hrsg. vom Solidaritätsdienst-international e.V.,
Berlin 1999
(ARNDT HOPFMANN) 94

An unsere Leserinnen und Leser
Impressum 96

Editorial

Helmut Kohl wird einst in der Riege der deutschen Kanzler als der letzte Sozialdemokrat verzeichnet werden. Niemandem wollte er weh tun. Von der Wirtschaft verstand der Kanzler der Einheit etwa so viel wie weiland Erich Honecker – auch er ein Sozialdemokrat, der sich aber für einen Kommunisten hielt, so wie sich Kohl für einen Christdemokraten hält (was auch immer das sein mag). Mit Honecker verstand sich der Kohl übrigens ohne Dolmetscher. Nicht nur weil beide aus der Pfalz stammten – für Landesunkundige: das Saarland gehörte bis 1919 zur Pfalz –, sondern weil beide wollten, daß die Leute mindestens so tun, als würden sie glauben, was man ihnen erzählt.

Helmut Kohl ist seiner historischen Aufgabe nicht gerecht geworden. Erich Honecker auch nicht – oder vielleicht doch? Darüber wird die Geschichte richten. Doch das tut nicht weh, zumindest Honecker nicht mehr.

Anders als Margaret Thatcher und Ronald Reagan hat jedenfalls Kohl versagt, weil er die Gesellschaft nicht neoliberal verkommen ließ. Dort, wo sie verkam, geschah es trotz seiner Absichten – auch wenn er den Bossen Zugeständnisse machte. Aber die machte er allen anderen ebenso.

Das Bündnis für Arbeit war schließlich eine Idee aus seinem Kabinett. Daß nichts draus wurde, ändert daran nichts. Sein Nachfolger ist ganz wild darauf, sie zu verwirklichen. Nicht alles anders, aber vieles besser machen.

Blair und Clinton gerieren sich heute erfolgreich als Werbeträger für einen dritten Weg, den third way. Manch deutscher Linker denkt dabei immer noch an den dritten Weg der Zwischenkriegs- und Nachkriegszeit – als Weg zwischen Kapitalismus und Stalinismus. Darum geht es heute natürlich nicht mehr. Nur hatte dies niemand Oskar Lafontaine gesagt. Gefragt ist heute ein Weg zwischen neoliberaler Asozialität und sozialdemokratischem Dirigismus à la Keynes. Selbst wenn es Helmut Kohl nicht wahrhaben mag – auch er war Keynesianer.

Und genau darin besteht in Deutschland das Problem. Die Briten und Amerikaner kennen schon beides: sowohl den langen Nachkriegsaufschwung, dessen Überschüsse der Staat dirigistisch – wenigstens zum Teil – unter jene Leute brachte, die über keine Produktionsmittel verfügten, als auch die Zerstörung der Wohlfahrtsstaatlichkeit im Zeichen wiederentdeckter Globalisierungstendenz des Kapitals.

Nach diesen Umbrüchen der Lebensperspektiven von Millionen Menschen im angloamerikanischen Raum gewinnt das Palaver vom dritten Weg durchaus eine gewisse Plausibilität.

Natürlich ist dieser Weg nichts anderes als die Light-Version neoliberaler Asozialität, nur netter durchgestylt und mit flotten Sprüchen versehen, z.B. dem von den einzigartigen Chancen der Individualisierung am Ausgang eines durch kollektivistische Wahnideen verdorbenen Jahrhunderts.

In Deutschland weiß man mit derlei noch wenig anzufangen. Im Meer von Blut, Schweiß und Tränen – als Folgen der Globalisierung – ist das Land bisher eine Insel der Windstille.

Schröder muß nun die Hausaufgaben seines Vorgängers und Ver-sagers nacharbeiten. Als Begleitmelodie läuft auch bei ihm das Lied vom dritten Weg. Und alle singen mit, obwohl es niemand so recht versteht.

Das ist Gerhard Schröders Chance. Die Deutschen haben sich schon immer gern an Dingen beteiligt, die sie nicht verstanden. Das machte es dann auch hinterher einfacher, den nachfolgenden Generationen zu erklären, daß man nichts gewußt habe.

Aber das nächste Mal machen wir alles ganz anders! Spätestens dann geht's wieder von vorne los.

Bliebe Lafontaine – einer aus der Welt von gestern, der Welt des Helmut Kohl und Erich Honecker. Er hatte nichts verstanden und geglaubt, die anderen verstünden nichts. Das ist oft so bei den großen von den kleinen Männern. Als ihm Schröder endlich den Hombach als Dolmetscher schickte, reiste Lafontaine – Reißaus nehmend – aus. Nach Saarbrücken.

Ob dort auch Platz für den Rest der deutschen Alt-Linken ist, bedarf dringender Klärung. In der SPD dürfte ihnen ihre befristete Aufenthaltsberechtigung jedenfalls demnächst endgültig entzogen werden.

JÖRN SCHÜTRUMPF

GÜNTER WIRTH

Friedrich Wilhelm Foerster

»3 x Foerster« – es war von vornherein klar, daß es nicht zu einem einheitlichen Ergebnis dieser »Rechenoperation« sui generis kommen könnte und würde, und das will sagen: Der Gartenarchitekt Karl Foerster war und ist natürlich in Potsdam am bekanntesten und den Potsdamern, zumal in ihren Gärten, am nächsten. Auch Wilhelm Foerster ist – durch die astronomischen Institute in der Stadt, vor allem aber durch diesen Verein, die Potsdamer URANIA, mit dem namentlichen Bezug auf ihn – so fern nicht, und in einer Potsdamer Zeitung würde man wohl nicht den kürzlich in der F.A.Z. entdeckten Fehler – »Urania-Verein ›Wilhelm Forster« – finden. Am fernsten in jeder Hinsicht ist indes der dritte Foerster, gewissermaßen der Unsicherheitsfaktor in dieser thematischen Rechenoperation, allein schon deshalb, weil er, Friedrich Wilhelm Foerster, durch seine frühe Emigration und die ausgebliebene Rückkehr nach Deutschland realiter sehr fern war und durch seine geistig-politischen Gegner in vielen Lagern uns bewußt ferngerückt wurde.

In dem jetzt vorliegenden Buch, das neue Forschungserträge und die Vorträge eines Symposions in Potsdam im März 1995 zusammenfaßt, ist freilich unter drei Gesichtspunkten viel Material zusammengetragen, das uns gerade auch den »dritten Mann« näherbringen kann: unter dem biographischen, zumal in dem Beitrag von Professor Franz Pöggeler, der ja seit den frühen fünfziger Jahren so viel für F. W. F., für die Erschließung, Popularisierung und die Rezeption seines Werks, getan hat, und es liegt nahe, daß es auch der pädagogisch-wissenschaftliche Ansatz bei F. W. F. ist, den Pöggeler würdigt; unter dem ethischen von Mathias Iven, und das Ethische ist ja recht eigentlich das Kernstück in F. W. F.s Haltung, bei Foerster, der zwar Pädagoge war, sich aber nach seinem Selbstverständnis und Selbstbekenntnis als Ethiker verstand (und paradoxerweise war es der fanatischste Antisemit unter den deutschen Literaturkritikern, Adolf Bartels, der eine knappe polemische Erwähnung Foersterns in seiner Literaturgeschichte unter das Rubrum »Ethiker« stellte!); schließlich unter weltanschaulich-politischen Gesichtspunkten in dem Vortrag von Gunnar Porikys, der den antichauvinistischen, antimilitaristischen, pazifistischen F. W. F., im ethischen wie im familiären Rahmen, porträtiert hat (unter Verwendung viel bisher unbekannter Materials). Leider ist das komplementäre Referat von Helmut Donat, dem bremischen Verleger, der Teile des Foerster-Archivs besitzt und Verfasser eines Lexikon-

Günter Wirth – Jg. 1929, Publizist.

1973-1990 Chefredakteur bzw. Herausgeber der evangelischen Monatszeitschrift STANDPUNKT; 1985-1993 Honorarprofessor für Neue und Neuere Kirchengeschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin; bis September 1990 Leiter der Wissenschaftlichen Arbeitsgruppe des Vorsitzenden der DDR-CDU, Lothar de Maizière.

Zahlreiche Veröffentlichungen, u.a. über Johannes Bobrowski, Albrecht Goes, Heinrich Grüber, Herder, J.L. Hromádka, Martin Luther King u.a.

In UTOPIE kreativ erschien bereits der Beitrag über Liselotte Richter, die Berliner Universität und die SMA 1946 bis 1948, Heft 29/30 (März/April 1993), S. 79-93. In Vorbereitung: Der andere Geist von Potsdam. Zur Kulturgeschichte einer Stadt 1918 bis 1989.

Mitte März 1995 veranstaltete die Potsdamer URANIA e.V., die nach dem Begründer der URANIA, dem mit Potsdam eng verbundenen Astronomen Wilhelm Foerster benannt ist, eine Tagung mit dem Thema »3 x Foerster«, in der das Erbe Wilhelm Foersters und seiner bekanntesten Söhne, des Pädagogen Friedrich Wilhelm Foerster und des Gartengestalters und Schriftstellers Karl Foerster aufgearbeitet werden sollte. Die Vorträge erschienen noch 1995 gedruckt im Schibri-Verlag Milow: »3 x Foerster. Beiträge zu Leben und Werk von Wilhelm Foerster, Friedrich Wilhelm Foerster und Karl Foerster«, herausgegeben im Auftrag des URANIA-Vereins »Wilhelm Foerster« Potsdam e.V. von Mathias Iven (267 S.). Bei der Präsentation des Buches in Potsdam hielt der Verfasser, der auf der Konferenz über Karl Foerster gesprochen hatte, den hier dokumentierten Vortrag.

Artikels zu F. W. F. ist, nicht eingereicht worden und konnte nur mit einer knappen Skizzierung durch Mathias Iven in dem Buch seinen Platz finden; dabei wäre gerade dieser Aspekt organisierter pazifistischer Tätigkeit Foersters der näheren Untersuchung wert.

Angesichts der relativen Ferne F. W. F.s wird es nicht ungünstig sein, einige Daten zu seinem Lebensgang anzuführen: Am 2. Juni 1869 als ältester Sohn Wilhelm Foersters geboren, erhielt er im Elternhaus, wie er (ziemlich ungewöhnlich) für das Nachschlagewerk »Wer ist wer?« bekannt hat, eine »konsequent religionslose« Erziehung. Als Schüler an Berliner Gymnasien ist er ein scheinbar schlechter und durch das liberale Elternhaus zur Aufsässigkeit veranlaßter Schüler, der indes beim Abitur durch glänzende schriftliche Arbeiten überrascht. In Freiburg i.Br. studiert er (u.a. bei Riehl) Philosophie und Nationalökonomie, in Berlin (u.a. bei Zeller) Ethik und Sozialwissenschaften. 1893 wird er mit einer Arbeit über Kant promoviert. Zur Habilitation gelangt F. W. F. an deutschen Universitäten nicht, da er Mitte der 90er Jahre wegen Verleumdung des Kaisers (er hatte dessen Äußerungen über die Sozialdemokratie zurückgewiesen) zu einer dreimonatigen Festungshaft (er saß sie in Danzig ab) verurteilt worden war. So muß er sich – erste Emigration – in Zürich (1899) habilitieren (»Willensfreiheit und Verantwortlichkeit«). Zuvor und parallel hierzu betätigt sich F. W. F. (von deren Gründung ab) in der Gesellschaft für ethische Kultur, in der er leitende Funktionen ausübt – um 1903/04 allerdings aus ihr auszuschneiden, weil seine Hinwendung zum Christentum mit dem säkularistisch-aufklärerischen Verständnis der Mehrheit der Gesellschaft nicht mehr in Übereinstimmung steht. 1909 erwirbt er in Zürich die *Venia legendi* und lehrt zeitweilig an der berühmten ETH, der Eidgenössischen Technischen Hochschule. 1913 wird er an die Universität Wien berufen, auf den Lehrstuhl Otto Willmanns, um dann 1914 nach München zu gehen und dort Pädagogik zu lehren, immer wieder unterbrochen von Auseinandersetzungen um ihn. In einem 1986 in München von Rüdiger vom Bruch und Rainer A. Müller herausgegebenen Buch – »Erlebte und gelebte Universität. Die Universität München im 19. und 20. Jahrhundert« – lesen wir in der Einleitung von Laetitia Boehm: F. W. F.s »Lehr-tätigkeit wurde bald ein Politicum, als der Pazifist 1916 einen publizistischen Angriff auf die deutsche Politik veröffentlichte. Das löste einen Sturm der Entrüstung, die Distanzierung der Fakultät und studentische Unruhen aus, in deren Verlauf das Rektorat 1918 gegen den Heidelberger Studenten Ernst Toller ermittelte«. ¹ 1917/18 sehen wir F. W. F. neuerlich in Wien. Im Oktober 1918 nach München zurückgekehrt, wird er 1918/19 diplomatischer Vertreter der Münchener Räterepublik in der Schweiz. 1919 bis 1922 lehrt F. W. F. wieder – und wieder umstritten – in München. 1922 verläßt er die Stadt und geht in die Schweiz: Ein ihm bekannter Offizier, Falkner von Sonnenburg, warnte ihn – er stehe auf der Liste derjenigen, die Rathenau in den gewaltsamen Tod folgen sollten. Ende der zwanziger Jahre gibt er in Berlin, zusammen mit Hans Schwann, die Zeitschrift »Die Zeit« heraus. Im Mai 1933 werden viele seiner Werke auf dem Berliner Opernplatz verbrannt, ebenfalls 1933 wird er ausgebürgert; 1937 trifft dieses Schicksal

seine vier Jahre ältere, aus Freiburg stammende Frau Marie, geb. Werner. Seine Flucht führt ihn zuerst nach Paris, 1937 in die Hochsavoyen. Vor den in Frankreich einfallenden Nazis flüchtet F. W. F. in die Schweiz, wo er allerdings nur eine vorläufige und kurzfristige Aufenthaltsgenehmigung erhält. Der portugiesische Präsident Salazar, Leser einiger seiner Bücher, lädt ihn nach Portugal ein, und von dort geht er via Rio de Janeiro nach den USA. Die tschechische Regierung hatte Foerster Pässe (sogenannte Beneš-Pässe) zugestanden, mit deren Hilfe zahlreiche deutsche, zumal katholische, Antinazis (unter ihnen der Schriftsteller Ulrich Becher) nach Brasilien einreisen konnten; die Aktion wurde von dem zeitweiligen F. W. F.-Assistenten Hermann-Mathias Goergen (Ende der fünfziger Jahre Bundestagsabgeordneter der CDU) organisiert. In den USA ist Foerster gesuchter Gesprächspartner der Administration – unter den deutschen Emigranten nimmt er eine singuläre Position ein, da er hinsichtlich deutscher Schuld einen noch rigoroseren Standpunkt vertritt als dreißig und zwanzig Jahre zuvor, und er ist auch bereit, die Pläne der Alliierten hinsichtlich einer deutschen Teilung zu respektieren. Im Umfeld der jüdischen Emigrantenzeitschrift »Aufbau«, geleitet von Manfred Georg(e), früher Mitarbeiter in Otto Nuschkes »Berliner Volks-Zeitung«, findet er ein interessiertes Publikum. Materiell geht es F. W. F. zeitweise sehr schlecht; er ist nicht bereit, seine Nähe zur offiziellen amerikanischen Politik für sich zu nutzen. Sein Mitarbeiter Tetens, wahrscheinlich Sohn eines Schülers seines Vaters, hat jedenfalls dramatische Berichte hierzu festgehalten. Eine Rückkehr nach Deutschland hat F. W. F. offenbar ausgeschlossen. Seine letzten Lebensjahre verlebt er, fast erblindet, in Kilchberg in der Schweiz. Dort stirbt er am 9. Januar 1966.

Zu F. W. F.s Biographie gehört eine umfangreiche Bibliographie: Zahlreiche Werke zur Erziehung, der allgemeinen, der politischen, der sexuellen; ferner Studien zu politisch-historischen Fragen, insgesamt mit einer Auflage von mehreren Millionen, sowie ca. 5000 Aufsätze. Wenigstens einige seiner Bücher seien genannt: »Lebenskunde«, »Lebensführung«, »Jugendlehre«, »Sexualethik und Sexualpädagogik«, »Politische Erziehung«, »Moderne Jugend und christliche Religion«, »Schule und Charakter«, »Politische Ethik«, »Christus und das menschliche Leben«, »Angewandte Religion (oder Christsein inmitten der gegenwärtigen Welt)«.

In diesem Zusammenhang sei etwas zu F. W. F.s wissenschaftlichen Auffassungen angemerkt. So sehr er in der Pädagogik von der Beobachtung und Erziehung von Kindern und Jugendlichen, auch in den Extremfällen von Armut und Kriminalität, ausgegangen war, so sehr setzte er letztlich auch hier aufs Ganzheitliche.

Aus seinen Lebenserinnerungen: »Meine eigene Lebensbeobachtung hat mich zu dem gleichen Ziele geführt: Je mehr ich mich in das Wesen der großen politisch-sozialen Probleme unserer Zivilisation vertiefte, desto mehr enthüllten sie sich als Probleme der ethischen Einwirkung, also einer Einwirkung, die mit dem Ersatz des äußeren Zwanges durch den Appell an sittliche Kräfte zu tun hatte. So wurde ich von hier aus zur Idee einer modernen Pädagogik geführt, die nicht etwa nur zeitgemäße Methoden der Einwir-

kung auf die Jugend ausarbeitet, sondern eine Hilfswissenschaft für alle Berufe werden sollte, die mit der Leitung von Menschen zu tun haben und darum auf eine psychologisch und ethisch vertiefte Art der Menschenbehandlung angewiesen sind. Der Sinn solcher pädagogischen Menschenbehandlung würde eben darin bestehen, nicht nur von außen zu treiben, sondern alle konstruktiven Anlagen zur Mitwirkung aufzurufen. So wurde mir die Pädagogik nicht nur eine Aufgabe der Jugenderziehung, sondern eine allgemeine Lehre und Praxis der psychologischen Menschenbehandlung überhaupt ... «²

Von den persönlichen Zügen, die uns F. W. F. näherbringen könnten, sei vor allem seine Tierliebe genannt, die allerdings undogmatisch war: Er konnte auch ein leidenschaftlicher Reiter sein ...

Wir haben im Falle F. W. F. also all das vor uns, was akademische Karriere und was schriftstellerischer Erfolg (wiewohl mit einigen »Pferdefüßen«) genannt wird. Es kommt eine z.T. freilich unfreiwillige internationale Wirkung hinzu, die andere akademische Karrieren zu F. W. F.s Zeit so nicht hatten, und vor allem wird dies zu beachten sein: F. W. F. hatte eine öffentliche Resonanz, die zwar damals Wissenschaftler seines Schlages ohnehin stärker hatten als heute, aber in seinem Falle, angesichts der vielen »Fälle Foerster«, trugen sie durchaus sensationelle Züge, wie wir sie heute, so oder so, dem TV geschuldet, bei Reich-Ranicki registrieren. Und eine Romanfigur wurde er obendrein, in Musils Jahrhundertroman »Der Mann ohne Eigenschaften«.

Es hing dies damit zusammen, daß F. W. F. nicht nur Wissenschaftler war und als Wissenschaftler Ethiker, sondern er war bei der Pointierung und Präzisierung seiner Position in Universität und Öffentlichkeit eine Institution.

Die Auseinandersetzungen um ihn erfolgten nicht nur in der Tagespresse und sind heute aus der »Frankfurter Zeitung«, dem »Berliner Tageblatt« und regionalen Zeitungen, etwa in München, ebenso zu erschließen wie aus Zeitschriften, aus dem (katholischen) »Hochland« Karl Muths, mit dem F. W. F. erst befreundet, dann verfeindet war, und aus den »Süddeutschen Monatsheften« Paul Ludwig Cossmanns, einem nationalistischen Organ, das wie F. W. F. alle Kräfte der Verständigung verfolgte – so auch Veit Valentin, den bekannten Historiker der 48er Revolution, der bis 1933 am Potsdamer Reichsarchiv arbeitete und zeitweilig die Ortsgruppe der Deutschen Demokratischen Partei leitete. Auch von Karl Barth sind polemische Auseinandersetzungen mit F. W. F. bekannt, mit dessen Moralismus, der mit Barths theologischer Haltung nicht in Übereinstimmung zu bringen war. In seinem berühmten Tambacher Vortrag von 1919 sagte er etwa, es sei »die Autorität an sich«, gegen die sich die moderne Jugendbewegung aller Schattierungen richte, »und wer heute Erzieher sein will, der muß in diesem Kampf *trotz Foerster* (von mir hervorgehoben - G. W.) grundsätzlich auf ihrer Seite stehen«.³

Vor diesem Hintergrund wird erst recht beachtlich, wenn man dies herausstellt: F. W. F. war Gesprächspartner des letzten österreichischen Kaisers und der Emissäre Wilsons 1918/19, der tschechoslowakischen Präsidenten Masaryk und Beneš, er verhandelte mit den Weltkriegsreichskanzlern Michaelis, der überdies sein Ver-

wandter war, und Graf Hertling, später in den USA mit Brüning und Anfang der dreißiger Jahre mit Vertrauten Schleichers, er hatte Beziehungen zum Quai d'Orsay und Paul Reynaud, der ihm in den dreißiger Jahren half, zu Vansittart und englischen Labourpolitikern, zu Henry A. Wallace, dem Vizepräsidenten unter F. D. Roosevelt, und anderen Exponenten der Administration, zumeist des Militärs, und in seiner frühen Schweizer Zeit war er einem prominenten russischen Emigranten begegnet, W. I. Lenin. Während seiner Tätigkeit als bayerischer Gesandter 1918/19 war er eine Schlüsselfigur der internationalen Verhandlungen, und wie es zuvor »Fälle Foerster« gab, so sprach man jetzt sogar vom »Foerster-Frieden«.

Allerdings – und das kommt hinzu – war Foerster nicht nur in den Korridoren der realen, der delegierten und der ausgebildeten Macht zu finden: Er war zur gleichen Zeit befreundet oder mindestens im Kontakt mit den Nonkonformisten in Deutschland (aber nicht nur dort), mit den pazifistischen Generälen von Schönaiach und Deimling, mit dem vom wilhelminischen Regime verfolgten Medizinerprofessor Nicolai, mit Karl Heldmann, dem Hallenser Historiker, mit Dr. Muehlon, dem sezessionierten Krupp-Direktor, und schon früh mit Moritz von Egidy, dem sächsischen Husarenoffizier, der in religiöser und politischer Hinsicht eigene Wege ging und 1898 in Potsdam verstarb. Nonkonformistische Organisationen sind es denn auch, die die einzigen waren, denen sich F. W. F. anschloß: der Gesellschaft für ethische Kultur – bis 1903/04, wie wir schon hörten, und dann, in der Weimarer Republik, der Deutschen Friedensgesellschaft und der 1926 gegründeten Reichsarbeitsgemeinschaft deutscher Föderalisten, in der vor allem katholische und evangelische Intellektuelle, unter ihnen der Schriftsteller Leo Weismantel und der später im KZ Sachsenhausen ermordete Kölner Hochschullehrer Benedikt Schmittmann, ihre Heimat gefunden hatten. In der DFG stand F. W. F. in freundschaftlicher Beziehung zu Hellmut von Gerlach und zu den Professoren Quidde und Schücking, was aber nicht bedeutete, daß er deren Auffassungen unbedingt teilte. Zwei Konstanten seiner Haltung bestimmten erst recht seine Position in der DFG und in deren Vorstand: die vorbehaltlose Anerkennung deutscher Schuld am ersten Weltkrieg und die Warnung vor autoritären bzw. totalitären Versuchungen, von rechts wie von links; daher auch unterstützte er die Richtung in der DFG um Fritz Küster, die radikal antimilitaristisch war und sich von der KPD abgrenzte.⁴

Allein schon ein Blick in die in den letzten Jahren publizierten Akten der Reichskanzlei der Weimarer Republik macht klar, daß F. W. F. und seine Freunde mindestens zweimal zum Gegenstand von Erörterungen, Auseinandersetzungen und Entscheidungen auf höchster Ebene des Reichs geworden waren: einmal 1926/27 im Zusammenhang mit der von F. W. F. in seinen Lebenserinnerungen erwähnten Veröffentlichung von Enthüllungen über die geheime Aufrüstung (u.a. mit einer sogenannten Chefbesprechung am 18. Dezember 1926 unter Beteiligung der Minister Bell, Stresemann, Geßler, Külz sowie von Oberst von Schleicher, auf der die Verhaftung von Mertens beschlossen wurde, von Carl Mertens, der mit

F. W. F. und anderen führenden Pazifisten an dieser Publikation gearbeitet und sie verantwortet hatte); zum anderen wurde eine Rede F. W. F.s, die am 8. Oktober 1932 in Fritz Küsters Zeitschrift »Das Andere Deutschland« abgedruckt und in der auf neue Kriegsvorbereitungen hingewiesen worden war, Anlaß von Besprechungen im Kabinett von Papen am 28. Oktober 1932: »Oberst von Bredow führte aus, daß er den Reichsminister des Innern vor kurzem auf einige Veröffentlichungen der letzten Zeit aufmerksam gemacht habe, die ihm Schulbeispiele für den Tatbestand des § 6 Abs. 1 Nr. 4 der Verordnung des Reichspräsidenten gegen politische Ausschreitungen vom 14. Juni d. Js. zu sein schienen.«⁵

»Leider« sei hierauf nicht reagiert worden. Noch nicht zwei Jahre später war von Bredow tot, in Neubabelsberg am 30. Juni 1934 zusammen mit von Schleicher und dessen Frau ermordet. Noch kurz zuvor, wir hatten es schon angedeutet, hatte es, über F. W. F.s und Karl Foersters Bruder Ernst, den Schiffbauer, Kontakte zu Schleicher gegeben, und 1933/34 waren religiös-sozialistische Kräfte der jüngeren Generation, die sich um Paul Tillichs bis Juni 1933 in Potsdam herausgegebene Zeitschrift »Neue Blätter für den Sozialismus« gesammelt hatten, ihrerseits darauf orientiert, Schleicher für ihre Widerstandsaktionen zu gewinnen: Wir haben es hierbei mit noch lange nicht voll erschlossenen historischen, gerade auch regionalhistorischen Vorgängen zu tun ...

Wie nun kommt es, daß eine solche Persönlichkeit, eine solche Institution weitgehend vergessen werden konnte, unabhängig davon, daß es seitens der nationalistischen Kräfte in Deutschland immer wieder genügend gelungene Versuche gegeben hat, diese in die Vergessenheit zu drängen, und im realen Sozialismus wurde nichts getan, sie aus dieser Vergessenheit zu befreien (von einigen Ausnahmen abgesehen)?

Um diese Frage beantworten zu können, ist es sicherlich hilfreich, F. W. F.s Position genauer zu bestimmen und seine Nähe zu anderen Persönlichkeiten, die ihrerseits zu F. W. F.s Zeiten große Ausstrahlung besaßen, zu fixieren. Iven hat mit Recht die Ethik der Liebe, den neutestamentlich geprägten Agapismus als charakteristisch für F. W. F. herausgestellt, und Porikys hat erwähnt, daß Foerster-Forscher dessen Nähe zu Karl Kraus und zu Reinhold Schneider entdeckt hätten. Gerade angesichts des moralischen Impetus und der Dignität ihrer Auffassungen ist ein solcher Vergleich sicherlich richtig. Aber er macht zugleich dieses deutlich: Wie Foerster bleiben auch Kraus und Schneider letztlich im Umfeld des Intellektuellen, des Literarischen, so daß ein sozusagen massenhafter Durchbruch ihrer Auffassungen nicht gelingt. Man muß schon den von F. W. F. geschätzten und immer wieder zitierten Albert Schweitzer als Maßstab ins Blickfeld bekommen, um erkennen zu können, daß es das Transzendieren des im engeren Sinne Intellektuellen bzw. Akademischen und auch Kabinettpolitischen ist, wodurch das Insistieren auf ethische Zielsetzungen, auf Agape, auf Ehrfurcht vor dem Letzten auch als gleichsam populäre Botschaft aufgenommen werden kann: Der Theologe, der schlichter Armenarzt in Afrika wird; der Arzt, der fern aller Zivilisation und gemäß der dort herrschenden Bedingungen Menschen heilt, von denen

nicht wenige Opfer der europäischen Zivilisation waren; der Arzt, der sich durch seine Konzerte und Vorträge selber die Mittel zum Heilen verschafft – also das gewissermaßen Exotische am grand docteur in Lambaréné ist es, das ein allerdings als massenhaft zu bezeichnendes Interesse hervorzurufen in der Lage gewesen ist. Foerster über Schweitzer: »Das Lebenswerk von Albert Schweitzer hat mich stets tief ergriffen. Am meisten aber haben mich die Worte ergriffen, in denen er in seinem Bericht über seine Arbeit in Lambarene das eigentliche Motiv seines Werkes in klares Licht gesetzt hat. Dieses Motiv bestand einfach in dem leidenschaftlichen Wunsche, durch sein persönliches Opferleben zugunsten der leidenden schwarzen Bevölkerung das ungeheure Unrecht wieder gutmachen zu helfen, das die sogenannte weiße Zivilisation der schwarzen Rasse zugefügt habe. Ich bin davon überzeugt, daß vor Gott und vor der wahren Geschichte des Menschen diese Worte und dieses Werk Albert Schweitzers mehr wiegen und mehr Zivilisation in der Welt verbreiten werden als die ganze weiße Kolonialarbeit, so weit sie ohne den Segen einer solchen Gesinnung vor sich gegangen ist.«⁶

Wenn denn die Zusammenschau, der Vergleich Albert Schweitzer - F. W. F. auf den ersten Blick allein zugunsten des grand docteur auszufallen scheint, so wird indes beim genaueren Hinsehen ein Plus für F. W. F. insofern festzuhalten sein, als der politische Horizont Schweitzers enger begrenzt, sein Werk politisch exploitierbar war. Man kann sich keine größeren Gegensätze in ihrer Lebenshaltung vorstellen, als es die zwischen Albert Schweitzer und Gerald Göting waren, und dennoch konnte letzterer Schweitzer (allerdings mit beträchtlichem Engagement für sein Lebenswerk) propagandistisch instrumentieren. Dies war im Falle F. W. F. ganz und gar unmöglich, er ließ sich nicht instrumentieren und hatte stets ein klar konturiertes Verhältnis zu autoritären und totalitären Systemen, vom Wilhelmismus bis zum realen Sozialismus, die Restaurationspolitik in Westdeutschland nach 1945 nicht ausgenommen. Wenn etwas vom Lebenswerk F. W. F.s bekannt geblieben ist – in Memoiren, wissenschaftlichen Monographien, Lexika und, wie wir gesehen hatten, regierungsamtlichen Protokollen –, dann ist es sein antichauvinistischer Impetus, der von ethischer Rigorosität bestimmt war; seine kompromißlose Haltung gegenüber dem Kommunismus ist demgegenüber eher oberflächlich zur Kenntnis genommen, als vordergründig antikommunistisch oder antisowjetisch bezeichnet worden, sei es affirmativ von anderen Antikommunisten, sei es abwehrend von realsozialistischen Ideologen, übrigens noch in einem nach der Wende erschienenen Biographischen Lexikon zur deutschen Geschichte (im ehem. VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften). Die eigentliche Substanz gerade in diesem Umfeld der Positionsbestimmung F. W. F.s wurde weitgehend ignoriert; d.h. es wurde ignoriert, daß es historische, ethische, anthropologische Aspekte, daß es deren ganzheitliche Zusammenhänge waren, die F. W. F. zu seiner abwehrenden Haltung gegenüber dem Kommunismus veranlaßten, dies nicht zuletzt von seinen persönlichen Begegnungen mit Lenin und dem Studium von Marx und Hegel her. Foerster berichtet: »Lenin wurde überall als

der künftige Führer betrachtet. Ich lernte ihn im Hause eines schweizerischen Kollegen kennen, der eine russische Revolutionärin geheiratet hatte. Er schien mir nicht als ein Mann von persönlichem Ehrgeiz, sondern als Vollstrecker einer weltgeschichtlichen Rache, deren Stunde er unabwendbar kommen sah, und die er in größter Ruhe erwartete. Er fragte mich einmal: »Kennen Sie Tolstois ‚Auferstehung‘?«, und antwortete sogleich: »Wir sind die Auf-er-stehung der Erschlagenen, der Vergewaltigten, der Verbannten.« – Dann versank er wieder in dunkles Schweigen.«⁷ Und er fügt hinzu: »Woher kam der Kommunismus? Er kam von einem deutschen Juden aus der Schule der Hegelschen Staatsvergötterung und der preußischen Staatsbürokratie und war sozusagen eine Vereinigung des alttestamentlichen Willens zur Gerechtigkeit und jener autoritären und totalitären Regelung menschlicher Probleme, die sich in Preußen entwickelt hatte. ... Und eben der Gedanke der Diktatur des Proletariats, durch die Marx mittels eines revolutionären Aktes mechanisch die Masse der Ausgebeuteten an die Stelle der Ausbeuter gesetzt sehen wollte, war genau das, was dem russischen revolutionären Untergrund einleuchtete, und was er dann in die russische Welt übernahm, in der doch so gut wie keine Großindustrie und kein industrielles Proletariat vorhanden war. So kam es, daß die russischen Revolutionäre zwar vom Westen her das Befreiungs-Programm für die unterdrückten Massen übernahmen, aber es in die Sprache der totalen Autorität übersetzten, so daß nur ein System emporkam, in dem sich Hegelsche Staatsomnipotenz und zaristische Autorität, preußische Organisation und byzantinische Despotie derart verfilzten, daß die Möglichkeit einer friedlichen Entkrampfung beinahe ausgeschlossen erscheint.«⁸ Schließlich erwähnt er ein Wort Lenins aus der Zeit kurz vor seiner Abreise aus der Schweiz: »Ich bin Pazifist, aber wenn wir angegriffen werden sollten, dann werden wir Europa via Asien erobern.« Dieses Programm liegt noch in hoher Luft wie ein schweres fernes Gewitter.«⁹

Es war also vor allem der Zentralismus des realen Sozialismus, das Preußische und Asiatische an ihm, was F. W. F. zu seiner konträren Haltung veranlaßte. In solchem Zentralismus sah F. W. F. keine Chance, ethische Entscheidungen ganzheitlich zum Tragen zu bringen, weder im Zwischenmenschlichen noch im Gesellschaftlichen. Sie entdeckte er allein in einem Zusammenleben der einzelnen und der Gemeinschaft, der Völker und der Stämme, das vom Prinzip des Föderalen geprägt ist – im Sinne des aus der preußischen Diplomatie herausgewachsenen intellektuellen Gegenspielers Otto von Bismarcks, nämlich von Konstantin Frantz, der im Anschluß an eine erneuerte Vorstellung vom Heiligen Römischen Reich deutscher Nation unterschiedliche Traditionen und Interessen, kulturelle Errungenschaften und ethische Werte in Europa, zumal in seinem Zentrum, zum Ausgleich zu bringen suchte, also das als Einheit sah, was sich dann im 20. Jahrhundert separatistisch vereinzeln sollte, in der Orientierung auf eine karolingische Rhein-Republik, auf eine habsburgisch dominierte Donau-Föderation, auf ein nach Osten expandierendes Preußen. Frantz und mit ihm F. W. F. setzten demgegenüber auf die föderalistische Gliederung der Machtballungen in Mitteleuropa und auf die Vermittlung

zu den »Rändern« im Westen und im östlichen Zwischeneuropa, vor allem in Richtung auf Frankreich und Polen, aber auch England. Föderalismus im Sinne von Frantz und F. W. F. war mehr als das, was sich in unserem heutigen staatsrechtlichen Verständnis mit Föderalismus, etwa in Gestalt des Bundesrates der Bundesrepublik Deutschland, verbindet. Dieser Föderalismus hatte rechtliche und moralische Dimensionen, geistige und politische, außen ordnende und innen gliedernde Intentionen; gründete auf Familie und Korporation, auf Förderung von Stämmen und auf Staatenbünde.

Es ist übrigens – wiederum auf Potsdam bezogen – interessant, daß vor 60 Jahren im Alfred-Protte-Verlag Potsdam ein Auswahlband von Schriften Konstantin Frantz' erschien, herausgegeben von Franz Kemper, und das war Pseudonym von J. P. Mayer, einem linkssozialistischen jüdischen Intellektuellen, der einerseits Kontakte zu den religiössozialistischen »Neuen Blättern« unterhielt, andererseits zu Schleicher, schließlich zu extrem links. (Über dieses Umfeld erfahren Sie mehr in dem gerade jetzt von mir herausgegebenen Buch: Heinrich von Kleist – Politische und journalistische Schriften, ausgewählt und eingeleitet von Adam von Trott, zuerst erschienen 1935 bei Protte, Edition Hentrich Berlin 1996.)

Föderalismus im Sinne von Frantz und F. W. F. ist also Absage an jeglichen Zentralismus und Autoritarismus, ist Plädoyer für eine vielgliedrige, in den Gliedern selbstverantwortliche Ordnung des Zwischenmenschlichen (Familie), des Gesellschaftlichen (Korporationen, Stämme, Länder), des Internationalen (Konföderationen, Staatenbünde) – aber auch des Religiösen. So wie sich für F. W. F. im Preußischen und in analogen Ordnungsgefügen das Zerrbild des Zentralistischen herausgeformt hatte, so in Rom das Zerrbild des Zentralistischen im Religiösen, und dies trotz der Tatsache, daß es ja der Katholizismus gewesen war, der ihn zur Metanoia, zur Wandlung veranlaßt gehabt hatte. Vielgliedrigkeit im religiösen Sinne – er realisierte sie in der Nähe zu katholischer und evangelischer Gläubigkeit; F. W. F. hatte aber auch ein Organ für die Welt der Orthodoxie, zumal der russischen und hier speziell der Religionsphilosophie eines Solowjew, und zur Synagoge – sein 1959 herausgekommenes Buch über die »Jüdische Frage« ist nicht nur in politisch-historischer, sondern auch in religiöser Hinsicht bemerkenswert.

So würdigte F. W. F. den Talmud u.a. so: »Trotz einzelner Sätze im Talmud, in denen unverkennbar ein Ressentiment und ein Mangel an Objektivität zum Ausdruck kommen, ruft die Humanität der talmudischen Gesetzeslehre und Lebensauffassung nicht selten geradezu Bewunderung hervor ... Wir müssen im Talmud eine Enzyklopädie von Meinungen und Ansichten der verschiedensten jüdischen Geister aus fast zehn Jahrhunderten sehen, und es gehört daher ein langwieriges Studium dazu, sich in diesem Talmud auch nur einigermaßen zurechtzufinden. Es würde daher ganz und gar auf Unwahrheit beruhen, wollten wir die Morallehre der Juden mit all den kasuistischen Abschnitten des Talmuds identifizieren.«¹⁰ Und ausführlich, ja liebevoll läßt F. W. F. das Chassidische, jene tiefe religiöse Bewegung in der Judenheit zu Wort kommen (allerdings nicht im Anschluß an Martin Buber). Es zeugt von einer bemerkenswerten Einsicht in die jüdische Welt, daß er Talmud und

Chassidim gleichsam als Einheit sieht, unter dem Oberbegriff »Jüdisches Gesetz und jüdische Frömmigkeit«.

Für seine Absage an religiösen Zentralismus ist charakteristisch genug, daß F. W. F. für »Wer ist wer?« seine Konfession als »positiv-christlich« angab, das »positive Christentum« der Nazis damit gleichsam zurücknehmend. Über seine Beerdigung berichtet Alfred Dedo Müller in einem 1968 in der Berliner Evangelischen Verlagsanstalt erschienenen glänzenden Aufsatz über F. W. F. denn auch so: »Als Friedrich Wilhelm Foerster ... am 9. Januar 1966 im Sanatorium Kilchberg-Zürich im Alter von 96 1/2 Jahren gestorben war, vollzog sich nach dem Bericht der Neuen Züricher (!) Zeitung seine Beerdigung in der Form, daß der evangelische Kilchberger Pfarrer und der katholische Gemeindegeistliche sich ablösten in der Lesung einer Stelle aus dem Brief des Apostels Paulus an die Korinther, eines ›unerschrockenen Bekenntnisses zum Christentum von Foerster selbst‹ und des Psalms ›Aus der Tiefe rufe ich, Herr, zu dir ... ‹, um mit ›gemeinsamem Gebet‹ die Feier am Grabe zu beschließen, der dann ›die Abdankung und eine überkonfessionelle Andacht‹ im Saal des Sanatoriums Kilchberg folgte, in dem Foerster die letzten zweieinhalb Jahre nach seiner Rückkehr aus der Emigration gelebt hatte. In diesen von einer ›ökumenischen Liturgie‹ getragenen Feiern kam die Stellung Foersters zu den Kirchen zu angemessenem und würdigem Ausdruck.«¹¹

Daher auch ist es wohl kein Zufall, wenn die Versuche, den Emigranten F. W. F. nach 1945 in Deutschland wieder heimisch zu machen, aus diesem Milieu gekommen sind: 1948 hat die theologische Fakultät der Leipziger Universität F. W. F. den Ehrendoktor verliehen, und nach 1952 haben vor allem katholische Verlage in der alten BRD, unter dem Einfluß von Pöggeler und Antz, viele Werke F. W. F.s neu aufgelegt oder neue herausgebracht (es war auch ein die Restaurationspolitik in der alten BRD mit zahlreichen Publikationen infragestellender katholischer Verlag, Glock & Lutz, Nürnberg, der seine Memoiren publizierte).

Übrigens war es Romano Guardini, der große deutsche Theologe, der in den zwanziger Jahren in Potsdam gewohnt und hier viele Vorträge gehalten hat und den Alfred Dedo Müller in seinem Aufsatz zusammen mit der protestantischen Pädagogin Renate Riemack als Kronzeug/innen für F. W. F. anführt, der in einer Tagebuchnotiz vom 9. März 1954 die epochale Bedeutung Foersters herausstellt: »Ich habe einen Brief bekommen, der mich sehr nahe berührt hat, nämlich von F. W. Foerster. Darin sagt er sehr Freundliches über meine Arbeit und stimmt insbesondere meiner Schrift ›Verantwortung‹ zu. Foerster ist derjenige, von dem ich pädagogisch gelernt habe. Eigentlich, wenn ich Strehler hinzunehme, dessen Konvikt in Neisse mich für immer beeindruckt hat, der Einzige. Von ihm habe ich gelernt, den Weg zu sehen – und zu gehen, der beständig zwischen Idee und konkreter Wirklichkeit gegangen werden muß...« Es ist dies genau das, was das Selbstverständnis des Ethikers F. W. F. bestimmt: Verantwortlichkeit und Wirklichkeitssinn – im Sinne von Streben nach Verwirklichung ...

Ich komme gerade in diesem Zusammenhang noch auf einen spezifischen Aspekt: Was Pöggeler in seinem Aufsatz in »3 x Foer-

ster« (S. 167) zu der Ehrenpromotion in Leipzig schreibt, ist ungenau, und es ist unergründlich, wieso die spätere Benennung der Leipziger Universität als »Karl-Marx-Universität« ein »schiefes Licht« auf diese Ehrung geworfen haben soll. Pöggeler versieht dies selber mit Fragezeichen, um dann einen angeblichen Plan der Regierung der DDR, F. W. F. den Nationalpreis zu verleihen, anzuführen. All dies habe F. W. F. in der Bundesrepublik geschadet.

Hierzu kann man zweierlei anmerken:

Erstens. Die Ehrenpromotion wurde in der theologischen Fakultät am 19. Juni 1948 unter dem Dekanat von Prof. Albrecht Alt, dem berühmten Alttestamentler, beschlossen, und zwar mit folgender Begründung: »dem Kulturphilosophen, der in Schriften von seltener Klarheit, unter Durchbrechung eines tiefgewurzelten Säkularismus, für eine theonome Begründung der Erziehungslehre und -praxis Grundlegendes geleistet hat, dem Volkserzieher, der unter großen persönlichen Opfern und unbeirrbar gegen dämonische Entartung des politischen Bewußtseins für einen aus den Grundkräften des christlichen Glaubens erneuerten politischen Realismus gekämpft hat, dem deutschen Menschen, der auch in den schwersten Stunden deutscher Geschichte für die Wiedergeburt des deutschen Volkes aus seinen tiefsten religiösen Lebensquellen heraus gewirkt hat«.¹²

Am 21. Juni 1948 schrieb Alt an den Rektor, und das war nach dem Weggang Gadamers der Jurist Erwin Jacobi, ehemaliger Sozialdemokrat und Mitglied des sächsischen Landessynode, Magnifizenz möge »die Bestätigung dieser Promotion durch den Akademischen Senat« herbeiführen.¹³ Das muß alsbald geschehen sein. Mehr ist im Leipziger Universitätsarchiv nicht zu finden.

Es war dies also in jedem Falle noch die Zeit eines geistigen Pluralismus, auch der ostdeutschen Universitäten, so daß ein dubioser Charakter dieser Ehrenpromotion absolut auszuschließen ist – nicht zuletzt im Zusammenhang des unermüdlichen Engagements des Leipziger praktischen Theologen Alfred Dedo Müller für seine Freunde F. W. F. und Karl Foerster.¹⁴

Zweitens: Was den Nationalpreis angeht, kann es sich um eine Verwechslung mit der 1955 erfolgten, von Otto Nuschke veranlaßten Auszeichnung Karl Foersters mit dem Nationalpreis handeln. Da in einem Lexikon-Artikel der alten BRD die Rede von F. W. F.s Ablehnung eines »Friedenspreises« aus der DDR ist, könnte als wahrscheinlichere Version die angenommen werden, daß das Friedenskomitee der DDR F. W. F. für eine Auszeichnung vorgesehen und hierzu bei diesem angefragt hatte. Dies würde ich für real insofern annehmen, als ich weiß, daß der damals für diese Fragen im ehemaligen DDR-Friedenskomitee verantwortliche Sekretär mein Freund Walter Bredendiek war, der – von Haus aus Pädagoge – ein genauer Kenner des Werks von F. W. F. war, zumal auch seiner Memoiren.¹⁵

Es muß für F. W. F. merkwürdig gewesen sein, daß seine Post aus den USA und dann aus der Schweiz nach Potsdam, nach Potsdam-Bornim gehen mußte. Potsdam war doch für ihn der Inbegriff des von ihm gehaßten Preußischen, und der Tag von Potsdam, der 21. März 1933, war für ihn ein Dies ater: »Hitler hat einmal erzählt,

daß es im Anfang seiner Laufbahn seiner Popularität in Bayern keineswegs günstig war, daß er Propaganda für Preußen machte. Alle die ruhelosen Alldutschen und Welteroberer aber begriffen schnell genug, daß die die preußischen Kanonen brauchten, um ihre Ideen in die Wirklichkeit zu übertragen. So kam dann naturnotwendig das große Nazifest in Potsdam, wo die vollkommene Einigung des Alldutschen Machtwahns mit dem preußischen System besiegelt wurde. ›Von heute ab‹, konnte Göring sagen, ›ist der Schritt der Potsdamer Grenadiere der Schritt des preußischen Volkes geworden.«¹⁶

Doch freilich: Gerade aus Bornim erhielt F. W. F. so viele Zeugnisse echten Verständnisses und großer Zuneigung, daß es verwundern muß, festzustellen, daß Karl Foerster in F. W. F.s Memoiren nicht erwähnt ist. Ich nehme an, daß es politische Gründe gewesen sind, die F. W. F. zu solcher Haltung veranlaßt hatten. Er wollte seinen Bruder und dessen Familie nicht mit manchen seiner Positionsbestimmungen belasten. Wie F. W. F. tatsächlich zu den Bornimern stand – es geht dies aus den bisher bekanntgewordenen Briefen F. W. F.s hervor: »Was die Seele für den Leib ist, das ist Gott für die Seele«, schrieb er 1947 in seinem Konfirmationsbrief an die Nichte Marianne – Karl Foerster zitiert dieses Wort in seinem Brief an die Tochter als ein solches des »Dir noch unbekanntem Onkels« aus Amerika. Und 1950 schreibt F. W. F. an den Bruder, nach der Lektüre des Buches »Vom großen Welt- und Gartenspiel«: »Wie wir uns doch wunderbar ergänzen! Du hast Dich der Verherrlichung der Schöpfung gewidmet, ich mich der Verherrlichung des Schöpfers und des auf Erden zu kurzem Besuch erschienenen Lichtes vom Ewigen Lichte ... «¹⁷

Wie wir uns doch wunderbar ergänzen – eine prosaische Umschreibung des poetischen Wortes über den Vortrag von Gunnar Porikys, des Wortes vom »beseligenden Zusammenklang« ...

Anhang

Ein bedeutsames Dokument, das F. W. F. in seinem 1959 bei Herder in Freiburg i. Br. erschienenen Buch »Die jüdische Frage« mitgeteilt hat, soll auch hier seinen Platz finden. Es steht dies unter der Überschrift »Ein einzig dastehendes deutsches Judenmassaker in Rußland«.¹⁸

Von einem österreichischen Offizier, der beide Weltkriege mitgemacht hat und stets ein unerschütterlicher Bekenner meiner ethisch-politischen Prinzipien gewesen ist, Hanns H. Pilz, Linz (Donau), erhielt ich den folgenden Bericht über die unerhörten Schlächtereien, denen mehr als 100 000 Juden zum Opfer fielen, und zwar in der russischen Stadt Rowno. Die betreffenden Erinnerungen haben siebzehn Jahre lang in seinem Gewissen gewühlt, bis er endlich beschloß, sich von jenem moralischen Alpdruck dadurch zu befreien, daß er sie mir in einem langen Bericht mitteilte. Es heißt darin:

»Mit den Meldungen über die Lage in Kiew kam an uns auch ein Privatbrief, in dem uns ein Quartiermeister unseres Regiments ver-

traulich mitteilte, daß 96 000 Juden der hungernden und verlotterten Stadt von SD und Sonderpolizei erschossen und die Leichenmassen durch Geländesprengungen überdeckt worden seien.«

Was meinen Berichterstatter in ganz besonderer Weise erschüttert hat, passierte in dem russischen Städtchen Rowno, wo der Besuch des Gauleiters von Ostpreußen, Erich Koch, erwartet wurde (November 1941), wobei angedeutet wurde, daß der Betreffende erst kommen werde, wenn die mehr als 15 000 dort ansässigen Juden vernichtet worden seien.

»Man begann daher sofort mit den Maßnahmen gegen die Juden. Am 5. November wurde bekanntgegeben, daß alle Juden der Stadt am frühen Morgen des nächsten Tages sich an einem bestimmten Platz außerhalb des Ortes zu versammeln hätten. Männer, Frauen, Kinder, Greise und Kranke zogen bei Morgengrauen zu dem bekanntgegebenen Platz, eskortiert von Sonderpolizei und der ukrainischen Freiwilligenmiliz. Mehr als 15 000 Opfer eines Schicksals, das schon durch die Mitfahrt eines Munitionswagens vorgezeichnet war, marschierten zu einer Mulde im freien Gelände, nördlich der Rollbahn Rowno – Kiew, wo sie »auf weitere Weisungen« zu warten hatten. Bewaffnetes Militär zog dann um sie einen sperrenden Ring, aus dem es kein Entrinnen mehr gab. Als an den Massengräbern das Schießverfahren mit Maschinenpistolen begann, wußten alle, daß für sie die Todesfalle geschlossen war. Unter unbeschreiblichem Wehklagen der Opfer liefen die Erschießungen unaufhörlich den ganzen Tag. Während des Tages wurden noch die Nachzügler sowie aus Verstecken aufgestöberte Juden an die Stätte des Grauens gebracht, die dann einzeln durch Genickschuß getötet wurden. Es soll nicht unerwähnt bleiben, daß vereinzelt beherzte Leute im Wehrmachtsdienst, erschüttert durch das Geschehene, Rettungsversuche für einzelne Juden unternahmen und sie aus der Stadt zu schmuggeln versuchten. Die fast durchwegs jungen Angehörigen der Sonderpolizei, der das blutige Handwerk der Judenerschießungen oblag, waren auf dem Wege über die SS-Standard Ostland für dieses von Unmenschlichkeit gezeichnete Metier geschult und vorbereitet worden.

Einig im Bewußtsein, daß wir das Schauderhafteste unseres ganzen Lebens gesehen hatten, verheizten wir an diesem Abend fast alle Bücher, die wir mitgenommen hatten, sogar die Werke Goethes, weil uns das ganze Menschheitsgerede von Kultur wie eine infame Lüge vorkam, und wir gelobten uns, nach Kriegsende franziskanisch zu leben und Apostel der Menschlichkeit zu werden, sonst nichts!

Ein entscheidender Grund für das ganze obige Bekenntnis war wohl der Umstand, daß ich mich an die Worte erinnerte, die Sie sehr geehrter Herr Professor Foerster, in einem am Ende des ersten Weltkrieges erschienenen Buche nicht nur Ihren Landsleuten, sondern allen Kriegführenden zuriefen:

»Ein dauernder Völkerfriede setzt voraus, daß die Zähmung der Naturgewalten im menschlichen Innern mit ganz anderem Ernst in Angriff genommen wird als bisher und daß man endlich begreift, daß eine menschliche Kultur auf Technik und egoistischem Interessenstreit allein nicht erstehen kann, daß vielmehr höhere Seelen-

kräfte gerufen werden müssen, wenn nicht von Zeit zu Zeit der Geist wütender Zerstörung alles dem Erdboden gleichmachen soll.«

Diese Worte verwehten, gleich den Worten vieler Rufer in der Wüste, im Wind. Sieger und Besiegte von 1918 gingen andere Wege. Was dann kam, haben wir selbst erlebt: eine von Haß und Gewalt zerrissene Menschheit, in der schließlich das Grauen zu triumphieren begann.«

Unserem Kapitel über das jüdische Mysterium inmitten der christlichen Welt konnte wohl kein besserer Abschluß gegeben werden als der vorstehende erschütternde Bericht. Dieser Bericht zeigt unverkennbar, wie sich die kalte und fast mechanische Grausamkeit in der Massenvernichtung jüdischen Lebens während der ganzen von den Nazis beherrschten Epoche immer mehr gesteigert hat und wie wehrlos selbst edelgeartete Menschen dem kategorischen Imperativ all dieser großangelegten Verbrechen gegenüberstanden.

Wann wird endlich in der Christenheit eine die weitesten Kreise ergreifende Scham über alle diese Schandtaten zum Durchbruch kommen? Unsere Berichte werden nicht umsonst geschrieben sein, wenn sie den Anstoß zu einem solchen Durchbruch geben würden!

- 1 R. v. Bruch / R. A. Müller (Hg.): Erlebte und gelebte Universität. Die Universität München im 19. und 20. Jahrhundert, München, 1986, S. 17.
- 2 F. W. Foerster: Erlebte Weltgeschichte, Nürnberg, 1953, S. 147.
- 3 K. Barth: Klärung und Wirkung. Zur Vorgeschichte der »Kirchlichen Dogmatik« und zum Kirchenkampf, hg. von Walter Feurich, Berlin, 1966, S. 308.
- 4 Vgl. hierzu: D. Fricke u.a. (Hg.): Lexikon zur Parteigeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789 - 1945). Bd. I., Leipzig, 1983, und Bd. III, Leipzig, 1985.
- 5 Vgl. K. D. Erdmann / H. Booms (Hrsg.): Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik: Die Kabinette Marx III und IV, Band 1 und 2, bearbeitet von Günter Abramowski (Boppard, 1988) (dort wird auch noch einmal ein Hinweis auf F. W. F. am 8. Oktober 1927 nachgewiesen), sowie: Das Kabinett von Papen, Band 2, bearbeitet von Karl-Heinz Minuth (Boppard, 1989).
- 6 F. W. Foerster: a.a.O., S. 302/303.
- 7 ebd., S. 686.
- 8 ebd., S. 687/688.
- 9 ebd., S. 687.
- 10 F. W. Foerster: Die jüdische Frage, Freiburg i. Br., 1959, S. 120.
- 11 Alfred Dedo Müller: Friedrich Wilhelm Foerster und die protestantisch-kirchliche Erziehungstradition. Eine ökumenische Besinnung. In: Wort und Welt. Festgabe für Prof. Dr. Erich Hertzsch anlässlich der Vollendung seines 65. Lebensjahres. Berlin, 1968, S. 221.
- 12 Archiv der Universität Leipzig – Ehrenpromotion Nr. 216 Bl. 1.
- 13 ebd. – Archiv Theologische Fakultät.
- 14 Vgl. Eva Foerster und Gerhard Rostin (Hg.): Ein Garten der Erinnerung. Sieben Kapitel von und über Karl Foerster, Berlin, 1982, S. 399ff.
- 15 Bredendiek hat über Foersterns Memoiren Mitte der fünfziger Jahre einen großen Aufsatz in der »Neuen Zeit« geschrieben, den ich noch nicht wiedergefunden habe.
- 16 F.W. Foerster: Erlebte Weltgeschichte, ebd., S. 369.
- 17 Eva Foerster und Gerhard Rostin, a.a.O., S. 233, 321.
- 18 F.W. Foerster: Die jüdische Frage, ebd., S. 111/112.

RAFFAELE PIRIA

Der internationale Lelio-Basso-Preis für ökonomische und politische Alternativen

In den nächsten Heften von »UTOPIE kreativ« wird eine Auswahl von Aufsätzen veröffentlicht, die zum Wettbewerb um den »Lelio-Basso-Preis für ökonomische und politische Alternativen« eingereicht wurden.

Der Basso-Preis wurde Anfang 1998 anlässlich des 20. Todestages des italienischen Sozialisten Lelio Basso ausgeschrieben. Geboren 1903, begann Lelio Basso sein politisches Engagement in den aufrührerischen Jahren vor dem Aufstieg des Faschismus in Italien. Unter der Herrschaft Mussolinis wurde er mehrmals inhaftiert und avancierte zu einer der bedeutendsten sozialistischen Persönlichkeiten im Widerstandskrieg 1943-45. In der Nachkriegszeit wurde Basso in die verfassungsgebende Versammlung gewählt, wo er zur Formulierung und Durchsetzung eines der fortschrittlichsten Artikel der neuen demokratischen Verfassung entscheidend beitrug¹. Bis zu seinem Lebensende wirkte er als Abgeordneter und später als Mitglied des Senats.

Während einer Tätigkeit als Sekretär der Italienischen Sozialistischen Partei (PSI) wurde er u.a. wegen seiner offenen Auseinandersetzung mit der unkritischen Akzeptanz stalinistischer Politik zunehmend marginalisiert. Im Laufe seines ganzen politischen Lebens bewegte er sich stets auf dem schmalen Grat zwischen den linken Hauptströmungen. Er vermied sowohl die Anpassung an die stalinistische Staatsräson wie auch das, was er als reformistische Kompromisse sah. Als die PSI 1964 mit der Democrazia Cristiana erstmalig koalitierte, gehörte er zu den Gründern der linken Abspaltung PSIUP.

Als Rechtsanwalt verteidigte Basso in der Nachkriegszeit Arbeiter und Bauern, die an Streiks bzw. Landbesetzungen teilgenommen hatten, sowie Aktivisten, die wegen antifaschistischer Aktivitäten angeklagt wurden. Seit den sechziger Jahren hat er sich immer stärker auf internationaler Ebene engagiert, indem er Netzwerke zwischen sozialistischen Dissidenten aus Osteuropa und westlichen Linken aufbaute. 1967 erarbeitete er den Schlußbericht des Russel-Tribunals über die US-Kriegsverbrechen in Vietnam. 1973 plante und organisierte ein neues Russell-Tribunal über die Repression in Lateinamerika, das zwischen 1974 und 1976 dreimal in Europa tagte und zur Mobilisierung der Weltöffentlichkeit gegen die Verbrechen der Militärdiktaturen wesentlich beitrug.

Im Rahmen der großen Welle antikolonialer Bewegungen zwischen den sechziger und siebziger Jahren, kämpfte Basso für die

Raffaele Piria – Jg. 1970; studierte in Mailand und Berlin Politologie und war Sekretär des Basso-Preis-Komitees, er lebt in Berlin.

1 Art. 3 der italienischen Verfassung: »Es ist Aufgabe der Republik, die ökonomischen und sozialen Hindernisse zu beseitigen, die, indem sie die Freiheit und Gleichheit der Bürger faktisch beschränken, die vollkommene Entwicklung des Menschen sowie die echte Teilnahme aller Arbeiter an die politische, ökonomische und soziale Gestaltung des Landes behindern.«

Universal Declaration of the Rights of Peoples (Allgemeine Erklärung der Menschenrechte), die in Algier 1976 proklamiert wurde. Durch die Gründung der *International Foundation for the Rights and Liberation of Peoples* (Stiftung für Menschenrechte und Befreiung der Völker) konnte sein Engagement für die Menschen- und Völkerrechte über seinen Tod (1978) hinaus fortgesetzt werden. Diese Stiftung hat das Erbe der meinungsbildenden Tribunale fortgesetzt. Die inzwischen oft als »Basso-Tribunale« bezeichnete Institution hat im Laufe der letzten zwei Jahrzehnte in mehr als 25 Sitzungen Verletzungen der Menschenrechte verurteilt, die durch Diktaturen, aber z.B. auch durch das Diktat von IWF und Weltbank sowie durch die Arbeitsbedingungen in transnationalen Textilunternehmen hervorgerufen werden. Das Ergebnis dieser Verhandlungen sind zwar juristisch begründete, aber natürlich nur symbolische Urteile, ihre Auswirkungen auf die öffentliche Meinung sind aber nicht zu unterschätzen.²

2 Ausführliche mehrsprachige Informationen über die Basso-Tribunale sowie die Internationale Lelio Basso Stiftung unter:
<http://www.grisnet.it/filb>.

Lelio Basso war auch ein bedeutender Denker. Er war Mitbegründer von Zeitschriften der italienischen und europäischen Linken, wie die z.B. die zweisprachige *International Socialist Review/Revue internationale du socialisme*. Seine Übersetzungen und Kommentare zu den Schriften von Rosa Luxemburg brachten ihre Tradition des demokratischen Sozialismus, die wegen der Herrschaftsposition der Kommunistischen Partei innerhalb der italienischen Linke lange Zeit eher verdrängt worden war, wieder zurück in den Diskurs der italienischen Linken.

Basso lebte also auch praktisch seine Idee, daß Theorie ohne Praxis genauso nutzlos ist wie Praxis ohne Theorie. Politische sowie theoretische Arbeit können nur fruchtbar werden, wenn sie sich in einem Prozeß der *ricerca collettiva* (der kollektiven Suche/Forschung) vereinen. Diesen Prinzipien folgend haben die zwei Stiftungen, die Lelio Basso hinterlassen hat, beschlossen, ihres Stifters jeweils am Jahrestag seines Todes durch eine zukunftsorientierte Initiative zu gedenken.

In der Ausschreibung des Basso-Preises heißt es: »...*Obwohl das »sozialistische Regime« des ehemaligen sowjetischen Blocks gescheitert ist, erscheinen die Frage der Alternativen zur globalen Herrschaft des Neoliberalismus und die Härten der Strukturanpassung erneut auf der Tagesordnung. (...) Ist es möglich, sich eine demokratische und sozialistische Gesellschaft für das 21. Jahrhundert basierend auf den Erfahrungen des 20. Jahrhunderts vorzustellen? Der Preis wird für schriftliche Arbeiten vergeben, die sich mit grundsätzlichen Aspekten theoretischer, strategischer und politischer Natur oder Reflexionen zu praktischen Politikerfahrungen befassen...*«. Es wurden zwei Preise in der Höhe von je 10 000 US\$ ausgeschrieben.

Am Wettbewerb um den »Lelio-Basso-Preis« haben sich weltweit rund 150 Individuen und Gruppen aus über 30 Ländern von allen Kontinenten beteiligt. Auch wenn, wie nicht anders zu erwarten war, keine/r der TeilnehmerInnen den großen neuen sozialistischen Zukunftsentwurf anbieten konnte, erschließt sich aus der Lektüre der Arbeiten ein höchst interessantes und vielfältiges Spektrum von Überlegungen zu Alternativen zum Neoliberalis-

mus, wie sie in unterschiedlichen Weltregionen entwickelt werden. Die Jury, die aus zwanzig international bekannten Persönlichkeiten der Linken unter der Präsidentschaft von Elmar Altvater bestand, kürte die drei Gewinner und versuchte dabei, insbesondere die Verbindung zwischen Theorie und Praxis zu würdigen. Die Preisverleihung fand im Rahmen einer internationalen Konferenz über Menschenrechte und Völkerrechte im Dezember 1998 in Rom statt.

Der erste Preis wurde der Gruppe *European Economist for an Alternativ Economic Policy*, einem Netzwerk von Wirtschaftswissenschaftler aus allen EU- sowie mehreren mittel- und osteuropäischen Ländern, verliehen. Diese Arbeitsgruppe bemüht sich bereits seit einigen Jahren, alternative Konzepte zur neoliberalen Wirtschaftspolitik in Europa zu entwickeln und zu verbreiten. Insbesondere wurde ihr Memorandum von 1997 gewürdigt.

Der zweite Preis wurde geteilt. *Janet Conway*, eine junge Wissenschaftlerin und Aktivistin aus Toronto, Canada, wurde für ihren Aufsatz »Knowledge, Power, Organization: Social Justice Coalitions at a Crossroads« prämiert. In ihrem Beitrag stellt sie die praktische Erfahrung eines Netzwerkes von sozialen Bewegungen im Kampf gegen die Folgen neoliberaler Kürzungen in Toronto dar und analysiert dabei die notwendige Verbindung von Wissenschaftlichkeit und gesellschaftlichem Einfluß für die Entwicklung sozialer Bewegungen. *John Wiseman* aus Melbourne, Australien, wurde für seinen Aufsatz »Alternatives to oppressive globalisation? Thinking and acting strategically at global, regional, local and national levels« ausgezeichnet. Der gewerkschaftlich und sozial engagierte Hochschulprofessor untersucht die Möglichkeiten lokaler und regionaler Antworten auf die Sachzwänge der Globalisierung.

Für die Jury war es nicht einfach, aus den interessanten und vielfältigen Texten die Gewinner auszuwählen. Die Veröffentlichung einer Auswahl der interessantesten Beiträge in deutscher Sprache wird von den Veranstaltern des Basso-Preises mit Freude begrüßt, in der Hoffnung, daß dies ein Beitrag zur Weiterentwicklung internationaler Netzwerke der *ricerca collettiva* für eine sozial und ökologisch nachhaltige Gesellschaft sein kann.

BENEDETTA CALANDRA

Gemeinwirtschaftliche Organisationen in Chile

Benedetta Calandra – Jg. 1972, hat Geschichte Lateinamerikas und Literatur studiert und lebt in Rom. Der hier vorgestellte Artikel ist eine gekürzte Fassung ihrer Magisterarbeit und Ergebnis eines sechsmonatigen Forschungsaufenthalts in Santiago de Chile (Kontakt über b.calandra@flashnet.it).

Heute leben nach Schätzungen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) mehr als 300 Millionen Menschen in Entwicklungsländern (und möglicherweise genauso viele in den Industrieländern) von wirtschaftlichen Aktivitäten, die gemeinhin nicht zum offiziellen Beschäftigungssektor gerechnet werden. Mit der augenscheinlichen Ausweitung dieses Phänomens sowohl im Süden als auch im Norden in den letzten zwanzig Jahren erlangt die »informelle Wirtschaft« ein beträchtliches Gewicht und erregt zunehmende wissenschaftliche Aufmerksamkeit. Im Mittelpunkt stehen dabei vor allem Fallstudien (zum besseren Verständnis des Phänomens) und Überlegungen, wie diese »informellen Produktionsformen« »formalisiert« bzw. in die »formelle« Wirtschaft integriert werden können.

Das Ziel dieses Artikels besteht darin, ein Fallbeispiel von »gemeinwirtschaftlichen Organisationen« in Chile zu analysieren. Den Gegenstand der Studie bildet dabei eine Frauengruppe, die sich im Arbeitermilieu von Santiago de Chile zusammengefunden hat, um unter den Bedingungen der Wirtschaftskrise und der politischen Repression durch das Militärregime Augusto Pinochets (1973-1989), das Überleben zu organisieren. Notwendig wurde dies durch den faktischen Zusammenbruch jener Umverteilungsmechanismen, die noch für die neo-populistische Regierung von Eduardo Frei (1964-1970) wie auch für die sozialistische Regierung von Salvador Allende (1970-1973) charakteristisch waren. In Chile wurden in der Zeit der Herrschaft von Pinochet bereits jene neoliberalen Glaubenssätze praktisch angewandt, die in den achtziger Jahren überall in Lateinamerika zu einer Tendenz der Deregulierung und Produktionsspezialisierung geführt haben und in deren Folge große Teile der Bevölkerung aus dem offiziellen Arbeitsmarkt herausgedrängt wurden. Neben ihrer Funktion als vom offiziellen Markt unabhängige Einkommensquelle sind in informellen Wirtschaftsaktivitäten aber auch Elemente wechselseitiger Hilfe eingeschlossen, derer gerade die »schwächsten« Gruppen der Gesellschaft dringend bedürfen. Dies war in besonderem Maße auch für die politische und wirtschaftliche Notsituation in Chile nach 1973 typisch.

Den Gegenstand der Untersuchung bildet eine sogenannte *olla común*, d.h. wörtlich »gemeinsamer Topf« – eine Gruppe von benachbarten Frauen, die ihre knappen Ressourcen sowie ihre Arbeitskraft vereinen und abwechselnd kochen. Diese Gruppe ist

gerade deshalb interessant, weil sie Anfang der neunziger Jahre den »Sprung« in die »formelle« Wirtschaft vollziehen konnte. In der Zeit politischer Liberalisierung ist es jenem *olla común* gelungen, sich als Kleinunternehmen zu etablieren, das benachbarte Schulen mit Speisen versorgt.

Die Ergebnisse der Fallstudie werfen zudem einige grundsätzliche Fragen auf: Können derartige Kleinstunternehmen als Modell für größere oder gar als Basis für eine »Alternative« zum herrschenden Wirtschaftstyp dienen? Kann ein solches Unternehmen nachdem es formalisiert wurde als Keim einer »neuen«, »solidarischen« Wirtschaft interpretiert werden? Und schließlich: können solche nicht-ökonomischen Werte, wie Solidarität und Gemeinschaftlichkeit – die ursprünglich große Bedeutung hatten – im formalisierten Unternehmen fortbestehen oder gehen sie im Zuge der »Formalisierung« zwangsläufig verloren?

Die »informelle Wirtschaft« – Entstehung und Entwicklung eines Konzepts

Der Begriff »informeller Sektor« wurde in die wissenschaftliche Terminologie erstmals in einer Studie von Keith Hart über das »urbane Subproletariat« in Accra (Ghana) eingeführt, die dieser auf einer Konferenz über städtische Arbeitslosigkeit in Afrika an der Sussex University 1971 präsentierte.¹ Von ihm wurde darauf verwiesen, daß über 50 Prozent der ökonomisch aktiven Bevölkerung als »arbeitslos«, »ohne Lohn Einkommen« oder als »selbständig« bezeichnet werden. Harts Studie steht exemplarisch für eine Zeit, in der angesichts des Endes der Nachkriegskonjunktur und der wachsenden Zweifel am Traum von schrankenloser Entwicklung (im Vorfeld der Wirtschaftskrisen in den siebziger Jahren)² in einer Vielzahl von wissenschaftlichen Einrichtungen das westliche (kapitalistische) Entwicklungsmodell, dessen Ausdehnung auf die »Dritte Welt« bislang unbestrittenes Ziel war, erneut kritisch diskutiert wurde.

In seiner Studie untersuchte Hart die Ursprünge jener hohen »Arbeitslosigkeit« indem er auf die Verwerfungen verwies, die durch die Anwendung westlicher Wirtschaftsmodelle in afrikanischen Städten hervorgebracht wurden. Die ohnehin großen Unterschiede in der Einkommensverteilung wurden in Folge des Einsatzes moderner Technologien durch zunehmende Ungleichgewichte in der Produktionssphäre verschärft, wodurch wachsende Kaufkraftunterschiede und folglich eine weitere Differenzierung im Bereich der Konsumtion hervorgerufen wurden. Auf diese Erscheinungen reagierten die unteren Einkommenschichten mit einer Vielzahl von Überlebensstrategien. Hart betonte, daß mit Hilfe »informeller Wirtschaftsaktivitäten« (die von ihm empirisch beschrieben wurden) eine existentielle Lücke geschlossen wurde: sie erlaubten die Schaffung von Einkommen für alljene, die vom offiziellen Beschäftigungssektor ausgeschlossen waren. Nachdem er das Potential dieses Sektor detailliert analysiert hatte, forderte er die lokalen Behörden auf, sich stärker um diesen im Wachsen begriffenen Wirtschaftssektor zu bemühen und ihn nicht länger als marginal, unbedeutend und transitorisch zu betrachten.

1 Vgl. Keith Hart: Informal income opportunities and urban employment in Ghana, in: The Journal of Modern African Studies, II/1973, pp. 61-89.

2 Vgl. Armstrong/Glynn: Capitalism since 1945, Oxford 1991; Marglin/Schor: The golden Age of Capitalism, Oxford 1990; Maddison: Groth and Slowdown of Advanced Capitalist Countries, in: Journal of economic literature, 1987; Van der Wee: Prosperity and Upwheat: the World Economy 1945-1980, Harmonds Worth 1987.

3 Vgl. ILO: Employment, Incomes and Equality. A Strategy for Increasing Productive Employment in Kenya, Geneva 1972. Hier wurde erstmals der Versuch einer Definition »informeller Aktivitäten« unternommen. Sie wurden als eine Wirtschafts- und Lebensweise bestimmt, »die durch einfachen Zutritt, Nutzung lokaler Ressourcen, Rückgriff auf familiäre Arbeitskraft, geringe Technologisierung und hohe Arbeitsintensität, nicht regulierte und kompetitive Märkte« (Nitsch: Stichwort »informeller Sektor«, in: Albrecht/Vogler (Hrsg.): Lexikon der Internationalen Politik 1997, S. 223).

4 Vgl. Moser: Informal Sector or Petty Production: Dualism or Dependence in Urban Development?, in: World Development, Sept./Oct. 1978; Santos: L'espace partagé: les deux circuits de l'économie urbaine des pays sous développés, Paris 1975.

5 Vgl. Sethuraman: The Urban Informal Sector in Developing Countries – Employment, Poverty and Environment, Geneva (ILO) 1981.

6 Eine guten Überblick und eine sehr breite Bibliographie gibt die Textsammlung von Ferman-Louise/Henry: Work Beyond Employment in Advanced Capitalist Countries, Lampeter 1993.

7 Als Definition der Zugehörigkeit zum »informellen Sektor« gilt momentan: »A grouping of units dedicated to the production of goods and services, with the primary aim of creating work and producing income for the persons who take part in these activities.

Das Phänomen »informelle Wirtschaft« wurde schließlich durch die Kenia-Studie der ILO 1972³ endgültig in den Blickpunkt der Öffentlichkeit gerückt. Die von dieser Untersuchung aufgeworfenen Fragen waren überaus grundsätzlicher Natur. Es ging nicht nur um eine quantitativ-statistische Erfassung des Beitrags jener Wirtschaftsformen zur Produktion überhaupt, sondern um eine qualitativ-theoretische Bewertung dieses Sektors insgesamt. Dieser wurde nicht länger als statischer, wenig produktiver Sektor in den »Entwicklungsländern« verstanden, wie es bislang der weit verbreitete Dichotomie von »modernem« und »traditionellem« Sektor oder von »Unternehmenswirtschaft« und »Basarökonomie« üblich war.⁴ Die Kenia-Studie wendet sich am Ende folglich insbesondere an jene Regierungsstellen, die bisher die Aktivitäten im informellen Sektor weder gefördert noch geschützt hatten, weil sie diese für marginale und unproduktive Übergangsphänomene hielten.

In die seit Mitte der siebziger Jahre andauernde Debatte über die Einordnung und Bewertung »informeller Aktivitäten« hat schließlich S. V. Sethuraman 1981⁵ einen bemerkenswerten Aspekt eingebracht. In seiner Arbeit, bei der er städtische Milieus in verschiedenen Ländern des Südens untersuchte, bemühte er sich vor allem um die Aufdeckung der Handlungsrationitäten innerhalb informeller Unternehmen. Er kam zu der Erkenntnis, daß in diesen Unternehmen gänzlich andere Rationalitätskalküle vorherrschen als in konventionellen Firmen. Das Ziel des informellen Unternehmens besteht demnach nicht darin, soviel Profit wie möglich zu realisieren, sondern den dort Beschäftigten Arbeit und Einkommen zu geben. Von daher ist eine Analyse dieser Firmen unter rein ökonomischen Gesichtspunkten verfehlt. Und in der Tat wurde die internationale Debatte um »informelle Wirtschaft« in den achtziger Jahren insbesondere von Beiträgen mit soziologischem oder anthropologischem Hintergrund befruchtet. Was jedoch auffällt, ist der Umstand, daß paradoxerweise fast alle neuen theoretischen Ansätze nicht aus Analysen über die »Dritte Welt«, sondern aus Untersuchungen in den Industrieländern – den USA und Europa – stammen. Die inzwischen immens angewachsene Literatur⁶ zeigt nicht zuletzt, daß »informelle Aktivitäten« tatsächlich sozialen Zusammenhalt – einen Raum, in dem sich Beziehungen gegenseitiger Hilfe ausprägen – hervorzubringen vermögen. Folglich stehen im Zentrum dieser Studien vor allem Überlegungen zu den Organisationsprinzipien, die von denen der »klassischen Ökonomie« abweichen – solche Verhaltensregulative wie z.B. gegenseitige Hilfe und das Gefühl, einer Gemeinschaft anzugehören.

Mehr als 25 Jahre nach ihrem Beginn entwickelt sich die Debatte über die »informelle Wirtschaft« noch immer weiter. Sie wird jedoch nach wie vor geprägt von zwei Gesichtspunkten: von der Diskussion um spezifische Wachstumspotentiale (mit Bezug auf Hart) und von der Beschreibung vorherrschender Handlungsziele (in Anschluß an Sethuraman).⁷

Die lateinamerikanische Debatte

In Lateinamerika können vor allem drei Interpretationen des Phänomens »informelle Wirtschaft« unterschieden werden. Das

Konzept des Lateinamerika-Büros des World Employment Programme der ILO (PREALC) unterscheidet zwischen drei Kategorien von Beschäftigten in diesem Sektor – Heimarbeiter, Gelegenheitsarbeiter bzw. -selbständige sowie Kleinunternehmen. Dieser Ansatz wird in der wissenschaftlichen Debatte auch als strukturalistisch bezeichnet, weil er die Ausweitung informeller Arbeit auf langfristige strukturelle Tendenzen zurückführt, die mit der »Modernisierung« des Subkontinents in den letzten fünfzig Jahren einhergingen. Als Hauptursache für die voranschreitende Informalisierung wird dabei die Freisetzung von überflüssigen Arbeitskräften aus der Landwirtschaft angesehen, die im Zuge der kapitalintensiven Industrialisierung Lateinamerikas nicht absorbiert werden konnten. In Folge dessen haben sich zwischen 1950 und 1980 Unterbeschäftigung und strukturelle Heterogenität (die sich im Nebeneinander unterschiedlichster Produktivitätsniveaus zeigt) als wesentliche Erscheinungen informeller Arbeit ausgeweitet.⁸ Die Verschärfung der strukturellen Defekte innerhalb der lateinamerikanischen Volkswirtschaften im Zuge der (Verschuldungs)Krise in den achtziger Jahren und die gleichzeitige Abkehr vom nationalistischen Populismus, der ein bestimmtes Maß an Einkommensredistribution einschloß, sowie die Konsolidierung autokratischer Militärregimes haben – im Verständnis des strukturalistischen Erklärungsmodells – darüber hinaus das Wachstum der informellen Wirtschaft weiter befördert.

Einen grundlegend anderen, von der neoliberalen Wirtschaftstheorie inspirierten Ansatz zur informellen Wirtschaft hat der peruanische Ökonom Hernando de Soto⁹ vorgelegt. Hier wird mit dem Begriff »Informalität« – der die Existenzform jener illegalen Arbeiter in Lima (Peru) beschreiben soll, die seit den vierziger Jahren aus dem ländlichen Raum zugewandert sind – gerade die Keimform des individuellen Unternehmertums schlechthin bezeichnet. Die »Informellen« stellen ca. 42 Prozent Stadtbewohner, bewältigen 93 Prozent des öffentlichen Transports und bilden ein Netz von 91.000 Straßenhändlern. Die von ihm aus der Analyse der beträchtlichen monetären und zeitlichen »Kosten der Legalität« in Peru¹⁰ gezogenen Schlußfolgerungen fußen auf drei Säulen – Entbürokratisierung, Dezentralisierung und Deregulierung.¹¹

Dieses Konzept wurde unter verschiedenen Aspekten kritisiert. Eine wesentliche Kontroverse zwischen »Strukturalisten« und »Neoliberalen« bezieht sich auf die Rolle der staatlichen Bürokratie in einem möglichen Prozeß der »Formalisierung« eines bisher informellen Unternehmens. Für de Soto ist sie die eigentliche Ursache für die außerordentliche Zunahme »informeller Aktivitäten« und das Haupthindernis für die wirtschaftliche Entwicklung durch freie Unternehmen. Auf der anderen Seite stehen »Strukturalisten«, wie Victor Tokman, die der staatlichen Verwaltung eine wichtige Funktion zur Erleichterung eines »Formalisierungsprozesses« zugestehen. Darüber hinaus weisen sie die Gleichsetzung von Informalität und Illegalität explizit als »unzulässige Vereinfachung« zurück. Es existieren »Grauzonen« zwischen Legalität und Illegalität, in denen sich ein wesentlicher Teil der informellen Unternehmen bewegt.¹²

Typically, these units function on a small scale and have a rudimentary organisation where the distinction between capital and labour as factors in production is slight or non-existent. Labour relations are based more upon casual work, family ties, or personal and social relationships rather than on contractual ties that presuppose formal guarantees«. ILO. Statistics of employment in the informal sector. Report III, Fifteenth International Conference of Labour Statisticians, Genf 1993, Anexo Estadístico II, p. 5.

8 Vgl. Infante/ Klein: Mercado latinoamericano del trabajo en 1950-90, in: Revista de la Cepal, 24, 1984, pp. 129-145; García/Tokman: Urban employment: research and policy in Latin America, in: Revista de la Cepal, 34, pp. 110 -123; Katzman: Sectorial transformations in employment in Latin America, in: Cepal Review, 24, pp. 84-101.

9 Vgl. De Soto: The Other Path. The Invisible Revolution in the Third World, New York 1989 (dt.: Marktwirtschaft von unten. Die unsichtbare Revolution in den Entwicklungsländern, Zürich, Köln 1992).

10 Einem Genehmigungsantrag zufolge, der von de Soto zum Schein gestellt wurde, waren zur Legalisierung einer kleinen Firma zur Herstellung von Schuhen 298 Tage für Behördengänge und der Wert von 32 Monatslöhnen für »Geschenke« als Gegenleistung für entsprechende Bescheinigungen erforderlich.

11 Vgl. Tokman: The informal sector in Latin America:

from underground to legality, in: Tokman/Standing: Toward a social adjustment. Labour market issues in structural adjustment, Geneva (ILO) 1991.

12 Dies wird unter anderem in der Schrift »The Informal Economy: Studies in Advanced and Less Developed Countries« (Baltimore 1989) für unterschiedliche Länder bzw. Regionen (Italien, Spanien, Asien, Lateinamerika) untersucht.

13 Dies läßt sich insbesondere am Beispiel Italiens zeigen, wo nach dem »heißen Herbst« von 1969, als die Gewerkschaften einen großen Erfolg erzielten, eine beträchtliche Ausweitung informeller Arbeit (vielleicht am stärksten in ganz Europa) stattfand; vgl. den Beitrag von Vittorio Capecchi: The Informal Economy and the Development of Flexible Specialization in Emilia Romagna, in: The Informal Economy, a.a.O., pp. 189-215.

14 Vgl. zur Bestimmung des Adjektivs »informell« die Überlegungen von Serge Latouche in: Il pianeta dei naufraghi, Torino 1993, p.103.

Neomarxistische Theoretiker, wie Alejandro Portes, Manuel Castells und Laurel Benton, begreifen die informelle Arbeit vor allem als Folge von weltwirtschaftlichen Anpassungszwängen, die insbesondere im Zuge der massiven Restrukturierungsprozesse zur Bewältigung der globalen Krise in den achtziger Jahren wirksam wurden. Für sie liegt der Schlüssel zum Verständnis des Informalitätsphänomens in der Verflechtung von formellen und informellen Firmen über verschiedene Formen von abhängigen Vertragsbeziehungen (subcontracting), die wiederum wesentlicher Teil einer Strategie zur Flexibilisierung und Deregulierung der Produktion sind. Die dramatische Ausweitung des informellen Sektors erscheint daher unlösbar verbunden mit der weltwirtschaftlichen Globalisierungstendenz und der Rücknahme von Beschäftigungsgarantien, als weitverbreiteter Reaktion von Unternehmen auf die beträchtliche Macht, die die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter in den sechziger Jahren erringen konnten.¹³

Ein wesentliches Merkmal, das allen »informellen Aktivitäten« eigen ist, wird von den Neo-Marxisten im Fehlen fixierter institutioneller Regeln gesehen. Diese können in Abhängigkeit von Zeit und Raum durchaus variieren – Aktivitäten, die unter bestimmten Bedingungen informell oder illegal sind, können unter anderen Umständen als völlig legal gelten. Überall werden ferner vor allem jene sozialen Gruppen in die Informalität gedrängt, deren gesellschaftlicher Status sie besonders angreifbar macht (vor allem Frauen, ethnische Minderheiten etc.). Die potentiellen Opfer gesellschaftlicher Diskriminierung sind in der Regel die ersten, die zur Teilzeit-, Heim- oder Gelegenheitsarbeit bereit sind, wodurch allerdings im Gegenzug auch die Solidarität und die Bereitschaft zur gegenseitigen Unterstützung innerhalb dieser Gruppen gestärkt wird. Schließlich verweisen die Neo-Marxisten in ihren Untersuchungen zu informellen Strukturen in Lateinamerika auch darauf, daß diese normalerweise von den lokalen Behörden stillschweigend geduldet werde, gerade weil nur sie bestimmte Waren oder Dienstleistungen anbieten. Im Gegensatz zu den Laissez-faire-Attitüden der Neoliberalen vom Schlage de Sotos fordern die Neo-Marxisten einen neuen »Gesellschaftsvertrag«, in dem die Regierungen sich dazu verpflichten sollen, einen sozialen Mindeststandard für alle und nicht nur für die organisierten Arbeiter zu sichern.

In Lateinamerika wird an Stelle von »informeller Ökonomie« häufig auch von »Gemeinwirtschaft« (popular economy) gesprochen, wobei Ursprung und Anwendung dieses Konzepts nicht unbedingt deckungsgleich sind. Trotzdem sollen hier beide Begriffe weitgehend synonym verwandt werden. Der Begriff »informell« dient nämlich weithin lediglich als Negativbestimmung für all das, was außerhalb der »normalen« Wirtschaft existiert.¹⁴ Demgegenüber vermag der Begriff »gemeinwirtschaftlich« sehr treffend die soziale Realität zu beschreiben. Die zentralen Elemente dieses Konzepts wurden bereits von Sethuraman zu Beginn der achtziger Jahre entwickelt – die Konzentration auf die Rolle der Arbeitskraft und die soziale Bedeutung dieser Aktivitäten.

Die Gemeinwirtschaft ist weniger eine exakt definierte abstrakte Kategorie als vielmehr eine soziale Realität, die in verschiedenen

Organisationsformen existiert.¹⁵ Ihre Verwendung in diesem Aufsatz stützt sich auf eine Beschreibung von gemeinwirtschaftlichen Organisationen in Chile nach 1973 wie sie von dem Ökonomen und Soziologen Luis Razeto vorgenommen wurde.

Gemeinwirtschaftliche Organisationsformen in Chile – der historische und politische Kontext

Die Ursprünge gemeinwirtschaftlicher Organisationsformen, die hier untersucht werden sollen, gehen zurück auf den Militärputsch von Augusto Pinochet Ugarte vom 11. September 1973, mit dem das chilenische Experiment einer sozialistischen Regierung unter Führung der Unidad Popular ein gewaltsames Ende fand.¹⁶ Neben der Auflösung der Nationalversammlung, dem Verbot von Gewerkschaften und promarxistischen Parteien sowie dem Beginn massiver politischer Repression (einschließlich der Einführung der Medienzensur), vollzog das Militärregime einen drastischen wirtschaftspolitischen Kurswechsel. Die bisherige soziale Umverteilungspolitik wurde ersetzt durch ein streng neoliberales Konzept, mit dessen Hilfe die tiefe Wirtschaftskrise überwunden werden sollte. Das wichtigste Ziel der Pinochet-Regierung bestand darin, das Budgetdefizit durch eine Kürzung der Sozialausgaben, kombiniert mit Steuererhöhungen und einer Öffnung zu den internationalen Finanzmärkten zu beseitigen. Gleichzeitig wurde versucht, die Inflation durch eine Senkung der Reallöhne und das Verbot gewerkschaftlicher Lohnverhandlungen einzudämmen. Ab Oktober 1973 wurden in Übereinstimmung mit den Konzepten der »Chicago Boys«¹⁷ die Preise, auch die für lebensnotwendige Güter, freigegeben. Die sozialen Kosten dieser Strategie waren immens – die Arbeitslosigkeit erreichte, nicht zuletzt infolge willkürlicher, politisch motivierter Entlassungen 20 Prozent (zu Beginn der achtziger Jahre 30 Prozent), ein Fall der Realeinkommen auf durchschnittlich 62 Prozent im Vergleich zu 1970 sowie die Privatisierung von Bildungs-, Gesundheits- und Wohlfahrtseinrichtungen.

Vor allem bei Nahrungsmitteln traten infolgedessen schwere Versorgungsstörungen auf. Diese waren insbesondere das Ergebnis von massiven Preissteigerungen bei Grundnahrungsmitteln (die Brotpreise stiegen zwischen 1973 und 1976 um 173 Prozent; Milch verteuerte sich um 310 Prozent) und von Versorgungsengpässen, die nicht zuletzt dadurch hervorgerufen wurden, daß einige Produkte nunmehr importiert werden mußten, weil die nationalen Produktionskapazitäten für die Erzeugung von profitableren Exportgütern umgewidmet wurden.¹⁸ Im April 1975 betrug der Anteil der Kinder unter sechs Jahren, die unter Mangelernährung litten, 17,8 Prozent.

Unter diesen Bedingungen akuter Verelendung und repressiver Kontrolle über alle Formen von Vereinigungen begann sich die Arbeiterschaft Santiagos insgeheim zu organisieren, um die alltäglichen Probleme des Überlebens – angefangen bei der Sicherung der physischen Existenz bis zur Überwindung sozialer Ausgrenzung – zu bewältigen. »Gemeinwirtschaftliche Organisationen« (popular economic organisations – PEO) entstanden. Diese wurden von der Nichtregierungsorganisation »Programa de Economía del

15 Vgl. Razeto: *Economía popular y de solidaridad*, Santiago 1990; *Los caminos de la economía popular y de solidaridad*, Santiago 1993; *Las organizaciones económicas populares*, Santiago 1990; Montoya: *La Nueva Economía popular: Una aproximación teórica*, San Salvador 1993; Otero: *Economía informal desde una nueva perspectiva*, in: *Desarrollo de base*, XXII; 1989.

16 Eine ausführliche Bibliographie zur Unidad Popular Regierung findet sich in: *The Cambridge History of Latin America*, Bd. VII, Cambridge 1991, pp. 781-784.

17 Als »Chicago Boys« wurde eine Gruppe chilenischer Ökonomen bezeichnet, die ihre Ausbildung an der »Neo-liberal School« von Milton Friedman in Chicago/USA absolvierten. Vgl. French-Davis: *El experimento monetarista en Chile*, in: *Estudios CIEPLAN*, No. 9, 1982.

18 Vgl. GIA (Grupo de Investigación Agraria): *El sistema alimentario chileno bajo el experimento monetarista: una evaluación preliminar*, (hrsg. von Cecilia Leiva, Gonzalo Martner, Ivan Nazif) Santiago 1984.

19 Vgl. Razeto Migliaro et al.: *Las organizaciones economicas populares 1973-1990*, Santiago 1983; Hardy: *Organizarse para vivir. Pobreza urbana y organización popular*, Santiago 1987, p. 43.

Trabajo« (PET) definiert als »benachbarte Familiengruppen, die sich dazu entschlossen haben, ihre geringen finanziellen und/oder materiellen Ressourcen sowie insbesondere ihr Arbeitsvermögen gemeinsam zu nutzen, um gemeinsam bisher ungestillte Bedürfnisse befriedigen zu können. Die gemeinschaftliche Bestimmung der prioritären Ziele sowie eine kollegiale Verteilung der Aufgaben und Verantwortlichkeiten sind grundlegende Elemente dieser sozialen Überlebensstrategie.«¹⁹

Es lassen sich vier Grundtypen von PEO unterscheiden:

1. *Laboral productivas* – Werkstätten, in denen Bekleidung, Nahrungsmittel usw. hergestellt oder Dienstleistungen gegen Geld angeboten werden;

2. Organisationen, die soziale Dienste (z.B. im Gesundheitsbereich oder im Wohnungswesen) anbieten, die vor 1973 durch den Staat bereitgestellt wurden;

3. *Laboral reivindicativas* – Organisationen, die für die Durchsetzung des Rechts auf Arbeit eintreten, wie zum Beispiel lokale Gewerkschaftsgruppen, die nach Berufen organisiert sind;

4. Verbraucher-PEOs – in denen Familiengruppen versuchen, die grundlegenden Existenzbedingungen, wie zum Beispiel die Nahrungsmittelversorgung, zu sichern. Hauptsächlich unter der Führung von Frauen haben sich folgende Formen herausgebildet: *huertos familiares y comunitarios* – die von Haushaltsgruppen zum Zwecke der Selbstversorgung betrieben werden; *comedores populares* – katholische Armenspeisung, bei der vor allem Milch und Brot an Kinder verteilt wird; *comprando juntos* – Einkaufsgenossenschaften, die die Kostenvorteile des Großhandels ausnutzen; und *ollas comunes* – in denen gemeinschaftlich gekocht wird, während die Speisen zu Hause konsumiert werden.

Die olla común

Die folgenden Ausführungen beziehen sich auf die Ereignisse in El Montijo, einem Armenviertel (población) Santiagos, das 1971 infolge einer Landbesetzungsaktion im Nordwesten der Metropole entstanden ist. Wenige Monate nach dem Putsch wurde in diesem Viertel durch eine christliche Basisgemeinde eine Armenküche (comedor) geschaffen. Einrichtungen dieser Art²⁰ haben seit dem Beginn der sechziger Jahre überall in Lateinamerika maßgeblich dazu beigetragen, daß verarmte proletarische Schichten die Zeiten von Nahrungsmittelknappheit überleben konnten und zu gegenseitiger Solidarität fanden.²¹ Grundlage der erfolgreichen Arbeit dieser *comedores* in den Basisgemeinden war ihre Unterstützung durch eine »fortschrittliche« Gruppe innerhalb der offiziellen Kirche, die *Vicaria de Solidaridad*, die vor allem bei der Lebensmittelbeschaffung Hilfe leistete. Die *Vicaria de Solidaridad* wurde 1976 durch Silva Enriquez, den Erzbischof von Santiago, gegründet und spielte fortan eine herausragende Rolle bei der legalen, wirtschaftlichen, technischen und geistlichen Unterstützung der Opfer des Militärregimes. Die *Vicaria* bildete einen entscheidenden Bezugspunkt auch für nicht-christliche in- und ausländische Solidaritätsgruppen.

In El Montijo wurde die Kinderspeisung bereits wenig später von einer anderen Organisation abgelöst – der *olla común*. Beim

20 Vgl. Dussel: *The Catholic Church in Latin America since 1930; The Cambridge Latin American History*, vol. VI, part 2, pp.550-575, Cambridge 1991; Landsberger: *The Church and Social Change in Latin America*. Paris 1970.

21 Anfang 1976 bestanden in Santiago 263 comedores, von denen rund 25.000 Menschen unterstützt wurden (vgl. Hardy: *Hambre + Dignidad = ollas comunes*, Colección experiencias populares, Santiago 1986, p. 32).

»gemeinsamen Topf« wechseln sich die teilnehmenden Frauen beim Kochen für ihre Familien ab; die Kosten werden gemeinsam getragen und die Arbeitsverteilung legen die Beteiligten gleichberechtigt fest. Der *olla* von Montijo war einer der ersten in Santiago überhaupt – erst nach 1982 hat in größerem Maßstab die Umwandlung von *comedores* in *ollas comunes* eingesetzt. Dies war keineswegs zufällig, denn 1982 war der Tiefpunkt einer katastrophalen Wirtschaftskrise, die im Gefolge der Finanzkrise von 1981 große Teile der chilenischen Wirtschaft in Mitleidenschaft zog.²² Die Anzahl der PEOs wuchs in dieser Zeit beträchtlich (von 494 in 1982 auf 1.383 in 1987; mit 46.759 Mitgliedern und 187.237 unterstützten Menschen, was etwa 15 Prozent aller Einwohner der Armenviertel entspricht).

Um die Funktionsfähigkeit eines *olla común* zu sichern, bedarf es sowohl der Beschaffung von Nahrungsmitteln als auch Mobilisierung von finanziellen wie auch menschlichen Ressourcen. Dazu veranstalten die Mitglieder des *olla* lokale Sammlungen (oft in Form einer Tombola), außerdem muß jede Familie wöchentlich einen kleinen Beitrag (in Geld oder Produkten) erbringen. Die Beschaffung von Nahrungsmitteln wird über die Pfarrämter organisiert oder durch einzelne Frauen bewerkstelligt, die unverkäufliche Restposten auf Märkten, Geschäften, Kleinunternehmen oder bei Gewerkschaftsgruppen einsammeln. Insgesamt hat der *olla* nicht diesen Charakter der Hilfe von außen, der für die Armenspeisung typisch ist, hier bedarf es in viel größerem Maße der Eigeninitiative der Mitglieder. Angesichts der Kapitalschwäche erlangt der »menschliche Faktor« – wie bei allen Formen informeller Wirtschaft – zentrale Bedeutung für die Organisation. Neben der Lösung des Ernährungsproblems finden die beteiligten Frauen im *olla común* eine Sphäre von Solidarität und Gemeinschaftlichkeit.

Obwohl der Hunger sicherlich der Hauptgrund für die Entstehung der *ollas* war, hat er für seine Mitglieder noch weit darüber hinaus gehende Bedeutung. Die Organisation der Arbeit erfolgt hier in regelmäßig stattfindenden Versammlungen, auf denen die Aufgaben verteilt werden und festgelegt wird, wer wann in der Küche arbeitet und was zur Nahrungsmittelbeschaffung unternommen werden soll. Die wichtigsten, in Aufgaben und Verantwortlichkeiten genau bestimmten Ämter in der *olla* sind die der *presidenta*, der *secretaria* und der *bodeguera* – diese werden alle sechs Monate durch Wahlen neu besetzt; über grundsätzliche Fragen entscheidet stets die Vollversammlung.

Ein weiteres hervorstechendes Merkmal ist der Umstand, daß das Management nahezu ausschließlich in den Händen von Frauen liegt. Der *olla* ist also keineswegs nur eine Form der Überlebenssicherung, sondern auch eine Sphäre, in der die traditionelle Rolle der Frauen in Armenvierteln aufgebrochen und umbewertet wird. Durch die gemeinschaftliche Arbeit im *olla* kann sogar eine an sich private und profane Tätigkeit wie Kochen eine wichtige sozial integrative Bedeutung erlangen. Allein die Teilnahme an den Versammlungen zum Beispiel und die damit verbundene Notwendigkeit, regelmäßig das häusliche Umfeld zu verlassen, hat grundlegende Bedeutung für die Beteiligten. Oft provoziert bereits dies

22 Die Industrieproduktion fiel um 20 Prozent, die Arbeitslosenrate erreichte 25 Prozent und die Auslandsverschuldung stieg auf 18 Mrd. US-Dollar.

mitunter auch gewaltsame Auseinandersetzungen mit den Ehemännern.

Während der schlimmsten Jahre der Militärdiktatur war der *olla* auch eine effektive Form organisierten Widerstands. Er befand sich in einem Viertel Santiagos (Pudahuel Norte), in dem am Beginn der siebziger Jahre die Kommunistische Partei, die christlichen Basisgemeinden und das *Movimiento Izquierda Revolucionaria* (MIR) starke Bastionen hatten.²³ Die Kommune Pudahuel spielte daher auch eine wichtige Rolle in der Protestbewegung gegen das herrschende Regime, die ab Mai 1983 regelmäßig in den Straßen Santiagos stattfanden.²⁴ In dieser Zeit wurde das Viertel San Paolo in Montijo mehr als zweimal von Straffaktionen durch die Geheimpolizei (CNI) heimgesucht, die sogar eine Kirche niederbrannte, in der die Trauermesse für zwei lokale Aktivisten der Kommunistischen Partei stattgefunden hatte.

Innerhalb des *olla* organisierte eine Gruppe politisch engagierter Frauen (*Las mujeres democráticas de El Montijo*) regelmäßig Gesprächsrunden über die politische Situation. Vor allem Sara, der Präsidentin des *olla*, ist es zu verdanken, daß der *olla* zwischen 1980 und 1995 – eine sehr lange Zeit verglichen mit anderen PEOs – überlebte.

Das Phänomen der Gründung von PEOs blieb auch während des Übergangs zur Demokratie nach 1989 erhalten. 1991 existierten 3 269 derartiger Vereinigungen mit insgesamt 81 567 Beteiligten.²⁵ Allerdings hat sich in Folge der allmählichen wirtschaftlichen Erholung und einer Verbesserung der Beschäftigungssituation die Zahl der Verbraucher-PEOs deutlich verringert – von 642 in 1989 auf 317 in 1991.

Im Laufe der Zeit schlugen die gemeinwirtschaftlichen Organisationen unterschiedliche Wege ein. Einige von ihnen lösten sich von selbst auf als die schlimmsten Auswirkungen der Krise überstanden waren. Andere, die fester etabliert waren, durchliefen einen Prozeß der »Formalisierung«, der durch die demokratische Regierung auch deshalb befördert wurde, weil es ihr Anfang der neunziger Jahre darum ging, jenen informellen Wirtschaftsaktivitäten, die sich in den achtziger Jahren herausgebildet hatten, einen offiziell anerkannten Status zu verschaffen.

Nahrungsmittel produzierende Organisationen in einem demokratischen Umfeld

Die im Dezember 1989, nach 17 Jahren autoritärer Herrschaft, demokratisch gewählte chilenische Regierung orientierte sich auf dem Feld der Wirtschaftspolitik am Prinzip »Entwicklung mit Gerechtigkeit« (*desarrollo con equidad*). Damit sollte sowohl eine gewisse Kontinuität mit der Modernisierungspolitik, die das Militärregime in seinen letzten Jahren (1986-1989) mit großen makroökonomischen Erfolgen verfolgt hatte, angedeutet, aber auch die stärkere sozialpolitischen Orientierung betont werden.²⁶ Dabei waren die Hinterlassenschaften der Diktatur durchaus erdrückend – 1990 lebten 22,9 Prozent der Familien in Armut und 11,6 Prozent galten als absolut arm; in städtischen Regionen waren ca. 30 Prozent der Beschäftigten in informelle Aktivitäten involviert,

23 Vgl. u.a. Schneider: Shantytowns protests in Pinochet's Chile, Philadelphia 1995.

24 Vgl. Mario Garcés-Gonzalo De la Maza: La explosión de las mayorías. Protesta nacional 1983-84, Santiago 1985.

25 Vgl. PET (Programa de Economía del Trabajo): Las organizaciones económicas populares. Resultados y análisis del Catastro 1991, Santiago 1991, p. 9.

26 Nach den Krisenjahren 1982 bis 1985 wurden in Chile bemerkenswerte Erfolge erzielt. Das Bruttoinlandsprodukt wuchs in drei aufeinanderfolgenden Jahren um 6,6 bzw. 7,3 und 9,9 Prozent und die Exporte um 85 Prozent (vgl. Arancibia: La transición democrática enfrenta un difícil contexto económico, in: Proposiciones, No.18, Santiago 1990, p. 272).

während eine »offizielle« Arbeitslosigkeit von nur 6,5 Prozent ausgewiesen wurde.²⁷ Eine der wichtigsten sozialpolitischen Aktivitäten der neuen Regierung bestand in der Schaffung einer Organisation – *Fondo de Solidaridad e Inversión Social* (FOSIS) –, mit deren Hilfe Unternehmensgründungen unter Jüngeren und in rückständigen ländlichen wie städtischen Regionen gefördert werden sollten.

Diese Maßnahmen standen allerdings in bemerkenswertem Kontrast zur makroökonomischen Politik, die weiterhin an jenen Parametern orientiert blieb, die bereits unter dem autoritären Regime verfolgt wurden. Der Verweis auf das Prinzip »die Kleinunternehmen zu stärken« mußte in einer Situation anachronistisch wirken, in der in Wirklichkeit große Firmen – 1,4 Prozent der »formellen« Unternehmen – auf sich 75,2 Prozent des gesamten Umsatzes vereinigten, während 83 Prozent aller registrierten (Klein)Unternehmen gerade fünf Prozent erreichten. Und dies unter solchen Umständen, daß 50 Prozent der wirtschaftlich aktiven Bevölkerung in Firmen mit weniger als 10 Angestellten arbeitete; Firmen, in denen 60 Prozent der Ärmsten zwei Fünftel der Gesellschaft Beschäftigung fanden. Dazu kam noch, daß zu Beginn der neunziger Jahre faktisch keine speziellen Gesetze zum Schutz der kleinen und mittleren Unternehmen vor der Konkurrenz durch Großkonzerne existierten.²⁸ In einem Land, daß kleinen Unternehmen keinerlei Schutzrechte einräumt, entsteht ein weithin bekanntes Paradoxon. Infolge der überlegenen Konkurrenz stellen die Kleinunternehmen nicht länger eine Sphäre von »Entwicklung mit menschlichem Maß« oder einen Raum für die Verwirklichung unternehmerischer Talente von benachteiligten sozialen Gruppen dar, sondern degenerieren zu Grauzonen der Steuerhinterziehung und der Verletzung von Grundrechten anhängig Beschäftigter.

Unter derartig »demokratischen Bedingungen« verwundert es kaum, daß auch in den Jahren starken Wirtschaftswachstums die Herausbildung von PEOs anhielt – 1989 gab es 2 479 solcher Vereinigungen mit über 177 000 Beteiligten, während es 1986 nur 1 439 Organisationen waren. Auch während der Zeit des Militärregimes bestanden stabile Verbindungen internationaler Solidarität zwischen verschiedenen Nichtregierungsorganisationen (NRO), nicht selten in Zusammenwirken mit der *Vicaria*. So unterstützte das NOVIB-Vicaria Projekt zwischen 1986 und 1989 rund 300 *ollas* in Santiago.

Mit dem Übergang zur Demokratie nahmen viele ausländische Organisationen allerdings immer stärker eine abwartende Haltung ein. Die NRO NOVIB kündigte 1989 ihren Rückzug an und gründete 1991 eine inländisch-lokale Struktur, die NRO PROSAN²⁹, deren Aktivitäten sich als wesentlich für den Prozeß der »Formalisierung« der *ollas comunes* in Pudahuel Norte erwies. Das Ziel bestand darin, die *ollas* dabei zu unterstützen, sich in eine Organisation umzuwandeln, die in der Lage ist, stabile Einkommen für ihre Mitglieder und die Gemeinschaft insgesamt zu erwirtschaften. Darüber hinaus ging es auch darum, die während der Diktatur entstandenen sozialen Netzwerke und Organisationsstrukturen aufrechtzuerhalten und in anerkannte Subjekte der lokalen Entwicklung umzuwandeln.

27 Vgl. Schkolnik: *Realidad y perspectivas del sector informal en Chile*, Doc. de Trabajo, No. 64, mayo 1989, p.7.

28 Das Gesetz 17 386/1970 räumte Kleinunternehmen (mit höchstens 15 Beschäftigten) zwar Steuerprivilegien ein, es wurde aber 1974 außer Kraft gesetzt, um kleine wie große Unternehmen fürderhin denselben Steuerkonditionen zu unterwerfen (vgl. Pino Davis: *Marco jurídico para la micro y pequeña empresa*, in: *Proposiciones*, No.23, Santiago, octubre 1993, p. 495).

29 Vgl. *Perfil de PROSAN-Promoción de Organizaciones Alimentarias y Nutricionales* (a cura di Daniela Sánchez) Santiago, 1995.

Theoretisch sollten damit jenen Wirtschaftssektoren, die von den Krisenprozessen der achtziger Jahre in Lateinamerika und den folgenden »Strukturanpassungsmaßnahmen« am stärksten betroffen wurden, alternative Entwicklungschancen eröffnet werden. Aber wer sind die öffentlichen und privaten Akteure dieses Prozesses? Wer kann die isolierten Erfahrungen mit der »Formalisierung« sammeln und miteinander in Beziehung setzen? Und vor allem, welche Art von »Formalisierung« ist unter derartigen Umständen überhaupt möglich?

Der Formalisierungsprozeß in seiner Komplexität

Zu Beginn der neunziger Jahre wurde der *olla* von El Montijo, wie auch andere im Stadtteil Pudahuel in ein Komplexprogramm einbezogen. Sie wurde in einen kleinen Versorgungsbetrieb umgewandelt, der – als Teil des Regierungsprogramms zur Verbesserung der Schulspeisung – die Aufgabe hatte, nunmehr für eine Reihe örtlicher Schulen zu kochen. 1991 gründeten die Frauen der *ollas* in Pudahuel mit Unterstützung der Direktors der staatlichen Behörde *Junta Nacional de Auxilio Escolar y Becas* (JUNAEB) ein Kleinunternehmen, die in das *Programa de Alimentación Escolar* (PAE) integriert wurden. Insgesamt erzeugten die im PAE beteiligten Firmen täglich 23 398 Essen für 41 Schulen in Santiago.³⁰

Auf diese Art und Weise wurde den *ollas* die Möglichkeit gegeben, in ein »offizielles« Geschäftsfeld vorzudringen, das bisher wenigen Großunternehmen vorbehalten war.³¹ JUNAEB schuf einen geschütztes Marktsegment für die *ollas*, in dem für sie ein bestimmter Teil des Geschäfts ohne Ausschreibungen und auf Kosten der alten Auftragnehmer reserviert wurde. Darüber hinaus spielte die NRO PROSAN eine wichtige Rolle im »Formalisierungsprozeß«. Sie stellte den *ollas* über NOVIB und FOSIS Gründungskredite zur Verfügung und engagierte sich in der Schulung sowie schließlich in der Auswahl jener *ollas*, von denen erwartet wurde, daß sie den Anforderungen am besten gewachsen sein würden. Diejenigen, die ausgewählt wurden, zeichneten sich alle durch starke Führungspersönlichkeiten aus. Im Fall der Region Pudahuel Norte war die Person der Präsidentin Sara Vásquez – die seit 1986 den *olla* von El Montijo und dem *Comando Nacional de Ollas Comunes*, einer nationalen Organisation der *ollas*, vorstand – von entscheidender Bedeutung. Die neuen Unternehmen erben also mit den charismatischen Führerinnen auch eine hierarchische Struktur, die durch den Prozeß der Liberalisierung bestärkt wird.

Einmal ausgewählt, mußte die Produktionsgemeinschaft von Pudahuel eine zweite Phase, die Erlangung eines rechtlichen Status, durchlaufen. Durch diesen Prozeß wurde die zukünftige Funktionsweise des neuen Unternehmens tiefgreifend geprägt. Dies erklärt sich schon aus den unterschiedlichen Organisationsformen. Entweder wandelt sich der *olla* in eine Genossenschaft mit kollektivem Eigentum oder in ein eher klassisches kommerzielles Unternehmen im Besitz von Privateigentümern um. Zweifellos wäre der Status einer Genossenschaft, in der alle Mitglieder Stimmrecht und Anrecht auf Gewinnbeteiligung haben, die am ehesten geeignete Form für einen *olla*. Dies war jedoch aus zwei Gründen nicht das

30 Vgl. Ana María Medioli: De la olla común a la empresa de servicios, in: Seminario Taller latinoamericano, Mujer y organizaciones de consumo en América latina, PET, Santiago, Octubre 1995, pp. 125ff.; PROSAN: De la olla común a la microempresa de servicios. Un camino de integración social, Santiago 1995, pp. 46-47.

31 Seit 1979 wurden die Aufträge im Rahmen des PAE durch Ausschreibungen vergeben; mit dem Ergebnis, daß in den achtziger Jahren nur acht Firmen Auftragnehmer waren, von denen eine allein 56,8 Prozent aller Essen bereitstellte.

Ergebnis. Zum einen war das dafür erforderliche Prozedere höchst kompliziert. Und zum anderen war für das Absolvieren des bürokratischen Hürdenlaufs sehr viel Zeit notwendig.³² Der zeitliche Aufwand für die »Formalisierung« – eine der zentralen Fragen in der internationalen Debatte um den informellen Sektor – erlangte so ausschlaggebende Bedeutung für die Identität des neuen Unternehmens.

Die von der Gesetzgebung vorgesehenen Schritte zur Legalisierung einer Genossenschaft stammen aus Zeiten der Militärdiktatur und wurden seit dem nicht geändert. Sie beinhalten eine Reihe von bürokratischen Schritten, zwischen denen immer wieder mehr oder weniger lange Wartephase liegen. Die neue demokratische Regierung, die unter unmittelbarem Erfolgsdruck stand, wollte nicht solange warten. Deshalb wurde in der Regel die zwar schnellere, aber weniger »demokratische« Variante der Gründung einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung, mit einer begrenzten Zahl von Mitgliedern als rechtliche Vertreter der Firma, vorgezogen. Im Falle der *ollas* von Pudahuel wurde folglich die »Sara Vásquez GmbH« mit Sara und einem anderen Ex-Chef als legale Vertreter gegründet. Diese beiden bestimmten die Unternehmensstrategie in allen entscheidenden Punkten – sie waren die Empfänger der Unterstützung durch die JUNAEB, bestimmten Löhne und Zuwendungen, verwalten die Gewinne und entschieden somit über die Höhe ihres eigenen Einkommens. Sie verfügten innerhalb der Firma faktisch über eine absolute Machtposition. Die neue Organisationsform ließ so kaum Kontinuität mit der alten erwarten.

Kontinuität oder Neuanfang?

Im Vertrag zwischen JUNAEB, PROSAN und den *ollas* war vorgesehen, daß ein Teil der Gewinne an die Basisorganisationen umverteilt werden soll. Tatsächlich setzten viele *ollas* auch nach der Gründung der GmbH ihre Aktivitäten auf dieselbe Art und Weise wie zuvor fort, in der Hoffnung, daß ihre Tätigkeit zukünftig durch das Umverteilungsgebot wesentlich erleichtert würde. Jedoch wurden die Intentionen des ursprünglichen Abkommens praktisch nicht voll umgesetzt.

Die neue Firma unterstützte zwar die Basisorganisationen in den Jahren 1992 bis 1994, aber sie selbst war kaum länger als »klein« zu bezeichnen – immerhin war sie Inhaber der Konzession für acht Schulen und lieferte 3 368 Essen pro Tag aus. Die letzte nachweisliche Auszahlung an andere *ollas* erfolgte im Januar 1995, danach hörten letztere auf zu funktionieren. Damit ist natürlich die Frage aufgeworfen, ob das neue Unternehmen für den Zusammenbruch der *ollas* in Pudahuel verantwortlich war. Nach Meinung von Sara war das Ende der anderen *ollas* die Folge der allgemeinen Verbesserungen in der Beschäftigungssituation, die dazu geführt hat, daß viele Mitglieder andere Betätigungsfelder fanden und die aktivsten unter ihnen nunmehr für die neue Firma arbeiteten.

Es ist durchaus möglich, daß diese Faktoren – wie der allgemeine Rückgang derartiger Initiativen seit 1989 zeigt – den Niedergang der *ollas* verursacht haben.³³ Aber dies kann mit einiger Berechtigung auch auf Umstände im Zusammenhang mit der inter-

32 In einem PET-Dokument wird der komplizierte und langwierige Prozeß der Legalisierung als Genossenschaft, in dem allein 13 bürokratische Schritte und monatelange Wartezeiten in Kauf genommen werden müssen, beschrieben (vgl. PET: Como formar una cooperativa, Doc. interno, Santiago 1992, pp. 1-2.

33 Vgl. Piña/Mack: Informe de evaluación: Promoción de organizaciones de servicios alimentarios y nutricionales (PROSAN); Santiago, Agosto 1993, p. 13, 16.

34 Vgl. Informe sobre los ingresos y egresos de la empresa Sara Vásquez y Cia Ltda. Periodo de 1 de Enero al 31 de Julio 1995, Santiago 1995, pp. 2-12.

35 1997 arbeiteten 48 Personen im Unternehmen; nur noch zwölf waren Ex-olla-común-Mitglieder, von denen bereits fünf Verwandte von Sara waren.

nen Geschäftsführung der Firma zurückgeführt werden. So beteuern zum Beispiel Maria und Norma, zwei Ex-Mitglieder, daß die Funktionsfähigkeit der *ollas* zerstört wurde weil ihnen *willkürlich* Teile des Gewinns vorenthalten wurden, die ihnen nach dem Abkommen zugestanden hätten. Und es ist durchaus möglich, daß das Unternehmen hin und wieder Zahlungen für die *ollas* zurückgehalten hat, um Zahlungsschwierigkeiten in Verbindung mit der Tilgung von Krediten an NOVIB und FOSIS zu überbrücken.³⁴ Dies verweist auf die spezifischen Probleme, mit denen die seit kurzem in die offiziellen Wirtschaft überführten Einheiten – auch wenn sie in einer ersten Phase vor echtem Wettbewerb geschützt werden – zu kämpfen haben.

Die Aussagen von Maria und Norma könnten zudem von ihrer Enttäuschung gegenüber Sara geprägt sein, da beide von der Firma 1992 entlassen wurden. Dies war keineswegs untypisch für diese neue GmbH, die sich sukzessiv von den Ex-Mitgliedern, die früher in der *olla común* beschäftigt waren, trennte. In der Handlungslogik der »Unternehmerin« hatte die Beschäftigung von Mitgliedern der ursprünglichen Gemeinschaft offensichtlich den Vorrang verloren: Vielmehr wurden jetzt vorrangig die eigenen Familienmitglieder beschäftigt.³⁵

Warum war es Sara so ohne weiteres möglich, ihre eigenen Interessen bei der Einstellung oder Entlassung von Angestellten derart ins Spiel zu bringen? Die rechtlichen Bestimmungen für eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung stellten es den Geschäftsführern völlig frei, beliebige Entscheidungen über den Personalbestand zu treffen. Die überwiegend befristeten Arbeitsverträge verschaffen ihnen weitere Freiräume. Obwohl die Rechtslage in Chile nach gewissen Zeiträumen die Umwandlung von befristeten Verträgen in unbefristet vorsah, wurde dies in den neuen Firma nicht vollzogen. Dies waren bei weitem nicht die einzigen Unregelmäßigkeiten – den Beschäftigten war z.B. auch die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft verwehrt, damit waren auch kollektive Lohnverhandlungen ausgeschlossen.

Mit einiger Berechtigung drängt sich die Frage auf, wie dies in einer Firma geduldet werden konnte, die für eine Regierungsinstitution arbeitete; ob es keinerlei Kontrollen zur Einhaltung der Arbeiterrechte gab. Tatsächlich war es zwar so, daß das Unternehmen auf Basis eines Vertrages mit der JUNAEB als Dienstleister tätig war, aber als solcher war sie gezwungen das volle Kostenrisiko und auch das Personalmanagement selbst zu übernehmen. JUNAEB war nicht verpflichtet, die Arbeitsbedingungen in den Vertragsunternehmen zu kontrollieren; seine Verantwortlichkeit war ausschließlich auf die Vertragserfüllung beschränkt, was zudem durch die Rechtslage gedeckt war. In Chile gibt es faktisch keinerlei Vorschriften, die Verpflichtungen von Auftraggebern gegenüber Auftragnehmern regeln.

Es handelt sich daher um eine typische subcontracting-Situation: Die Ergebnisse der während der Militärdiktatur eingeführten Deregulierung dominieren bis heute. Und es ist keineswegs zufällig, daß die Regelungen für sub-contracting noch von 1979 stammen, dem Jahr, in dem die Pinochet-Regierung im *Plan Laboral* die bis

dato bestehende Gesetzeslage radikal in Richtung weitestgehender Flexibilisierung und Entsicherung der Arbeitsverhältnisse veränderte. Nach 1989 wurde die neoliberale Politik der achtziger Jahre nicht nur auf diesem Gebiet fortgeführt. Die Verhältnisse in der neu gegründeten Firma paßten sich so nahtlos in eine gesellschaftliche Situation ein, die allgemein von schwachen Gewerkschaften mit sinkender Mitgliederzahl geprägt ist.³⁶ So arbeiteten rund 14 Prozent der Beschäftigten ohne schriftliche Verträge, 15 Prozent waren ohne gewerkschaftliche Vertretung in den Lohnverhandlungen und 39,2 Prozent ohne Sozialversicherung. Insgesamt war das neu entstandene Unternehmen gezwungen in einem Umfeld zu operieren, in dem der Konkurrenzdruck ständig zunahm, so daß den Beschäftigten nie mehr als der gesetzliche Mindestlohn gezahlt wurde. Während sich auf der anderen Seite die Einkommen der beiden Geschäftsführer, die aus den Gewinnen der Firma entnommen wurden, zwischen 1992 und 1997 beträchtlich erhöhte – auf etwa das sechsfache des Lohnes eines Angestellten.

Auf diese Art und Weise wurde die einst als Form der Überlebenssicherung und gegenseitigen Hilfe gegründete Organisation im Zuge ihrer »Formalisierung« in ein kommerzielles Unternehmen verwandelt, das sich in nichts von der Mehrzahl der anderen chilenischen Kleinunternehmen unterschied – das angesichts der durch übermächtige Konkurrenz und rechtliche Deregulierung geschaffenen Bedingungen gezwungen war, mehr oder weniger legale Mittel zur eigenen Existenzsicherung einzusetzen.

Fazit

In diesem Beitrag wurde versucht, den Weg nachzuzeichnen, den eine informelle Organisationsform – verstanden als eine Aktivitätsform, die die Reproduktion ihrer Mitglieder sichert und die durch starke nicht-ökonomische Elemente geprägt ist – in den »formellen Wirtschaftssektor« genommen hat. Im Zentrum der Aufmerksamkeit stand dabei die Aufdeckung von Kontinuitäten und Diskontinuitäten im neuen Unternehmen im Vergleich zur früheren informellen, auf gegenseitige Unterstützung basierenden Organisationsform.

Wenn insbesondere die nichtökonomischen Faktoren, die für den *olla* von spezifischer Bedeutung waren, in Rechnung gestellt werden, so muß der Übergang von der einen zur anderen Organisationsform als radikaler Bruch interpretiert werden. Das neu entstandene Unternehmen ähnelt in seiner Funktionsweise deutlich den anderen chilenischen Kleinunternehmen, die unter den anhaltenden Bedingungen von Deregulierung und »Flexibilisierung« in den neunziger Jahren die üblichen Methoden zur Abwehr überlegener Konkurrenz anwenden. Die Leidtragenden dieses Prozesses sind die Arbeitskräfte.

Auf der Ebene des Unternehmens vollziehen sich jene Veränderungen, die sich im Zuge der allgemeinen Tendenz zu Arbeitsplatzflexibilisierung und wachsender Unsicherheit sowohl in den Entwicklungsländern als auch in den fortgeschrittenen Industriestaaten Bahn brechen. Ein solches Entwicklungsmodell ist zudem typisch für ein Land, in dem zwar eine politisch-insitutionelle

36 Die Mitgliederquote in Gewerkschaften, denen kurz vor dem Putsch 1973 noch rund 30 Prozent der beschäftigten angehörten, fiel 1988 auf 10,5 Prozent und erreichte 13,3 Prozent 1993-94 (vgl. PET: Anexo Estadístico, in: Economía y Trabajo en Chile, Informe Anual PET, Santiago 1995, pp. 245-273).

Transition stattfand, in dem aber das neoliberale Paradigma nicht angetastet wurde. In Folge dessen wird eine informelle, auf gegenseitiger Solidarität basierende Unternehmensform in einen »klassischen« kapitalistischen Betrieb umgewandelt, der sich grundlegend von seiner ursprünglichen Identität unterscheidet. Dies ist gleichbedeutend mit dem Verschwinden einer gemeinwirtschaftlichen Organisationsform, die noch in den achtziger Jahren – vielleicht etwas zu optimistisch – als Keimzelle eines möglichen Modells einer »alternativen« und »solidarischen« Wirtschaftsweise angesehen wurde.

Der Verlauf dieser Transformation vom »Informellen« zum »Formellen« läßt einige interessante Paradoxien erkennen.

Erstens wurden in diesem Übergang vom informellen bzw. halblegalen zum formell anerkannten Status die Defizite der Informalität bei der sozialen Sicherung der Beschäftigten reproduziert. Das neue Unternehmen wurde von Beginn an in eine Rolle als abhängiger Auftragnehmer gedrängt, die überall auf der Welt charakteristisch ist für die informelle Wirtschaft. Sie blieb abhängig von einem »überlegenen« – in diesem Fall einem staatlichen – Unternehmen.

Zweitens erwies sich gerade der Prozeß der Legalisierung als jener Mechanismus, in dem die ursprüngliche, »demokratische« und auf die gerechte Umverteilung des Produkts beruhende Organisationsform des *olla* aufgebrochen und »kommerzialisiert« wurde. Eine wesentliche Rolle spielte dabei der Zeitfaktor, der die Schaffung einer privatrechtlichen Gesellschaft mit beschränkter Haftung – und damit die Unternehmensführung durch Einzelpersonen und folglich den übermäßigen Einfluß deren privater Interessen – über Gebühr begünstigte. In diesem »Experiment«, das in Chile während der Demokratisierung vielfach zur Armutsbekämpfung angewandt wurde, das aber keineswegs ein Modell für alle Arten von »informeller Wirtschaft« ist, hat eine Orientierung eindeutig die Oberhand gewonnen: die Profitorientierung wie sie vom neoliberalen Modell der achtziger Jahre propagiert wurde. Die Identität der informellen, auf solidarische Gegenseitigkeit gegründeten Struktur wurde ohne Schutz durch äußere Autoritäten vom »global village« des internationalen Kapitalismus aufgebrochen und absorbiert. Die makroökonomischen Faktoren haben gegenüber den mikroökonomischen klar die Oberhand behalten.

(AUS DEM ENGLISCHEN VON ARNDT HOPFMANN)

ELFRIEDE BRÜNING

Erinnerungen an den BPRS

Ein sonniger Vorfrühlingstag 1998, ein Tag, der ins Freie verlockte. Ich war nach Lehnitz hinausgefahren, einem nördlichen Vorort von Berlin, wo ein Freund von mir gewohnt hatte. Immer hatten wir uns vorgenommen, einander zu treffen, um in Ruhe miteinander zu sprechen und die Erinnerungen an früher heraufzubeschwören: Beide hatten wir, kurz vor Hitler, einem Kreis junger Kommunisten angehört, bis uns die Wirren der Zeit auseinanderspülten – ihn in die äußere, mich in die innere Emigration. Doch bei dem Versprechen war es geblieben. Inzwischen erreichte mich die Nachricht von seinem Tod. Jetzt konnte ich nur noch seine Frau, die zurückblieb, in die Arme schließen.

Mein Heimweg führte mich durch die Siedlung, bis vor kurzem noch Thälmann-Siedlung, bis zu der Gedenkstätte Friedrich Wolf. Auch er war mir seit langem bekannt. Nach '45 – er war gerade aus der sowjetischen Emigration zurückkommen – traf ich ihn ein paarmal im »Klub der Kulturschaffenden« in der Jägerstraße. Ein schöner Mann, so lebt er in meiner Erinnerung, dem die Herzen der Frauen zuflogen – der vielen alleinstehenden Frauen aus jener Zeit, die den Freund oder Ehemann im Krieg verloren hatten. Mich, fürchte ich, hat er gar nicht wahrgenommen, selbst wenn wir im Klubrestaurant an denselben Tisch gerieten, denn er war immer in Eile, hatte den Kopf voller Pläne, hetzte von Ort zu Ort zu Besprechungen, Vorträgen, Proben – im idyllischen Lehnitz hielt es ihn niemals lange. Aber ich bin Friedrich Wolf auch schon früher begegnet, in einer Versammlung vom »Bund proletarisch-revolutionärer Schriftsteller«, die zu besuchen mir Walter Schönstedt, ein junger Arbeiterdichter, empfohlen hatte. Das war 1932, kurz vor dem Machtantritt der Faschisten und dem sofort darauf folgenden Verbot des Bundes, der 1928 von Johannes R. Becher gegründet worden war. 1928, schoß es mir durch den Kopf, das war vor siebzig Jahren, also könnten wie in diesem Herbst ein Jubiläum feiern! Aber ob sich nach dem Verschwinden der DDR noch irgendjemand dafür interessierte, welche Ziele der »Bund« verfolgte, ein Zusammenschluß von Schriftstellern, von denen einige, wie Johannes R. Becher, Anna Seghers, Ludwig Renn und Friedrich Wolf, bereits einen Namen hatten, andere aber, wie Ludwig Turek (»Ein Prolet erzählt«), Willi Bredel (»Maschinenfabrik N&K«) und Adam Scharrer (»Vaterlandslose Gesellen«) gerade erst Proben ihres literarische Schaffens hatten ablegen können? Und doch sollten sie, meine ich, auch heute nicht völlig vergessen werden.

Elfriede Brüning – Jg. 1910, Erzählerin, Kinderbuch- und Fernsehspielautorin, Berlin. 1930 Mitglied der KPD nach Besuch der MASCH; 1932 Bund proletarisch-revolutionärer Schriftsteller; 1933-35 Mitarbeit an der illegalen Zeitschrift des Bundes »Neue Deutsche Blätter«; 1935 nach dem Verrat der Gruppe Haft im Frauengefängnis Berlin, Barnimstraße; nach Entlassung Publikation von Unterhaltungsromanen. 1946 KPD/SED; 1945-49 Redakteurin bei den Zeitschriften »Sonntag«, »Neue Gesellschaft« und »Die neue Heimat«; seit 1950 feie Schriftstellerin. Publikationen u.a.: ... damit du weiterlebst (1949); Lästige Zeugen. Tonbandgespräche mit Opfern der Stalinzeit (Hg.) (1990); Kinder im Kreidekreis. Report über Zwangsadoptionen und Heimerziehung (1992); Und außerdem war es mein Leben (1994).

Dieser Vortrag wurde auf dem Literaturhistorischen Kolloquium zum 70. Jahrestag der Gründung des Bundes proletarisch-revolutionärer Schriftsteller Deutschlands, das am 4. November 1998 vom Verein »Helle Panke« Berlin durchgeführt wurde, gehalten.

Während ich noch überlegte, ob man nicht anlässlich des Jubiläums eine Art Gedenkstunde organisieren könnte, fiel mir ein Buch in die Hand, das mich elektrisierte. Von Ruth Rehmann ist die Rede und von ihrem Buch »Unterwegs in fremden Träumen«, das den ersten »Gesamtdeutschen Schriftstellerkongreß 1947« zum Thema hat, »den letzten vor der Teilung des Landes«, heißt es auf dem Buchumschlag, der die Schriftsteller der äußeren und der inneren Emigration vereinen sollte – was leider nicht gelungen ist. Und hier finde ich ganze Passagen über Friedrich Wolf, dessen Lebensweg die Autorin liebevoll nachzeichnet. Fotos liegen ihr vor, eins davon zeigt ihn, nach seiner Entlassung aus Gestapohaft, auf dem Weg nach Moskau. »Hier lacht einer«, schreibt Ruth Rehmann, »der sich auf der Höhe seines Lebens sieht, voller Freude auf die Reise in das erste Land der Weltrevolution und auf die Arbeit, die vor ihm liegt, nicht l'art pour l'art, hat er in seiner Schrift ›Kunst als Waffe‹ geschrieben, nicht ›eine Kunst des ästhetischen Spiels‹ in dieser Zeit der Arbeitslosenheere und Mütter-Selbstmorde, der Wohnungsnot und Grubenunglücke. Wir brauchen heute Brot und dreimal Brot für unseren Leib, das Brot der Gerechtigkeit hier unten, das Brot des Glaubens an eine neue Ordnung, die kommen wird...«

Hier legte ich das Buch einen Moment beiseite, zutiefst bewegt. Denn plötzlich wußte ich wieder, was mich fasziniert hatte auf dieser ersten und vielleicht einzigen größeren Versammlung des »Bundes«, an der ich teilnehmen konnte. Hier wurde ausgesprochen, was ich selber empfand in jenen Jahren der Weltwirtschaftskrise mit ihren sieben Millionen Arbeitslosen. Sah ich es nicht tagtäglich mit eigenen Augen, wie mein Vater, ein kleiner selbständiger Handwerksmeister, trotz emsiger Arbeit auf keinen grünen Zweig kommen konnte, weil er als Kapital nichts weiter besaß als den Willen zur Arbeit und seine geschickten Hände? Daß er zuletzt gezwungen war, sein Gewerbe abzumelden und stempeln zu gehen, hat er nie verwunden. Und so wie ihm ging es Tausenden. Von ihnen allen, den Unterdrückten im Lande, sollte geschrieben werden, forderte man im »Bund«. Kunst ist Waffe! – dies Wort wurde zum Leitmotiv für uns alle, die wir uns vornahmen, über die Welt der Arbeiter, die Sorgen der »kleinen Leute« zu schreiben. – Ich wurde Mitglied im »Bund«, dessen Verbot uns bald darauf zwang, in die Illegalität zu gehen. Ich war damals 22 Jahre alt.

Und jetzt, nahe der Neunzig, im November des vergangenen Jahres, saß ich in dem etwas kahlen Versammlungsraum von »Helle Panke«, einem Verein »zur Förderung von Politik, Bildung und Kultur e.V.«, den ich mit Hilfe von Dr. Jochen Cerny doch noch hatte bewegen können, mit einer Veranstaltung an den Gründungstag des »Bundes« zu erinnern. Erstaunlich viele waren der Einladung gefolgt. Neben so bekannten Literaturwissenschaftlerinnen wie Prof. Dr. Sigrid Bock und Dr. Simone Barck sowie Prof. Dr. Dieter Schiller, denen ich bisher nur flüchtig begegnet war, erblickte ich zu meiner Freude auch Dr. Hans Baumgarten, der seinerzeit seine Dissertation über den »Bund« verfaßt hatte, und die Tochter von Karl Grünberg, inzwischen auch schon eine Rentnerin, während von meinen Schriftstellerkollegen als einziger Uwe Ber-

ger anwesend war, der in seinem Beitrag sehr anschaulich von Begegnungen mit Kurt Huhn, Jan Petersen und Wilhelm Tkaczyk erzählte. Von den ehemaligen »Bund«-Mitgliedern gab es außer mir nur noch Jan Koplowitz, der etwas verspätet eintraf, sich dann aber sofort voller Elan, wie es seinem Temperament entsprach, in die Debatte stürzte. Nur wir zwei waren als Zeitzeugen übrig geblieben. Doch im Geiste sah ich auch alle anderen noch neben mir sitzen: Berta Waterstradt, Franz Hammer, Hedda Zinner, Werner Ilberg, Georg Pijet und viele mehr, die an früheren Jubiläumsfeiern noch hatten teilnehmen können: Einmal, zum 40. Jahrestag, hatte man uns allen sogar eine Medaille verliehen – Jan Koplowitz erinnerte daran. Er sprach aber auch, ganz in meinem Sinne, unseren Dank dafür aus, daß wir jetzt, nach so vielen Jahren, noch einmal hatten zusammenkommen können, um Bilanz zu ziehen über eine Literaturbewegung, die, trotz mancher Fehler und Verirrungen, in ihren besten Werken doch wohl auch in Zukunft wird bestehen können.

WALTER FÄHNDERS

Revolutionäre und proletarische Literaturentwicklungen im ersten Jahrzehnt der Weimarer Republik

Meine Überlegungen haben revolutionäre und proletarische Literaturentwicklungen bis zur Gründung des »Bundes proletarisch-revolutionärer Schriftsteller Deutschlands« (BPRS) im Jahre 1928 zum Thema. Dabei geht um solche Entwicklungen, die mittelbar und unmittelbar zur Gründung des BPRS geführt haben, aber auch um solche, die für Theorie und Praxis des BPRS keine Rolle gespielt haben. Damit soll nicht jener Vorstellung das Wort geredet werden, nach der die Entwicklung der sozialistischen, genauer proletarisch-revolutionären Literatur der Weimarer Republik einzig im BPRS ihren legitimen Ort gefunden hätte. Oder umgekehrt, der BPRS sei der einzige Ort dieser proletarisch-revolutionären Literatur in der Weimarer Republik gewesen. Das war er sicherlich nicht. Auch noch nach 1928 vollzogen sich gewichtige revolutionäre Literaturentwicklungen außerhalb des organisatorischen und ideologischen Konzeptes des BPRS. Hier sei nur an Brechts Theorie und Praxis des Lehr- und des Hörstücks erinnert oder an außerhalb des BPRS stehende Autoren wie Adam Scharrer oder Theodor Plievier, aber auch an die Versuche materialistischer Theoriebildung bei Walter Benjamin oder Ernst Bloch.

Andererseits aber bleibt weiterhin unbestritten: der BPRS war der wichtigste Kristallisationsort der neuen Arbeiterliteratur in der Weimarer Republik. Er umfaßte, wie bekannt, einerseits die schreibenden, vor allem kommunistischen Arbeiter, die Arbeiterkorrespondenten also, andererseits die wachsende Zahl von z.T. prominenten linken bürgerlichen Schriftstellern, und es ist eben das Zusammengehen dieser proletarischen mit bürgerlich-intellektuellen Autoren, welches das Profil der nun entstehenden proletarisch-revolutionären Literatur bestimmt hat. Zweifellos bildete der BPRS mit seinen 1930 etwa 350, Ende 1932 rund 600 Mitgliedern, wie wir nun statistisch genauer aus der Münsteraner BPRS-Dissertation und Monographie von Christoph Hein aus dem Jahre 1991 wissen¹, das Zentrum der Weimarer proletarisch-revolutionären Literatur. Johannes R. Bechers definitorische Minimalformel, der proletarisch-revolutionäre Schriftsteller sei jemand, »der die Welt vom Standpunkt des revolutionären Proletariats aus sieht und sie gestaltet«², mag zudem für die Programmatik der proletarisch-revolutionären Literatur immer noch ihre Gültigkeit erweisen.

Allerdings bleibt die Frage, was es denn nun genau ästhetisch und politisch heißt: die Welt vom Standpunkt des revolutionären Proletariats aus zu gestalten. Wir wissen, daran schieden sich die

Walter Fähnders – Jg. 1944, Dr. phil. habil., apl. Prof. für Neuere Germanistik an der Universität Osnabrück. Publikationen zu Literatur und Kultur sozialer Bewegungen sowie zur Avantgarde, u.a.: Proletarisch-revolutionäre Literatur der Weimarer Republik (1977); Anarchismus und Literatur (1987); Avantgarde und Moderne 1890-1933 (1998).

Dieser Vortrag wurde auf dem Literaturhistorischen Kolloquium zum 70. Jahrestag der Gründung des Bundes proletarisch-revolutionärer Schriftsteller Deutschlands, das am 4. November 1998 vom Verein »Helle Panke« Berlin durchgeführt wurde, gehalten.

1 Christoph M. Hein: Der »Bund proletarisch-revolutionärer Schriftsteller Deutschlands«, Biographie eines kulturpolitischen Experiments in der Weima-

Geister. Was die genaue Bestimmung des Standpunktes des revolutionären Proletariats ausmachte, war dabei im BPRS hinsichtlich seiner Verflechtung mit der KPD und ihrer Politik, auch der Abhängigkeit von ihr, weniger umstritten. Umstritten und kontrovers diskutiert blieb die Frage nach dem, was unter »Gestaltung« zu verstehen sei. Daß der Bund um eine Programmatik heftig gerungen, ein verbindliches Programm aber nie verabschiedet hat, verweist auf die Problematik der ästhetischen Fragen.

Im folgenden skizziere ich nun drei Bereiche der revolutionären und proletarischen Literaturentwicklung bis 1928, die ich für relevante hinsichtlich der Gesamtentwicklung der sozialistischen Literatur der Weimarer Republik halte und die somit auch in Bezug zum BPRS zu setzen sind. Wenn ich dabei zwischen den Attributen revolutionär und proletarisch trenne, so deshalb, weil beide Bereiche sich nicht in jedem Fall zusammengefügt haben – seine Zusammenfügung zu »proletarisch-revolutionär« im BPRS markierte dann ja auch terminologisch einen neuen Anspruch und eine neue Etappe in der sozialistischen Literaturentwicklung insgesamt.

Ich beginne mit einem Blick auf die künstlerische Avantgarde, widme mich dann der revolutionären Literaturtheorie der zwanziger Jahre und schließlich der diesbezüglichen Literaturpraxis des Zeitraumes von 1918 bis 1928.

»Projekt Avantgarde«

Unter künstlerischer Avantgarde werden hier die historischen Avantgardebewegungen verstanden, also die avantgardistischen »Ismen« des frühen 20. Jahrhunderts. Sie nehmen ihren Beginn mit der Veröffentlichung des 1. futuristischen Manifestes von F. T. Marinetti im Pariser »Figaro« 1909³, und bis in die dreißiger Jahre hinein begegnet uns gesamteuropäisch und auch die USA sowie Lateinamerika berührend die Reihe der Ismen als dezidierte Gruppenbewegungen wie Futurismus, Expressionismus, Dada, Konstruktivismus, Poetismus, Surrealismus usw. Daß bereits das Wort »Avantgarde« einen auch politisch zu verstehende Vorhut- und Führungsanspruch von Künstler und Kunst impliziert, verweist auf die politischen Verwicklungen, welchen sich die Avantgarderichtungen selbst aussetzen. Von ihrer sozialen Basis her gesehen erscheinen diese Avantgardeströmungen als spezifisch intellektuelle Strömungen. Berührungen zum Proletariat vor und nach dem Ersten Weltkrieg und vor und nach den Revolutionen 1917 bzw. 1918 gibt es zwar, Trotzki's Frage an Gramsci, wie es in dieser Hinsicht mit dem Futurismus in Italien bestellt sei, verweist darauf, aber sie sind eher peripher. (Auf die Sonderentwicklung von Avantgarde und Revolution in Sowjetrußland bis zur Stalinisierung der Sowjetgesellschaft Ende der zwanziger Jahre kann hier nicht weiter eingegangen werden.)

Das liegt zu einem guten Teil an der Konzeption des »Projekts Avantgarde«, wie ich es zusammen mit meinem Kollegen Wolfgang Asholt genannt habe, zusammen⁴. Das »Projekts Avantgarde« sucht eine, wie Peter Bürger in seiner »Theorie der Avantgarde«⁵ es formuliert hat, Überführung und Rückführung von Kunst in Lebenspraxis. Damit ist nicht die Proklamation einer neuen Kunst

rer Republik, Münster und Berlin 1991.

2 Johannes R. Becher: Unser Bund (1928), in: Zur Tradition der deutschen sozialistischen Literatur. Eine Auswahl von Dokumenten 1926-1935, 4 Bde. Berlin/DDR 1979, Bd I, S. 112-117, hier S. 115.

3 Abdruck in: Manifeste und Proklamationen der europäischen Avantgarde (1909-1938), Hrsg. Wolfgang Asholt u. Walter Fähnders, Stuttgart, Weimar 1995, S. 3-7.

4 Vgl. Wolfgang Asholt/Walter Fähnders: Projekt Avantgarde (1997). In: »Die ganze Welt ist eine Manifestation«. Die europäische Avantgarde und ihre Manifeste, Hrsg. Wolfgang Asholt u. Walter Fähnders, Darmstadt 1997, S. 1-20.

5 Peter Bürger: Theorie der Avantgarde, Frankfurt/M. 1974.

gemeint, sondern letzten Endes die Einrichtung einer neuen Gesellschaft eingefordert – auf jeden Fall ist die kompromißlose Aufhebung der schlechten Realität intendiert. Als ein Hebel dient die Zertrümmerung nicht allein der bürgerlichen Kunst mit ihren traditionellen Sujets und vor allem traditionellen Gestaltungsweisen, sondern der Angriff auf die Institution Kunst überhaupt, die überwunden, als Institution abgeschafft werden soll. Die Institution Kunst als separierter gesellschaftlicher Bereich soll aufgehoben, damit auch die Trennung des Rezipienten vom ästhetischen Produkt – letztlich soll jeder und jede Kunst bzw. Nicht-mehr-Kunst praktizieren können. Daß damit auch bestimmte ästhetische Gestaltungsprinzipien privilegiert werden, versteht sich. Das reicht vom Zufallsprinzip bis zur Performance. Vor allem aber ist ersichtlich, daß hier ein Widerpart zum Prinzip des »Realismus« – in welcher Schattierung auch immer – postuliert ist.

Es ist dieses hier nur anskizzierte avantgardistische Projekt, das sicher die Kunst im 20. Jahrhundert von Grund auf revolutioniert hat, auch wenn avantgardistische Kunstprinzipien durch eine Integration in den Kunstbetrieb dann doch z.T. neutralisiert worden sind und man insofern vom Scheitern der Avantgarde gesprochen hat.

Unter unserer Fragestellung nach den revolutionären Trends nach 1918 wird man festhalten: der Angriff der Avantgarde auf die bürgerliche Kunst und auf die Institution Kunst in toto markierte einen Paradigmenwechsel, der für die weitreichendste revolutionäre Kunstauffassung schlechthin steht. Im deutschsprachigen Bereich ist es sicher der Dadaismus, der für diesen revolutionären Trend steht.

Es ist nun für die proletarisch-revolutionäre Literaturentwicklung festzuhalten, daß dieser revolutionäre Ansatz – zumal nach Abklingen der Avantgardebewegungen in den zwanziger Jahren in Deutschland – keine Aufnahme oder Fortführung erfuhr. Der Aufbau einer proletarischen Gegenöffentlichkeit der zwanziger Jahre hat sich primär auf die Distributionsformen konzentriert. So hat die proletarisch-revolutionäre Literatur mit guten Gründen die bürgerlichen Kunstinstitutionen bekämpft – angefangen im 19. Jahrhundert mit dem Aufbau eines eigenen Presse- und Verlagswesens, nicht aber die »Institution Kunst«. Eine radikale, wirklich revolutionäre Veränderung im Verhältnis zwischen Kunstproduktion und Kunstrezeption, wie sie die Avantgarde versuchte, hatte in der proletarisch-revolutionären Literaturbewegung keinen Platz. Ansätze dazu sind, so meine ich, allenfalls im Theaterbereich, in der Bewegung der Agitprotruppen, sowie in Brechts Lehrstückkonzept, zu sehen.

6 Vgl. Ursula Münchow: Arbeiterbewegung und Literatur 1860-1914, Berlin, Weimar 1981.

7 Christoph Rülcker: Proletarische Dichtung ohne Klassenbewußtsein. Zu Anspruch und Struktur sozialdemokratischer Arbeiterliteratur 1918-1933, in: Die deutsche Literatur in der Weimarer Republik, Hrsg. Wolfgang Rothe, Stuttgart 1974, S. 411-433.

Literaturtheorie

Die aus der Arbeiterbewegung der Vorkriegszeit überkommene sozialistische und proletarische Literatur zeichnete sich zumal in der ästhetischen Theorie durch eine zunehmende Orientierung an bürgerlichen Normen aus⁶. Nicht zuletzt die Auseinandersetzungen der Arbeiterbewegung mit dem Naturalismus haben das erwiesen. Dieser Traditionsstrang einer »proletarischen Dichtung ohne Klassenbewußtsein«⁷ findet nach 1918 vor allem in der Arbeiterdichtung ihre Verlängerung, die politisch an der SPD orientiert ist, die in

ihrem ästhetischen Potential spätexpressionistischen Einflüssen sowie einem grundsätzlichen »Kompromiß zwischen politischer Dichtung und reiner Kunstausübung«⁸ verpflichtet ist.

Ein erster Innovationsschub in Sachen Theorie von Arbeiterliteratur ging von der expressionistisch-avantgardistischen Generation aus, nicht etwa von der neugegründeten KPD, die, in Dingen der Kunst stark von einem oft vergrößert wahrgenommenen Mehring'schen Erbe geprägt, diesen Autoren vielmehr reserviert gegenüberstand, selbst wenn sie Mitglieder der Partei waren. Es sind Autoren – intellektuelle Autoren – wie George Grosz, John Heartfield, Wieland Herzfelde, Franz Jung, Oskar Kanehl, Franz Pfemfert, Erwin Piscator u.a., die um 1920 das Verhältnis zwischen Literatur, Revolution, Proletariat und Schriftsteller grundsätzlich neu zu bestimmen suchten. Dabei finden sich auffällige Berührungen und Gemeinsamkeiten mit der Programmatik des politischen Linksradikalismus und Linkskommunismus über hemmende »subjektive Faktoren« im Proletariat und die Notwendigkeit von »Selbstbewußtseinsentwicklung« bei den Arbeitern. Gerade diese während der Revolutionszeit lebendigen Positionen, wie sie »links« der KPD insbesondere in der KAPD (Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands) vertreten wurden, fanden mit ihren rätedemokratischen, antiautoritären, auf die Spontaneität der Massen setzenden Auffassungen gerade auch unter den Intellektuellen und Künstlern Anhang⁹.

Dabei sehe ich in Sachen Literaturtheorie folgenden Gewinn, der auf strikten Neubeginn zielt: Diese revolutionäre Literatur bricht mit den psychologisierenden, didaktischen Identifikationsangeboten der traditionellen Arbeiterliteratur, mit dem Prinzip des »fabula docet«. Sie will – Ausdruck auch ihrer avantgardistischen Schulung – den unbedingten Bruch mit bürgerlichen Traditionen, entwirft anonyme und kollektive Helden und ist strikt auf politische Wirkung, auf »Operationalität« aus. Prämissen von politischer und ästhetischer Spontaneität fallen in der revolutionären Nachkriegsphase zu einer innovativen Politästhetik zusammen und markieren im Verein mit antibürgerlichen, zumal traditionsfeindlichen Positionen der Avantgarde ein zwar kurzes, aber in seiner Offenheit doch relevantes Experimentierfeld.

Als markante Beispiele möchte ich nennen: die sog. Kunstlump-Kontroverse, bei der Vertreter der radikalen Avantgarde wie George Grosz und John Heartfield einerseits gegen den Expressionismus, hier am Beispiel des Malers Oskar Kokoschka, polemisierten. Andererseits stellten sie diskutierenswerte prinzipielle Überlegungen über den Waren- und Klassencharakter bürgerlicher Kunst, des bürgerlichen Erbes an und riefen dazu auf, »den Zerfall dieser Ausbeuterkultur zu beschleunigen«. Damit war, zum dritten, auch eine Frontstellung gegen kulturkonservative Tendenzen der jungen KPD gegeben, die dieser radikalen Erbkritik theoretisch eher hilflos gegenüberstand und einen prekären »Vandalismus«-Vorwurf erhob¹⁰.

Auch die theoretischen Auseinandersetzungen um das »Proletarische Theater, Bühne der revolutionären Arbeiter Groß-Berlins« um 1920, an dem die oben genannten, zudem Piscator, Herzfelde, Jung u.a. beteiligt waren, zielten in Theatertheorie und -praxis auf

8 Vgl. Sozialgeschichte der deutschen Literatur von 1918 bis zur Gegenwart, Hrsg. Jan Berg, Hartmut Böhme, Walter Fähnders u.a., Frankfurt/M. 1981, S. 67.

9 Vgl. Literatur im Klassenkampf. Zur proletarisch-revolutionären Literaturtheorie 1919-1923. Eine Dokumentation, Hrsg. Walter Fähnders u. Martin Rector, München 1971 (auch: Frankfurt/M. 1974); Walter Fähnders/ Martin Rector: Linksradikalismus und Literatur. Untersuchungen zur Geschichte der sozialistischen Literatur in der Weimarer Republik, 2 Bde, Reinbek 1974; Harald Maier-Metz: Expressionismus – Dada – Agitprop. Zur Entwicklung des Malik-Kreises in Berlin 1912-1924, Frankfurt/M. 1984; Ursula Walburga Baumeister: Die Aktion 1911-1932. Publizistische Opposition und literarischer Aktivismus der Zeitschrift im restriktiven Kontext, Erlangen, Jena 1996.

10 Vgl. WalterFähnders/ Martin Rector: Linksradikalismus und Literatur, a.a.O. Bd I, S. 100ff.; Manfred Nössig/ Johanna Rosenberg/ Bärbel Schrader: Literaturdebatten in der Weimarer Republik. Zur Entwicklung des marxistischen literaturtheoretischen Denkens 1918-1933, Berlin, Weimar 1980, S. 173ff.

eine Überwindung bürgerlicher Kunststrukturen, wie es auch die »Kunstlumpen« gefordert hatten – wegweisend die Forderung nach Verankerung proletarischer Kultur- und Kunstinstitutionen auch in den politischen und ökonomischen Institutionen der Arbeiterbewegung. Wegweisend waren zudem die »epische« Ansätze dieses ersten Piscatorsche Theaters, das die Trennung von Literaturproduzenten und Literaturrezipienten, das die vierte Wand und damit die Illusionsbühne im Theater einzureißen suchte, um Spielende und Zuschauende zusammenzuschließen. Konzeptionell und auch praktisch wurde dies im Proletarischen Theater zumindest in Ansätzen in Angriff genommen¹¹.

11 Dokumentiert in: Literatur im Klassenkampf. Zur proletarisch-revolutionären Literaturtheorie 1919-1923, a.a.O., S. 183-209.

An einer grundsätzlichen Neubestimmung des bürgerlichen Literaturkanons und dem Abbau der sogenannten Kultursklaverei, wie es in linksradikalen Kreisen der Zeit des öfteren genannt worden ist, arbeiteten ehemalige Expressionisten wie Jung und Herrmann-Neiße. Gerade der von Max Herrmann-Neiße in einer Rede vor einer linksradikalen, unionistischen Gruppierung, der AAUE, im Umkreis des Pfemfert-Kreises gehaltenen Rede über »die bürgerliche Literaturgeschichte und das Proletariat« leistet eine rigide Funktionsbestimmung von Literatur im Klassenkampf, von bürgerlichem Erbe und seiner affirmativen Funktion¹². Sie propagiert eine neue Literatur fürs Proletariat, die als ausgesprochene Klassenkampfliteratur zur Selbstbewußtseinsentwicklung des Proletariats beitragen sollte. Autoren von Villon bis Büchner, von Zola bis Upton Sinclair werden hier favorisiert, von den deutschen Zeitgenossen zudem Kanel, Jung u.a., die ob ihrer Antibürgerlichkeit und Parteilichkeit Vorbildcharakter gewinnen. (Daß in den frühen Debatten zumal im Umkreis des emphatischen O Mensch-Expressionismus Antibürgerlichkeit des öfteren kurzschlüssig bereits mit pro-proletarisch oder parteilich ineingesetzt wurde, sei hier nur erwähnt.)

12 Nachgedruckt in: Literatur im Klassenkampf. Zur proletarisch-revolutionären Literaturtheorie 1919-1923, a.a.O., S. 64-86.

Ich möchte diese Bemühungen zumal linksradikal inspirierter Gruppierungen und Einzelautoren insgesamt nicht überbewerten; in ihnen scheint aber konzeptionell die Auffassung einer Literatur für das Proletariat auf, die über eine Orientierung am bürgerlichen Kanon ebenso hinausgeht wie sie über die Inhaltsästhetik noch Mehringscher Prägung deutlich hinausweist. Zudem findet wir Versuche eines Aufbrechens einer bürgerlich-konsumierenden Haltung der Kunst gegenüber zugunsten operativer Rezipienten- und Publikumsbezüge.

Literaturpraxis

Literarhistorisch gesehen wurden zu Beginn der Weimarer Republik im Schnittfeld von Linksradikalismus und politisierter avantgardistischer Intelligenz Fragen nach Möglichkeit, Notwendigkeit und Machart von Literatur und Kunst fürs Proletariat im ganz handfesten Kontext der Revolutionsereignisse diskutiert. Das zeigen auch die literarischen Texte selbst – die Lyrik, die dramatischen Texte der Theaterexperimente des Berliner »Proletarischen Theaters«, die belletristischen Publikationen des Malik-Verlages und des Kreises um Franz Pfemferts Zeitschrift »Die Aktion«. Gerade der Expressionist, Dadaist und KAPist Franz Jung wurde bis zu seiner Rückkehr aus Sowjetrußland 1923 nicht müde, den

»Rhythmus des kollektiven Geschehens«, den »Rhythmus des gemeinsamen, gemeinschaftlichen Erlebens«¹³, wie er es nannte, zum Angelpunkt seiner theoretischen wie seiner literarischen, dramatischen und erzählerischen Arbeiten zu machen. Die linkskommunistische Programmatik einer »Selbstbewußtseinsentwicklung« des Proletariats, der es zur Vollendung der Revolution noch bedürfe, korrespondiert bei ihm wie bei keinem anderen Autor im künstlerisch-literarischen Bereich mit Vorstellungen einer kollektiven Heldengestaltung. Das meint den weitgehenden Verzicht auf Individualisierung und Psychologisierung, meint eine operativ angelegte Publikums- und Leser-Einbindung und die Anonymisierung von Heldenfiguren, ihre »Kollektivierung«. Der experimentelle Charakter seiner zahlreichen Romane und auch Stücke ist dabei deutlich und wird kosequent selbst Thema, so wenn es zu Beginn seines Romanes »Arbeitsfriede« von 1922 heißt:

»Viele meiner Kameraden werden mich der nachfolgenden Zeilen wegen tadeln [...]. Ich will dem Leser schon vorher sagen, was ich will und wo das technische Problem liegt. Er soll beim Lesen mithelfen an der Lösung und Gestaltung, prüfen wo das Tempo ins Stocken gerät, und so die wirkliche Verbindung zwischen Autor und Leser herstellen, die der wesentlichste Teil des Inhalts dieses Buches ist. Jeder Inhalt, den man darstellen will, gewinnt dadurch einen neuen Rhythmus. Es wird nicht mehr so sehr ausschließlich Handlung, die sich aufbaut, sondern ein Teil unseres Selbst, der Geschehnisse in und mit uns, unserer Empfindungen, des als lebendige Gemeinschaft Miteinanderverbundenseins. Es wird Handlung mit uns mit, eine neue Form des rhythmisierten Lebens. Die Revolution der Sprache dämmert bereits herauf, und ihre ersten Spitzen werden bereits mit den ökonomischen des Proletariats in das Land der Gemeinschaftlichkeit einziehen.«¹⁴

Dies mag als ein Beleg für eine revolutionäre Literaturpraxis stehen, die, avantgardistisch-linksradikal grundiert, zunächst einmal keiner Realismus-Konzeption folgt. Realismus wird erst im BPRS von Georg Lukács u.a. zur zentralen Kategorie erhoben – wie wir wissen: in einer spezifischen Verkürzung der Weite und Vielfalt, die Realismus auch meint, siehe Brecht, – Realismus also wird erst zu BPRS-Zeiten zur Zentralkategorie der proletarisch-revolutionären Literatur und Literaturdebatten. Auch die bürgerliche Literatur wird in der Weimarer Republik seit Mitte der zwanziger Jahre den Realismus erneut diskutieren: die Neue Sachlichkeit nämlich, die zum dominanten Parameter der linksbürgerlichen Literatur avanciert. Die Neue Sachlichkeit diskutiert Abbildungsprobleme, Fragen der Dokumentaristik, der Reportage u.ä., um die neuen auch ökonomischen Entwicklungen möglichst »wirklichkeitstreu«, in einem neuen Schub naturalistisch-photographischer Anverwandlung, wiedergeben zu können. Der avantgardistische Impuls einer über realistische Abbildung hinausweisenden Literatur findet so in der spezifisch deutschen Kunstentwicklung der zwanziger Jahre keinen Widerhall – Neue Sachlichkeit wie proletarisch-revolutionäre Literatur verschreiben sich einem wie eng oder weit auch immer gefaßten Realismus, der wiederum in anderen Literaturen, etwa in Frankreich, programmatisch transzendiert

13 Franz Jung: Proletarische Erzählungskunst (1920), in: Literatur im Klassenkampf. Zur proletarisch-revolutionären Literaturtheorie 1919-1923, a.a.O., S. 116-119, hier S. 118.

14 Franz Jung: Arbeitsfriede (1922), in: F.J.: Werke. Bd 2, Hamburg 1984, S. 105.

werden soll. Ich meine natürlich den 1924 mit dem 1. surrealistischen Manifest von André Breton begründeten Surrealismus, der, wie seine weitere Entwicklung zeigt, eine durchaus eigene Weise von Parteilichkeit an den Tag zu legen wußte.

Zurück zur deutschen revolutionären Literaturpraxis nach 1918: Mit dem Ende der Revolutionszeit 1923/24 endet auch diese Experimentierphase, die in dieser Weise keine Fortsetzung fand. Ein mit Montageprinzipien experimentierendes Werk wie Johannes R. Bechers »Levisite« aus dem Jahre 1926 bedeutet für den Autor wie für die Zeit gleichermaßen eine Ausnahme. Während die Sozialdemokratie an diesen Entwicklungen allemal keinen Anteil nahm, revidierte die in diesen Jahren alles andere als homogene KPD erst seit Mitte der zwanziger Jahre ihre traditionalistischen Positionen und machte sich die bald zum Schlagwort avancierte Parole »Kunst ist Waffe!« zu eigen, mit welcher Friedrich Wolf 1928 seine ästhetische Programmschrift überschrieben hatte¹⁵.

Mitte der zwanziger Jahre beginnt dann – in einem ganz anderen Kontext – auch eine neue proletarische Literaturpraxis sich zu entfalten. Zum einen greifen eher spontan Arbeiterautoren zur Feder, die z.T. außerhalb organisierter Zusammenhänge stehen und autobiographisch gefärbt Erfahrungen und Erlebnisse insbesondere der gescheiterten Revolution darbieten. Es handelt sich hierbei um einen eher naturwüchsigen Realismus, der als ungeduldig-rebellenhaftes Aufbegehren daherkommt. Hier sind zu nennen: Albert Dauistels Revolutionsroman »Das Opfer« (1925), vor allem aber Kurt Kläbers Revolutionserzählungen mit dem programmatischen Titel »Revolutionäre«, seine Gedicht- und Skizzensammlung mit dem spätexpressionistisch-proletarisch angehauchten Titel »Empörer! Empor!« und seine Ruhrerzählungen »Barrikaden an der Ruhr«, die alle 1925 erscheinen und denen 1927 sein Roman »Passagiere der III. Klasse« folgt. In diesem Kontext wären auch die frühen Arbeiten von Hans Lorbeer und anderer schreibender Arbeiter zu nennen.

Ein anderer sich entfaltender Bereich schreibender Arbeiter ist derjenige der Arbeiterkorrespondentenbewegung. Erinnern wir uns: Mit der Neuorientierung der KPD, die sich seit Mitte der zwanziger Jahre auf der Basis von Straßen- und Betriebszellen organisierte, wuchs die Notwendigkeit neuer Kommunikationsstrukturen, insbesondere im Pressewesen. Die Entwicklung von Betriebszeitungen und die damit verbundene Qualifizierung von schreibenden Arbeitern als Berichterstatter erfolgte eben im Rahmen dieser Arbeiterkorrespondentenbewegung. Dies gilt freilich vor allem für die spätere Phase der Weimarer Republik, ich verweise auf die Arbeit von Hempel-Küter¹⁶. Die Form der Korrespondenzen freilich – dokumentarisch-sachlich angelegte Berichterstattung, Einzelepisoden aus den Klassenkämpfen der Zeit, Tatsachenmaterial – hinterließ erkennbar Spuren in der proletarisch-revolutionären Literatur, deren proletarischer Flügel wiederum sich aus dieser Bewegung rekrutierte (Willi Bredel, Eduard Claudius, Otto Gotsche, Hans Marchwitza, Ludwig Turek u.a.). Damit ist aber in meinem Abriss jener historische Ort erreicht, an dem die Geschichte des BPRS beginnt, als Zusammengehen der schreibenden Arbeiter und Arbeiterkorrespondenten mit linken Intellektuellen – jene Etappe also, über die hier nicht mehr zu referieren ist.

15 Zur Tradition der sozialistischen Literatur a.a.O., Bd I, 57-77.

16 So verfügte das KPD-Zentralorgan, die »Rote Fahne«, 1930 über 500, 1932 über 1 200 regelmäßig schreibende Korrespondenten. Die Zahl aller Korrespondenten dürfte 1930 bei 15 000 gelegen haben; vgl. Hempel-Küter, Christa: Die kommunistische Presse und die Arbeiterkorrespondentenbewegung in der Weimarer Republik. Das Beispiel »Hamburger Volkszeitung«, Frankfurt/M., Bern u.a. 1989.

LEONORE KRENZLIN

Roter Matrose und Widerstandskämpfer. Der unbekannte Schriftsteller Willy Sachse

Als Proletarier galt er jedenfalls, und revolutionär war er auch, doch ob er zum Bund proletarisch-revolutionärer Schriftsteller Deutschlands gehörte, ist ungewiß. Willy Sachse selber gab jedenfalls eine solche Mitgliedschaft nicht an: im 46. Jahrgang von Kürschners Deutschem Literatur-Kalender nämlich, in den er 1932 aufgenommen wurde.¹ Hans Lorbeer, Willi Bredel oder Johannes R. Becher zum Beispiel hatten keine Hemmung, dort ihre Zugehörigkeit zum Bund vermerken zu lassen. In seiner Arbeit über den BPRS führt Christoph Hein allerdings Willy Sachse unter den Mitgliedern auf und rechnet ihn für das Jahr 1929 sogar dem vorläufigen Vorstand der Ortsgruppe Leipzig zu. Doch bleiben angesichts der mageren Quellenlage Zweifel angebracht.²

Der Kürschner erhebt seine Daten, indem er den Lexikon-Kandidaten Fragebögen zustellt, wir haben hier also Sachses eigene Aussage vor uns. Er ist Mitglied im Schutzverband Deutscher Schriftsteller, läßt er uns wissen, sein Gebiet seien »Reiseschilderungen, Trampgeschichten, Essay«, und er habe zwei Bücher geschrieben: »Deutschlands revolutionäre Matrosen« heißt das eine und »Rebellenlied« das andere. Er lebe in Berlin als freier Schriftsteller, und er habe aus dem Französischen übersetzt, ist zu lesen.³

Und hier beginnen jene Rätsel, die ich bis heute noch nicht lösen konnte: Wie kam Willy Sachse bei seinem Lebenslauf an die französische Sprache? Wieso ist das Buch mit dem Titel »Rebellenlied«, das laut Kürschner 1927 erschienen sein soll, bis jetzt nicht nachzuweisen? Und wovon lebte Willy Sachse eigentlich zu diesem Zeitpunkt? Gewiß nicht vom Honorar für die 1925 gedruckte Parteibroschüre »Deutschlands revolutionäre Matrosen«, für die er ins Gefängnis mußte.

Aber ob BPRS-Mitglied oder nicht, gewiß ist eines: daß Willy Sachse ein unbekannter Schriftsteller ist. Aufmerksam geworden bin ich auf ihn vor mehr als einem Jahrzehnt⁴ durch die Autobiografie von Alexander Graf Stenbock-Fermor, der ihn für das Jahr 1940 mit den Worten schildert: »Er gefiel mir sofort: ein dicker, schwerer Mann, der wie ein gemütlicher ›Nachbar‹ wirkte, welt-offen und heiter, das gute Leben schätzend. Doch bei jedem Gespräch spürte man sein großes politisches Wissen und seine erstaunliche Allgemeinbildung.«⁵ Sachse habe Bücher geschrieben, »die Abenteuer aus fernen Ländern schilderten«, sogar noch in der Nazizeit, weiß Stenbock-Fermor weiter zu berichten, und er sei aufgefordert worden, »ein großes deutsches Seebuch zu schreiben,

Leonore Krenzlin – Jg. 1934. Germanistikstudium in Berlin, Dr. phil.; 1970-1990 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Zentralinstitut für Literaturgeschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR, Forschungen zur nationalsozialistischen Literatur, der Literatur der »inneren Emigration« und zur Literatur der DDR.

Dieser Vortrag wurde auf dem Literaturhistorischen Kolloquium zum 70. Jahrestag der Gründung des Bundes proletarisch-revolutionärer Schriftsteller Deutschlands, das am 4. November 1998 vom Verein »Helle Panke« Berlin durchgeführt wurde, gehalten.

natürlich im Geiste des Nationalsozialismus«. Das habe er abgelehnt, und deshalb sei er aus der Reichsschrifttumskammer ausgeschlossen worden.⁶ Doch im Document Center, wo die Bestände der Reichsschrifttumskammer aufbewahrt wurden,⁷ gibt es keine Unterlagen über Sachse, weder die bekannten Fragebögen bei Eintritt oder Erbringung des Ariernachweises noch Belege für ein Ausschlußverfahren. Das ist ungewöhnlich, denn gerade die Akten der wenig bekannten Autoren sind meist gut erhalten, nur die der bekannten Schriftsteller gehören zu den berüchtigten Verlusten dieses Archivs. Aber selbst bei den berühmtesten Autoren ist doch wenigstens immer ein beinahe oder gänzlich leerer Original-Aktendeckel übriggeblieben, der dem kopfschüttelnden Forscher im Falle eines Antrags auf den Arbeitstisch gelegt wird. Nicht so bei Sachse.

Der »rote Graf« berichtet über Sachse im Zusammenhang mit der Widerstandsgruppe »Revolutionäre Arbeiter und Soldaten« (abgekürzt RAS), die im Frühsommer 1940 von Beppo Römer gegründet wurde und der Stenbock-Fermor zeitweilig angehörte.⁸ Der Lektor des Vieweg-Verlages Georg Schwarz habe ihm damals, so erzählt er, Sachses Lebenslauf geschildert und ihn für die illegale Arbeit empfohlen.⁹ Im September 1941 schloß sich die RAS mit der Uhrig-Gruppe zu einer großen, weit über 200 Mitglieder zählenden Widerstandsgruppe zusammen, die von Berlin aus Verbindungen nach Leipzig, München, Wien, Innsbruck und Essen unterhielt, Sachse wurde einer ihrer drei Leiter.¹⁰ Die Gruppe geriet bei der Gestapo unter Beobachtung. Als einer von zunächst 66 Personen¹¹ wird Sachse laut Anklageschrift am 2. Februar 1942 verhaftet,¹² am 7. Juni 1944 zum Tode verurteilt und am 21. August 1944 in Brandenburg-Görden hingerichtet.¹³

Ein Schriftsteller, der in Nazideutschland publiziert und außerdem im Widerstand gearbeitet hatte, ohne daß ich je von seinen Namen hörte – dem mußte ich nachgehen. Es erwies sich, daß Sachses Status als Widerstandskämpfer bekannt war, Luise Kraushaar hat seine diesbezügliche Tätigkeit erforscht und beschrieben.¹⁴ Aber schon lange vorher war man auf ihn aufmerksam geworden: Bereits im November 1946 wurde sein vor der Hinrichtung geschriebener Abschiedsbrief an seine Frau Hannchen in einer Programmzeitschrift abgedruckt.¹⁵ Die Berliner VVN erkundigt sich freilich erst im November 1948 nach seiner Identität – offenbar weil Stenbock-Fermor das Fehlen Sachses auf der VVN-Ausstellung »Das andere Deutschland« kritisiert hatte.¹⁶ Sie erfährt von der wieder in Zwickau lebenden Johanna Sachse, daß der angefragte Widerstandskämpfer ihr Mann gewesen sei.¹⁷ In einem Gedenkband von 1959 ist der »Techniker« Willy Sachse dann mit demselben letzten Brief, einem lückenhaften Lebenslauf und einem Foto vertreten, auf dem er gar nicht so dick aussieht.¹⁸ Einige Daten über seine frühere Tätigkeit als kommunistischer Funktionär und späteres Mitglied der KPO, die im Gedenkband weggelassen wurden, kann man bei Theodor Bergmann finden.¹⁹ Doch sein Schriftstellerberuf ist offenbar unbeachtet geblieben, Sachse wird in dieser Eigenschaft in der einschlägigen Literatur lediglich einmal und ohne nähere Angaben – 1953 von Günther Weisenborn²⁰ – erwähnt.

Das Nachschlagen in Bibliographien und Bibliothekskatalogen,

die Schriftsteller-Pseudonyme auflösen, erbrachte ein erstaunliches Ergebnis. Ich fand über die beiden Angaben im Kürschner von 1932 hinaus weitere zwölf Buchtitel, die Sachse zugeschrieben werden müssen²¹ (von einigen weiteren unsicheren und noch nicht überprüften Angaben sehe ich hier ab). Zum größeren Teil handelt es sich dabei um Erzählungsbände sowie um Fortsetzungsheftchen, die als Reihe erschienen, doch gehören auch fünf reguläre Romane dazu. Als ungewöhnlich fällt zunächst auf, daß diese Bücher allesamt im Zeitraum von drei Jahren – 1934 bis 1936 – herausgekommen sind: Das ergibt einen Durchschnitt von vier Titeln pro Jahr. Bedenkt man, daß Prosaschreiben seine Zeit braucht (die individuellen Schreibgewohnheiten sind zwar sehr unterschiedlich, und mancher arbeitet an einen Roman Jahrzehnte. Aber selbst der flotteste professionelle Autor wird für die Niederschrift eines Romans mehr als ein Jahr ansetzen), dann entsteht der Eindruck einer eigentlich unvorstellbaren Produktivität. Wahrscheinlicher ist, daß Sachse einige dieser Manuskripte bereits mehrere Jahre zuvor niedergeschrieben hatte und erst jetzt einen Verlag fand.

Die Mehrzahl seiner Texte entspricht tatsächlich der Selbstbeschreibung, die Sachse für seinen Eintrag im Kürschner wählte. Es handelt sich – wie schon die Titel nahe legen – überwiegend um »Reiseschilderungen, Trampgeschichten« – um Abenteuerliteratur also, die auf das Spannungs- und Unterhaltungsbedürfnis vor allem jugendlicher Leser ausgerichtet ist. Eine thematische Ausnahme macht jedoch das Buch »Rost an Mann und Schiff«, das laut Copyright-Angabe 1934 erschienen ist und das uns im folgenden noch interessieren soll: Es handelt sich dabei immerhin um eine Darstellung des großen Matrosenaufstandes im August 1917 in Romanform.

Doch zunächst ist einiges zur Biographie von Sachse, Willy – oder Willi, die Schreibweise wechselt ständig – nachzutragen. Da er in seinem Leben drei politisch motivierte Gerichtsverfahren über sich ergehen lassen mußte, sind einige Fakten aus seinem Leben mehrmals aktenkundig geworden und also gut belegt. Zur Welt kam er am 7. Januar 1896 in Leipzig, als Sohn von Karl Arthur Sachse und seiner Frau Alwine, geb. Näther. Der Vater war von Beruf zunächst Böttcher, 1918 betreibt das Ehepaar dann bereits eine Gastwirtschaft in Thüringen. Nach Volksschule und einigen Jahren Realschule in Leipzig schloß Willy Sachse eine Mechanikerlehre bei der Leipziger Firma Saalbock und Co ab²² und wurde nach Kriegsausbruch als Achtzehnjähriger am 1. Oktober 1914²³ zur Marine eingezogen. Er brachte es dort zum Oberheizer auf dem Schlachtschiff »Friedrich der Große« und beteiligte sich im August 1917 führend – gemeinsam mit Max Reichpietsch und Albin Köbis – am revolutionären Matrosenaufstand in der kaiserlichen Hochseeflotte. Zusammen mit Reichpietsch, Köbis, Beckers und Weber verurteilt man ihn »wegen vollendeter kriegsverräterischer Aufstandserregung (...) zum Tode, Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf Lebenszeit und Entfernung aus der Marine«. ²⁴ Da ist er einundzwanzig Jahre alt.

Auf einem Kopfbogen des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands wenden sich Friedrich Ebert und Philipp Scheidemann wegen der »bedauerliche(n) Vorkommnisse in Wil-

helmshaven« am 8. September 1917 »An Excellenz, den Reichskanzler Dr. Michaelis«. Sie haben offenbar gerüchteweise von der am 5. September erfolgten Erschießung von Köbis und Reichpietsch gehört – bekanntgegeben wurde sie erst am 9. September²⁵ – und bitten um Milderung für die weiteren Todesurteile, weil sonst große Aufregung in der Marine zu erwarten sei.²⁶ Es gibt auch ein Gnadengesuch von Sachse, in dem er sich darauf beruft, »daß ich mir der letzten Tragweite meiner Handlungsweise nicht so bewußt geworden bin« und daß er der einzige Sohn und somit künftiger Ernährer seiner Eltern sei.²⁷ »Ganz Geheim« erfährt der Staatskanzler dann am 11. September, daß die Strafe für Sachse, Weber und Beckers »mit Rücksicht auf ihre Jugend und die von ihnen gezeigte Reue« in 15 Jahre Zuchthaus verwandelt wurde. Der »Ehrverlust« wird bei Sachse sogar auf nur fünf Jahre herabgesetzt.²⁸

Das wirkt alles ziemlich lückenlos, und doch steht man als Verfasser einer Schriftsteller-Biografie vor einer störenden Leerstelle: Über Kindheit und Jugend, in der sich doch meist wesentliche Grundmotive für die späteren Werke herausbilden, ist kaum etwas überliefert, auch nichts über Schulzeit und Milieu des Elternhauses. Lediglich seine Realschuljahre, die offenbar keinen Abschluß erbrachten, sowie die anschließende Mechanikerlehre – damals ein eher moderner Beruf – deuten darauf, daß die Eltern mit Willy etwas Höheres im Sinn hatten, der Knabe aber nicht recht lernwillig gewesen war. Später muß er da einiges freiwillig nachgeholt haben, sonst hätte Stenbock-Fermor nicht derart seine Bildung bestaunen können.

Besonders aber fehlt eine Erklärung, auf welchem Wege Sachse zu seinem Interesse für die Segelschiffahrt gekommen ist: Ein großer Teil seiner Erzähltexte spielt auf Segelschiffen, welche die Weltmeere durchpflügen. Und wenn auch alle Seemann-Klischees kräftig bedient werden, so sind doch manche Episoden so lebendig beschrieben, daß man sie für erlebt halten möchte. Und mehrfach kommt ein Schiffsjunge in den Büchern vor, auf dessen Sicht dann die Erzählperspektive beruht. Ob Sachse nicht doch vielleicht schon vor dem Ersten Weltkrieg mit sechzehn Jahren zur See gefahren ist? Dann könnte es sich abgespielt haben wie in seinem Roman »Rost an Mann und Schiff«, der ja im Ganzen stark autobiografische Züge aufweist: Der Held kommt dort im 1. Kapitel von zweijähriger Fahrt aus Australien zurück, mustert im Hamburger Segelschiffhafen ab, bekommt aber keine neue Heuer, sondern wird zur Kriegsmarine gemustert. Da der Termin seines Einrückens ein halbes Jahr später liegt, fährt er erst mal zu seinen Eltern nach Hause und wird dort vom Kriegsausbruch überrascht. Ohne Begeisterung, doch vom allgemeinen Sog erfaßt, meldet er sich freiwillig zur Infanterie. Seine Eltern sind wortkarge freundliche Leute, sie freuen sich, daß der Sohn wieder da ist, und sind traurig, daß er in den Krieg zieht. Den früheren Klassenkameraden ist er ein wenig entfremdet, deshalb ist er froh, jetzt ihr Schicksal zu teilen und sich in der Kaserne einzugewöhnen. Doch dann fordert die Marine ihr Recht, und er muß zur Ausbildung nach Wilhelmshaven.²⁹

So kann es gewesen sein, muß es aber nicht. Schließlich können Schriftsteller auch beschreiben, was sie nicht erlebt haben, das gehört zu den Schlichen ihres Berufes. Auch Karl May war nicht in

Amerika, sondern im Gefängnis, ehe er seine Bücher schrieb. Wirklich überliefert ist nur, daß Sachse ein begeisterter Segler und bis 1941 jahrelang Vorsitzender des Berliner Segelklubs »Wiking« war.³⁰ Sachse selber hat den Satz zu Protokoll gegeben: »Nach der Schulentlassung habe ich das Mechanikerhandwerk erlernt (...) Bis zum Kriegsausbruch war ich in Leipzig in meinem Beruf tätig.«³¹ Allerdings sagt er das 1926 in einem Verhör, bei dem er das Bestreben hatte, Verschiedenes zu vertuschen – unter anderem bestreitet er auch seine Autorschaft von »Deutschlands revolutionäre Matrosen«, die er sonst für sich reklamiert, und erklärt die Broschüre mit dem Thälmann-Vorwort zu einem Kollektivwerk.³²

Aus dem Zuchthaus Rendsburg in Holstein befreit ihn – so oder so – die Novemberrevolution: In der einen Version waren es revolutionäre Matrosen, die ihn gewaltsam herausholten,³³ in einer anderen wurde er durch die Amnestie vom 12. November 1918 begnadigt.³⁴ In diesem Falle stimmt beides – die Gefängnisse wurden gestürmt, und die Justiz hat dann legalisiert, was nicht hatte verhindert werden können. Wieder in Freiheit, beginnt die eigentliche politische Laufbahn Willy Sachses: Er tritt in die USDP ein, wird Mitglied des Arbeiter- und Soldatenrates in Leipzig und geht 1920 zur VKPD über.³⁵ 1923 finden wir ihn als Politischen Sekretär der KPD für den Bezirk Halle-Merseburg,³⁶ aber am 22. September desselben Jahres wird er von dieser Funktion wieder entbunden³⁷ – »als Rechter abgesägt«, heißt es in einem Brief vom Dezember 1925.³⁸ Danach ist er, vermutlich – im Verhör streitet er es ab –, in Hamburg für die KPD tätig.³⁹ Er reist zweimal in die Sowjetunion, nach Moskau und nach Leningrad – einmal vom Januar 1924 bis zum Januar 1925, das andere Mal vom Mai bis zum Oktober 1925. Die Reisen hätten der Teilnahme an einem Journalistenlehrgang gedient, gibt er zu Protokoll.⁴⁰ Die Polizei – er wird seit Dezember 1925 gesucht⁴¹ – unterstellt ihm, er habe sich durch Flucht der Verhaftung entziehen wollen. Den Unterlagen zufolge ist der Vorwurf unberechtigt, denn zum fraglichen Zeitpunkt war er wieder in Deutschland. Nach den Reisen ist er wieder bis April 1926 für die KPD als Organisationssekretär vor allem in Hamburg tätig⁴² und ab Mai 1926 als Kultur- und Feuilletonredakteur bei der »Sächsischen Arbeiterzeitung« in Leipzig.⁴³

Es ist das karge und wechselvolle Leben eines KPD-Funktionärs am Rande der Legalität, das Sachse in der Weimarer Republik führt. Seine wirkliche Rolle in der Partei ist schwer zu bestimmen, weil sie in den Quellen stets auf- oder abgewertet erscheint – je nachdem, ob seine revolutionären Aktivitäten gerühmt, zwecks Prozeßführung angeprangert oder gegenüber der Justiz verwischt werden sollen. Vor allem war er ein beliebter Versammlungsredner – seine persönliche Ausstrahlung und die herausgehobene Position eines dem Todesurteil entkommenen Revolutionärs gaben ihm das Zeug zu einer Kultfigur. Und er war ein passabler Journalist,⁴⁴ der Freude am Schreiben hatte, sofern er Zeit dafür fand: Zum Beispiel während der siebenmonatigen Untersuchungshaft im Jahre 1926, als er wegen »Vorbereitung zum Hochverrat« in der Gefangenenanstalt Leipzig einsitzt.⁴⁵ Der Vorwurf stützt sich auf den Text der Antinautikus-Broschüre⁴⁶ und auf ein Partei-Rundschreiben aus

dem Jahre 1923, für das er die Verantwortung zurückweist, weil er damals bereits seines Amtes enthoben war.⁴⁷ Zudem fällt das Rundschreiben nach Datum und Inhalt längst unter eine Amnestie.⁴⁸ Für Hochverrat sind das schwache Belege.

Sachse hat wohl Recht, daß es mehr darum ging, ihn für den Matrosenaufstand ein zweites Mal zur Verantwortung zu ziehen.⁴⁹ Er wird isoliert, monatelang nicht verhört, die Artikel und Briefe, die er in der Zelle schreibt oder die ihm Freunde oder sein Rechtsanwalt per Post schicken, werden zum Zwecke zeitaufwendiger Abschriften wochenlang einbehalten.⁵⁰ Am 22. Januar 1926 wird er endlich wieder auf freien Fuß gesetzt, vor dem »Parlamentarischen Untersuchungsausschuß über die Marine-Meuterei von 1917« verhört⁵¹ und schließlich nach zwei weiteren Jahren am 2. April 1928 »mangels genügender Beweise« vor dem Reichsgericht freigesprochen.⁵² Aus der KPD wird Sachse – als Anhänger der Thalheimer/Brandler-Gruppe – Ende 1928 ausgeschlossen, grundsätzliche politischen Differenzen mit der Parteiführung bestanden schon seit 1923.⁵³ Er tritt in Leipzig in die KPD(O) ein, verläßt sie aber wieder um 1933 und erhält für kurze Zeit eine Anstellung bei Willi Münzenberg⁵⁴. Ab Oktober 1939 arbeitet er bis zu seiner Verhaftung im Februar 1942 als Technischer Zeichner bei einer Berliner Firma, wo er dreihundert Reichsmark monatlich verdiente.⁵⁵ Sein Parteistatus am Ende seines Lebens ist ungewiß.

Hatte dieser Mann, den Stenbock-Fermor als so liebenswürdig und lebensvoll beschreibt und dessen aufgeschlossene Art sogar den verhörenden Polizeibeamten zu einer längeren Persönlichkeitsbeschreibung anregt,⁵⁶ denn keinerlei Privatleben? Immerhin war er verheiratet, mit Johanna Petzold aus Zwickau,⁵⁷ und beide haben einen Sohn Werner. Im Jahre 1926 wird er als sechsjährig angegeben – demnach ist er 1920 geboren und 1919 gezeugt worden. Die Vermutung liegt nahe, daß Johanna eine der ersten Frauen war, der er nach seiner Befreiung aus dem Gefängnis in die Arme sank und die er heiratete, als sich ein Kind einstellte. Soweit die spärlichen Zeugnisse erkennen lassen, ist die Beziehung beider zum Ende freundlich und achtungsvoll – aber wie oft haben sich die Eheleute in den ersten zehn Jahren ihrer Ehe bei Willys umtriebigen Lebensstil eigentlich gesehen? An ihrem Wohnort in Bitterfeld hält er sich offenbar nur in großen Abständen tageweise auf. Zusammen gelebt haben sie wohl nur in Berlin. Das Datum des Umzugs dorthin ist ungewiß, aber für 1932 gibt Sachse eine Berliner Adresse an. Werner fällt im Krieg, der Zeitpunkt liegt vor August 1944 und ist so unbekannt wie sein Geburtsdatum.

Er bleibt die Frage, wann Willy Sachse eigentlich seine vielen Bücher geschrieben hat. Über ihre Entstehungsumstände ist nichts bekannt. Von fiktiven Texten, die er unter der Feder haben könnte, ist 1925 in seinen Gefängnisbriefen keine Rede, immer nur von Artikeln und Broschüren.⁵⁸ Rechnet man nach, kommen eigentlich nur die Jahre von 1928 bis 1931 in Frage, in denen er keine Partei-anstellung mehr hatte und wo allerdings auch unklar bleibt, auf welche Weise er den Lebensunterhalt seiner Familie bestritt. Aber 1932 muß das Manuskript von »Rost an Mann und Schiff« druckreif gewesen sein: Im nächsten Kürschner-Band – er war für

1933 geplant und kam erst 1934 heraus, weil er nachträglich von den Namen emigrierter und unerwünschter Autoren gesäubert werden mußte – hat Sachse den Titel als 1933 erschienen angegeben,⁵⁹ er muß also beim Ausfüllen des Fragebogens fest mit dem Druck gerechnet haben. Natürlich konnte das Buch nach der nationalsozialistischen Machtübernahme in seiner ursprünglichen Fassung nicht auf den Markt kommen, und es bedurfte erst einer Überarbeitung, um es politisch salonfähig zu machen. Nur so ist die Bemerkung im Vorwort zu verstehen, das Buch sei »in nächtlichen Gesprächen im Vorfrühling 1933« entstanden.⁶⁰

Die Überarbeitung hat dem Buch gewiß geschadet, doch sie hat es nicht umgebracht, dafür war sie zu flüchtig. Sachse hat es traditionell durchgezählt, ohne irgendeinen Versuch, moderne Erzähltechniken auszuprobieren – aber mit Sinn für Komposition und Spannungsaufbau. Die Handlung folgt den Erlebnissen eines jugendlichen Ich-Erzählers, »der Dicke« genannt, welcher den Krieg als Heizer auf einem Schlachtschiff drei lange Jahre durchsteht. Angesichts der immer schlechter werdenden Lebensbedingungen, der Schikanen der Offiziere und unter dem Einfluß zweier Kameraden gerät er eher passiv in die Meuterei hinein und wird schließlich als einer der Sprecher beim Marineaufstand zum Tode verurteilt. Wahrscheinlich schwebte Sachse vor, modellhaft die Entwicklung eines unbedarften jungen Menschen zum bewußt handelnden Revolutionär vorzuführen. Aber es ist gerade nicht die Darstellung dieser politischen Wandlung des »Dicken«, die beim Lesen überzeugt – Sachse hat bei der Schilderung von Gefühlen und Gedanken seiner Figuren meist Schwierigkeiten und behilft sich dann mit sprachlichen Klischees, die besonders arg auf die Nerven gehen, wenn sie den Mythos vom Seemann betreffen. Seine Stärke besteht jedoch in der Präzision, mit der er Vorgänge erfaßt – und in der Nüchternheit, mit der er sie beschreibt, so daß sie unabhängig von den Sprechblasen der Figuren ihre Wirkung entfalten.

Dabei kommt er ohne irgendeine äußere Dramatik oder Melodramatik der Handlung aus und sogar ohne den Kitt einer Liebesgeschichte, die sonst so oft Kriegsbücher recht und schlecht zusammenhält. Er konzentriert sich völlig auf den Alltag des Krieges, und das bedeutet: auf die Aufgaben der Heizer und Schipper im Schiffsbauch. Damit das Schiff manövrieren kann, braucht es Dampf, für den Dampf braucht es Feuer in den Kesseln, für das Feuer muß Kohle geschippt werden. Egal, ob das Schiff sich mitten in der Schlacht befindet, ob es auf der Flucht vor feindlichen Verfolgern ist oder sich zum Kohlebunkern in die Hafeneinfahrt schiebt – jede Schiffsbewegung läßt sich in einen kleineren oder größeren Dampfbedarf übersetzen und also in die entsprechende Menge menschlichen Krafteinsatzes beim Kohlenachlegen: Der Heizer erlebt vom Kriege wenig mehr als körperliche Arbeit bis zur absoluten Erschöpfung.

Den Redensarten vom Krieg als Pflichterfüllung und als Vaterlandsverteidigung, welche Matrosen und Offiziere auf den Lippen tragen, wird kommentarlos das Bild vom Krieg als Arbeitswelt gegenübergestellt, der der Proletarier nicht entinnen kann.

Doch daß Krieg auch darin nicht aufgeht, führen drei geschickt plazierte Episoden vor, in denen der Held mit dem Tode konfrontiert wird: Zu Beginn seiner Laufbahn sinkt das Minenboot, auf dem der Dicke zunächst Dienst tut, so daß er um Haaresbreite ertrinkt. Im zweiten Falle wird sein Freund beim Schippen im Schiffsbunker durch die von oben nachstürzende Kohle verschüttet – und den Kameradem bleibt nichts, als weiterzuarbeiten und Kohle in den Kessel zu befördern, in der Hoffnung, ihn dabei wieder auszugraben. Das dritte Mal wird der Dicke Zeuge, wie ein leckes Kriegsschiff der eigenen Flotte von einem Offizier versenkt wird, um es nicht dem Feind in die Hände fallen zu lassen – obwohl sich darin noch lebende, vom Fluchtweg abgeschnittene Matrosen befinden. Das wird ohne Sentimentalität beschrieben und vom Helden eher apathisch erlebt – setzt aber gerade dadurch Akzente.

Das Vorwort zu diesem Buche hat Max Barthel geschrieben – ebenfalls ein Arbeiterschriftsteller, der allerdings in der Weimarer Republik das Parteienspektrum von links nach rechts durchlief.⁶¹ Barthel war von 1933 bis 1935 Lektor der Büchergilde Gutenberg, dem ehemaligen Gewerkschaftsverlag, und hat Sachse offenbar mehrmals Publikationsmöglichkeiten geboten. In seinem Vorwort, das mit den Worten »Es lebe Deutschland« endet, versucht er das Erscheinen des Buches dadurch zu ermöglichen, daß er dessen politische Stoßrichtung interpretierend umbiegt: Es schildere, so seine Behauptung, wie gewissenlose politische Abenteurer die Matrosen ins Unglück stürzen, indem sie sie zur Meuterei verführen – in einem Moment, wo nur die Durchbrechung der feindlichen Seeblockade Deutschland hätte retten können. Diese These steht im Widerspruch dazu, daß der Roman ausführlich zur Sprache bringt, wieso die Durchbrechung der Blockade sich als militärisch undurchführbar erwiesen hatte – aber darauf kam es ja im Moment nicht an. Vermutlich hat Barthel auch bei der Überarbeitung geholfen, deren Ausmaß sich ungefähr rekonstruieren läßt: Sie hat sich auf das Ende des Roman konzentriert, das achte und das letzte zehnte Kapitel weichen in der Seitenzahl sehr stark von den anderen ab und wirken durchaus zusammenhangslos. Ersichtlich wurden hier längere Passagen gestrichen, die ursprünglich die revolutionäre Begeisterung und Aktivität der Matrosen und besonders des dicken Helden zum Gegenstand hatten. Zudem wird die Figur des Reichpietsch mit sehr vordergründigen Mitteln unsympathisch gemacht – die betreffenden Stellen erinnern an den scheußlichen Prosastil von Barthel. Der entscheidende Eingriff dürfte aber darin bestanden haben, daß dem Helden – reichlich unmotiviert – die Eingebung kommt, daß er sich von den Auführern trennen müsse. Er versucht es allerdings zu spät, Verhaftung und Todesurteil erfolgen daher trotzdem und führen ihn schließlich im Gespräch mit dem Gefängnispfarrer zu der Erkenntnis im Barthel-Ton: »Ich muß wohl fehlgegangen sein (...) Aber ich wollte sie bestimmt suchen, Mutter, die Heimat. Unsere Heimat. Deutschland!«⁶² Die anschließende Begnadigung erhält dadurch den Charakter einer Belohnung für solche Läuterung. Ganz gewiß hat ein derartiger Umbau Sachses politischen Vorstellungen nicht entsprochen. Ein wenig unbeholfen und recht trotzig lautet das Motto, das er hinter

das Titelblatt setzt: »Ich will das Bild einer Epoche geben in künstlerischer Wahrheit. Ich photographiere nichts, sondern gestalte. Und dennoch, es bleibt bei der historischen Wahrheit.«⁶³ Immerhin blieb der Text auf diese Art der Lesewelt weitgehend erhalten, wenn auch bis heute unbeachtet. Es mag Sachse bei der Drucklegung auch um das Honorar gegangen sein, ebenso wie bei den folgenden Publikationen, die einen revolutionären Impetus nicht mehr ausstellen. Im letzten Brief legt er seiner Frau ausdrücklich die Rechte für seine Bücher ans Herz – »teile den Verlegern mit, daß Du die Rechte übernimmst«⁶⁴ – schließlich bestand ja die Chance, daß später noch einmal eine kleine Einnahmequelle daraus würden. Es gibt Belege dafür, daß Johanna es vergeblich versucht hat: Sachsens Verlage waren klein und kurzlebig und verschwanden allesamt nahezu spurlos.

Doch darüber hinaus war das Schreiben über nie gesehene ferne Länder für Sachse sicher auch ein Ersatz dafür, daß sein Lebenslauf ihm letztlich wenig Raum für die ersehnten Abenteuer gelassen hat: nicht mehr als für zwei Reisen in die Sowjetunion, wo er in Leningrad etwas von der Polarnacht gesehen haben mag, die er in »Wetlauf mit Tod und Teufel« schildert. Und vielleicht gab es ja auch die Weltreise des Schiffsjungen auf dem Segelschiff vor seinem Eintritt in die Marine.

- 1 Kürschners Deutscher Literatur-Kalender auf das Jahr 1932. Hg. v. Gerhard Lüdtke, 46. Jg., Berlin Leipzig 1932, S. 1149.
- 2 Christoph M. Hein: Der »Bund Proletarisch-revolutionärer Schriftsteller Deutschlands«, Biographie eines kulturpolitischen Experiments in der Weimarer Republik. Münster Hamburg 1991, S. 306. – Hein gibt seine Belege für die Zurechnung der infrage kommenden Autoren zum BPRS pauschal an, so daß nicht zu erkennen ist, worauf er sich im Fall von Sachse stützt, vgl. S. 283 u. 306. Ich habe auch im Material der Leipziger Abteilung der Akademie der Künste Berlin keinen Hinweis auf Sachse gefunden und vermute, daß Hein eine eher unsichere mündliche Quelle zugrunde gelegt hat.
- 3 Kürschner, a.a.O. – Laut Abkürzungsverzeichnis bedeutet das »Ue«, daß der betreffende Schriftsteller auch als Übersetzer tätig ist, der angehängte Buchstabe bedeutet die Sprache, aus der er übersetzt, vgl. ebd. S. VII. Im Falle von Sachse handelt es sich um »F« = Französisch. – In der mündlichen Überlieferung hat sich offenbar nur die vage Vorstellung erhalten, daß Sachse etwas mit dem Französischen zu tun hatte – ein Erinnerungsbericht spricht davon, daß Sachsens Bücher ins Französische übersetzt worden seien. Vgl. Günther Schellenberger: Angaben zum Lebensbericht über den Genossen Sachse, Willy. 1983. Stadtarchiv Zwickau, S. 2.
- 4 Bei der Zuarbeit zu einem Lexikon, in das dann auch meine ersten Recherchen zu Sachse eingingen. Vgl. Lexikon sozialistischer Literatur. Ihre Geschichte in Deutschland bis 1945. Hg. v. Simone Barck, Silvia Schlenstedt, Tanja Bürgel, Volker Giel, Dieter Schiller, Mitarbeit Reinhard Hillich. Stuttgart Weimar 1994, S. 408.
- 5 Alexander Stenbock-Fermor: Der Rote Graf. Autobiographie. Berlin 1973, S. 402.
- 6 Stenbock-Fermor, a.a.O., S. 404.
- 7 Die Bestände des Document Center befinden sich jetzt im Bundesarchiv Berlin.
- 8 Stenbock-Fermor, a.a.O., vgl. S. 401-421.
- 9 Stenbock-Fermor, a.a.O., vgl. S. 402. Die Identität dieses Georg Schwarz ist nicht sicher, vermutlich handelt es sich um den Verfasser der Ruhr-Reportage »Kohlenpott 1931«, vgl. Kürschner a.a.O., S. 1314. Vgl. Georg Schwarz: Kohlenpott 1931. Schriftenreihe des Ruhrlandmuseums der Stadt Essen, hg. v. Heinz Reif u. Erhard Schütz, Fulda 1986, S. 187-188.
- 10 Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO), VNJ-171, Bd. 2, vgl. Bl. 12. – Sachse trug in der Illegalität den Decknamen »Martin«, SAPMO, NJ 3634, Bd. 1, vgl. Bl. 2 Rs u. Bd. 5, Bl. 1.
- 11 SAPMO, St 3/111, vgl. Bl. 24ff, im Anhang Sachse unter der laufenden Nr. 46.
- 12 SAPMO, VNJ-171, Bd. 2, vgl. Bl. 72.
- 13 SAPMO, Nj 1709, Bd. 16, vgl. Bl. 2 u. 8.
- 14 Vgl. Luise Kraushaar: Berliner Kommunisten im Kampf gegen den Faschismus 1936-1942. Berlin 1981. – Seltsamerweise wurde zwar Arnold Zweig, nicht aber Willy Sachse in ein neuerdings erschienenenes Widerstandslexikon aufgenommen, obwohl dort die RAS unter dem Namen Uhrig-Römer-Gruppe beschrieben wird, vgl.: Lexikon des deutschen Widerstandes. Hg. Wolfgang Benz u. Walter H. Pehle, Frankfurt a.M. 1994, S. 311f.
- 15 Als Zusatzinformation zu einer Sendung des Berliner Rundfunks über den antifaschistischen Widerstand, SAPMO, V 278/6/1545, vgl. Bl. 3.
- 16 SAPMO, V 278/6/1545, vgl. Bl. 5.
- 17 SAPMO, St-62/119, Briefe vom 11.9.48 u. 8.11.48.

- 18 Er kämpft das Menschenrecht. Lebensbilder und letzte Briefe antifaschistischer Widerstandskämpfer. Hg. v. Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, bearb. v. Heinz Schumann u. Gerda Werner, Vorwort von Wilhelm Pieck, Berlin 1958, S. 142-144.
- 19 Theodor Bergmann: Gegen den Strom. Die Geschichte der Kommunistischen Partei-Opposition. Hamburg 1987, vgl. S. 418.
- 20 Vgl. Günther Weisenborn: Der lautlose Aufstand. Bericht über eine Widerstandsbewegung des deutschen Volkes 1933-1945, 1. Aufl. Hamburg 1953. – Weisenborn beschreibt die Widerstandsarbeit des Technikers Willy Sachse und erwähnt ihn außerdem in einer Liste von Schriftstellern, die ihr Leben unter der Hitler-Diktatur im Widerstand verloren, vgl. 4. Aufl. Frankfurt a.M. 1974, S. 206 u. 262.
- 21 Unter seinem eigenen Namen oder Pseudonym hat Willy Sachse mindestens die folgenden 13 Bücher veröffentlicht:
Anti-Nautikus: Deutschlands revolutionäre Matrosen. Verlag Karl Schulzk, Hamburg 1925; Willi Richard Sachse: Rost an Mann und Schiff. Ein Bekenntnisroman um Skagerrak, Traditionsverlag, Berlin 1934; Jan Murr: Heizer Jan. Erlebnisse und Abenteuer auf See, Verlag Junge Generation, Berlin 1934; Hein Snut: Klaus Timm: Der Held von Kamerun. Nach seinen eigenen Erlebnissen, Verlagshaus Freya, Heidenau 1934; Willy Richard Sachse: Wettfahrt mit Tod und Teufel. Roman, Buchmeister-Verlag sowie Büchergilde Gutenberg, Berlin 1934; Jan Murr: 'Tom...Tom...'. Eine Erzählung aus dem Regenwald Madagaskars, Verlag Junge Generation, Berlin 1934; Willy Richard Sachse: Jonetta. Roman einer Seefahrt, Verlag Junge Generation, Berlin 1934; Willy Richard Sachse: Alaska Jim. Ein Held der Kanadischen Polizei, Verlagshaus Freya, Heidenau 1935; Jan Murr: Der Admiral. Leben und Tod derer von Falkland, Verlag Junge Generation, Berlin 1935; Jan Murr: Robben-Roy, Verlag von Schmidt und Spring, Leipzig o.J. (1936); Jan Murr: Die Sechse vom 'Brummer', Verlag H.-J. Fischer, 1936; StICK Bummys Vermächtnis. Abenteuerroman, Verlag Das Vaterland, Niedersedlitz, 1936; Jan Murr: Schwarzmesser. Roman, P. List Verlag, Leipzig 1936.
- 22 SAPMO, St 12/119, vgl. Bl. 22
- 23 SAPMO, St.8/4 b, vgl. Bl. 231 Rs.
- 24 SAPMO, St.8/4 b, vgl. Bl. 231 Rs.
- 25 SAPMO, St.8/4 b, vgl. Bl. 230.
- 26 SAPMO, St.8/4 b, vgl. Bl. 273f.
- 27 SAPMO, St.8/4 b, vgl. Bl. 240 u. Rs.
- 28 SAPMO, St.8/4 b, vgl. Bl. 230.
- 29 Sachse, Rost an Mann und Schiff, a.a.O., vgl. S. 13-26.
- 30 Schellenberger, a.a.O., S. 3.
- 31 SAPMO, St 12/119, Bl. 22.
- 32 SAPMO, St 12/119, vgl. Bl. 22, 109-112, 141-143 Rs.
- 33 Vgl. Stenbock-Fermor, a.a.O., S. 403. Vgl. die Ähnlichkeit mit SAPMO, St 12/119, vgl. Bl. 2.
- 34 Die Amnestie erfolgte am 12.11.1918, SAPMO, St 12/119, vgl. Bl. 152. – Nach Sachses eigener Angabe wurde er am 14. November 1918 begnadigt und hat die schriftliche Bestätigung dafür später erhalten, SAPMO, St 12/119, vgl. Bl. 22.
- 35 Bergmann, a.a.O., S. 415.
- 36 SAPMO, St 12/119, vgl. Bl. 2f u. 23.
- 37 SAPMO, St 12/119, vgl. Bl. 128 Rs.
- 38 SAPMO, St 12/119, vgl. Bl. 2
- 39 SAPMO, St 12/119, vgl. Bl. 129 Rs.
- 40 SAPMO, St 12/119, vgl. Bl. 23 u. 129 Rs.
- 41 SAPMO, St 12/119, vgl. Bl. 12.
- 42 SAPMO, St 12/119, vgl. Bl. 12f u. Bl. 132.
- 43 SAPMO, St 12/119, vgl. Bl. 28.
- 44 SAPMO, St 12/119, vgl. Bl. 3 u. Rs. 5, 7f,
- 45 SAPMO, St 12/119, vgl. Bl. 109-112.
- 46 Die 1925 unter dem Pseudonym Anti-Nautikus erschienene, mit einem Vorwort von Ernst Thälmann versehene Broschüre »Deutschlands revolutionäre Matrosen« wurde am 14. Januar 1926 beschlagnahmt und Sachse als Verfasser am 8.6.1926 wegen »Vorbereitung zum Hochverrat« verhaftet. SAPMO, St 12/119, vgl. Bl. 4 u. 17.
- 47 Sachse wurde am 22. September 1923 entlassen, SAPMO, St 12/119, vgl. Bl. 127 Rs.
- 48 SAPMO, St 12/119, vgl. Bl. 126.
- 49 SAPMO, St 12/119, vgl. Bl. 109-112.
- 50 SAPMO, St 12/119, vgl. Bl. 113-116.
- 51 SAPMO, St 12/119, vgl. Bl. 126.
- 52 SAPMO, St 12/119, vgl. Bl. 161-136 Rs.
- 53 SAPMO, St 12/119, vgl. Bl. 127 Rs u. 128 Rs.
- 54 Bergmann, Gegen den Strom, a.a.O., vgl. S. 418.
- 55 NJ 1323, vgl. Bl. 80.
- 56 SAPMO, St 12/119, vgl. Bl. 17.
- 57 SAPMO, St 12/119, vgl. Bl. 22.
- 58 SAPMO, St 12/119, vgl. Bl. 118-120.
- 59 Kürschner a.a.O., 47. Jg. 1934, vgl. S. 708. Ebenso verfährt Sachse mit seinem Polarnacht-Roman »Wettfahrt mit Tod und Teufel«.
- 60 Sachse, Rost an Mann und Schiff, a.a.O., S. 7.
- 61 Vgl. Lexikon sozialistischer Literatur, a.a.O., S. 46.
- 62 Sachse, Rost an Mann und Schiff, a.a.O., S. 237.
- 63 Sachse, Rost an Mann und Schiff, a.a.O., S. 5.
- 64 Er kämpft das Menschenrecht, a.a.O., S. 144.

DIETER SCHILLER

Zur Arbeit des Bundes proletarisch-revolutionärer Schriftsteller im Pariser Exil

Im Juli des Jahres 1933 fuhr Johannes R. Becher, der Vorsitzende des Bundes proletarisch-revolutionärer Schriftsteller Deutschlands (BPRS), im Auftrag der Leitung der Internationalen Vereinigung revolutionärer Schriftsteller (IVRS) aus Moskau in die westlichen Emigrationszentren.¹ Was dort – und natürlich auch im Reich – nach dem Schock der Niederlage vom Bund übriggeblieben und wie die Bundesarbeit tatsächlich weitergeführt worden war, davon hatte er noch keine genaue Vorstellung. Denn die Briefkontakte waren spärlich geworden, und von einer zentralen Leitungstätigkeit konnte zunächst keine Rede sein. Neben der aktuellen Information über die Lage ging es ihm darum, eine regelmäßige Verbindung mit den Gruppen des Bundes herzustellen und die Autorität der Bundesleitung wieder ins Gedächtnis zu rufen. Ohne eine funktionierende Organisationsstruktur und vorzeigbare Ergebnisse politischen Wirkens der Schriftsteller hatten er und seine Genossen in der Moskauer Leitung der IVRS wenig Chancen, von den Führungsgremien der Komintern und der eigenen Partei ernst genommen zu werden. Auf dem Spiel stand nicht nur die mühsam erkämpfte Geltung der Schriftstellerorganisation, sondern auch das Minimum materieller Hilfsmittel, welches über Sein und Nichtsein der kommunistischen Literaturbewegung entschied.

Aus den bekannten Quellen läßt sich schwer rekonstruieren, was Becher von der Situation der Pariser Gruppe wußte. Er hatte Vertrauensleute in Paris; ein Brief von Walter Schönstedt belegt auch, daß er von überwuchernden Kaffeehausgesprächen und Gerüchtemachereien, von politischen Differenzen und Animositäten unter den nach Paris geflohenen Freunden unterrichtet war. Schönstedt hatte ihm sogar mitgeteilt, er stehe in ständiger Verbindung zu Hans Schwalm, zu dessen illegaler Berliner Schriftstellerguppe er kurze Zeit selbst gehört hatte.² Doch informiert oder nicht, Becher scheint seine Reise insgesamt recht lax vorbereitet zu haben, jedenfalls erschien er ohne Anmeldung in Paris und war noch dazu empört, niemanden vorzufinden, weil nur wenige in Paris waren – mitten im Sommer war das zu erwarten gewesen. Wie wenig er sich in die Lebensumstände seiner Schriftstellergenossen hineinzuversetzen verstand, verrät die harsche Kritik an der Leiterin der Pariser Gruppe, Anna Seghers, weil sie – mit Rücksicht auf ihre Familie und Lebenshaltungskosten – nicht ständig in Paris lebte und das Recht für sich in Anspruch nahm zu verreisen, wenn es ihr Schriftstellerberuf verlangte. Die Arbeit vor Ort behinderte das

Dieter Schiller – Jg. 1933, Prof. Dr., Literaturwissenschaftler, arbeitete im Zentralinstitut für Literaturgeschichte der Akademie der Wissenschaften zur deutschen Literatur des 20. Jahrhunderts, speziell zur deutschen Exilliteratur 1933-1945.

Dieser Vortrag wurde auf dem Literaturhistorischen Kolloquium zum 70. Jahrestag der Gründung des Bundes proletarisch-revolutionärer Schriftsteller Deutschlands, das am 4. November 1998 vom Verein »Helle Panke« Berlin durchgeführt wurde, gehalten.

1 Johannes R. Becher: Bericht über die Tätigkeit während meiner Reise vom 5. Juli bis 27. September 1933. In: Zur Tradition der deutschen sozialistischen Literatur. Eine Auswahl von Dokumenten 1926-1935. Auswahl und wissenschaftliche Gesamtedition Alfred

Klein unter Mitarbeit von Thomas Rietzschel. Berlin und Weimar 1979 (im folgenden: Tradition), S. 632ff.

2 Russisches Staatliches Archiv für Literatur und Kunst, Moskau (im folgenden RGALI) 631/13/50/220. Ich danke der Direktorin des Russischen Staatlichen Archivs für Literatur und Kunst, Frau N. B. Wolkowa, Moskau, für die Erlaubnis, die Bestände des Archivs wissenschaftlich zu nutzen, und den Mitarbeiterinnen für ihre freundliche Hilfe. Der Deutschen Forschungsgemeinschaft danke ich für die Gewährung einer Reisebeihilfe, ohne die meine Archivstudien nicht möglich gewesen wären.

3 Tradition S. 630ff.

4 RGALI 631/13/50/223.

5 Dieter Schiller: Der Pariser Schutzverband deutscher Schriftsteller. Eine antifaschistische Kulturorganisation im Exil. In: Vertreibung der Wissenschaften und andere Themen. Hrsg. im Auftrag der Gesellschaft für Exilforschung von Thomas Koebner. (Exilforschung. Ein internationales Jahrbuch Bd. 6) München 1988, S. 176.

6 RGALI 631/13/50/74.

7 RGALI 631/13/50/17.

8 Tradition S. 631.

9 RGALI 631/13/50/221.

10 RGALI 631/13/50/95.

11 RGALI 631/13/50/218.

12 RGALI 631/13/50/65.

13 Tradition S. 630.

14 Arthur Koestler: Frühe

zwar keineswegs, aber für den Mann aus Moskau war wichtiger, daß eine Abwesenheit hinderlich sein konnte, wenn rasche Reaktionen auf Anfragen oder Beschlüsse der zentralen Leitungen anstanden. Damit hatte er sogar recht, wie sich zeigen sollte.

Am 20. August begann unter Leitung Bechers eine mehrtägige Konferenz der Pariser Gruppe, der eine Vorbereitungs- und Fraktionsleitung, d.h. der Leitung der Pariser Gruppe des BPRS vorangegangen war.³ Fraktionsleitung hieß sie, weil sie zugleich die Leitung der Parteifraktion der KPD im Schutzverband deutscher Schriftsteller im Ausland bildete. Dieser Schutzverband war eine Neugründung unter dem Namen des in Hitlerdeutschland gleichgeschalteten Verbandes. Führende Mitglieder des Bundes waren daran beteiligt gewesen, teils freilich – wie Anna Seghers⁴ – mit starken Vorbehalten. Daß diese antifaschistische Schriftstellerorganisation den Anspruch erhob, einzig legitime Vertretung des deutschen Schrifttums zu sein,⁵ hatte auch Becher gerügt.⁶ Die »große Sitzung«⁷ beschloß nun, den Verband umzubilden und seinen Vorstand repräsentativ auszugestalten.⁸ Wie es scheint, erlangte die Fraktionsleitung tatsächlich schon nach der konstituierenden Versammlung des Schutzverbandes am 30. Oktober bestimmenden Einfluß auf seine Programmgestaltung, so daß Veranstaltungen des Bundes und des Schutzverbandes aufeinander abgestimmt werden konnten und viele Veranstaltungen des Schutzverbandes im Bund vorbereitet wurden.

Wie stark die Spannungen unter den Bundesmitgliedern waren, bekam Becher rasch selbst zu spüren. Bezeichnend dafür war das Zögern des literarischen Shooting-Stars unter den jungen proletarischen Autoren, Walter Schönstedt, zur Sitzung zu erscheinen. Er habe kein Geld, schrieb er, und außerdem habe seine Meinung auf Sitzungen nie eine Rolle gespielt, wie es überhaupt wenig proletarische Literaturproduzierende Kräfte gebe, deren Meinung gehört werde.⁹ Er kam dann doch und wurde daraufhin mit den Sekretariatsarbeiten der Fraktionsleitung betraut. Ob das ein guter Griff war, blieb umstritten. Die einen meinten, er habe nicht verstanden, die Dinge organisatorisch zu meistern und parteimäßig richtig durchzuführen.¹⁰ Die andern hatten einen guten Eindruck von seiner Arbeit und lobten seine Fähigkeit, einen guten Zusammenhalt in der Gruppe zu schaffen.¹¹ Das meinte vor allem Anna Seghers, die – auch sie nicht unumstritten – Leiterin der Gruppe war und blieb. Die übrigen Leitungsmitglieder wurden – wie Schönstedt später kritisch vermerkte – gewählt, weil sie das Vertrauen Bechers besaßen.¹² Wie es scheint, wurden sie keine sonderlich starken Stützen der Leitungsarbeit.

Mit Recht hatte Becher in Paris festgestellt, daß viele Genossen in den vergangenen Monaten mit der Herstellung des »Braunbuchs« beschäftigt waren¹³ und deshalb für die Bundesarbeit ausfielen. Aber auch später waren seine engsten und in der Bundesarbeit erfahrendsten Freunde mit anderen Aufgaben betraut wie z.B. Otto Biha, der im Exil als Peter Merin auftrat, beim Aufbau des Instituts zum Studium des Faschismus in Paris.¹⁴ Überhaupt stellte es sich für ihn, aber auch für Anna Seghers und Kurt Klüber je länger je mehr als ein Problem für den Bund heraus, daß fast

alle fähigen Genossen – wie Kläber sarkastisch sagte – »bei Münzenberg in Amt und Brot«¹⁵ waren, in dessen Verlagsunternehmen und Komitees angestrengt und nützlich arbeiteten, aber eben deshalb auch deren Interessen verfolgten.¹⁶ Zu alledem glaubte Becher feststellen zu müssen, daß sich »politische Bauchschmerzen in die literarische Diskussion« hineinschöben und daß sich hier hemmungslos austobe, was in der Arbeit der Parteiinstitutionen nicht ausgesprochen werden könne oder – wenn ausgesprochen – zum Parteiausschluß führe.¹⁷

Worum es sich bei solchen Ketzereien handelte, verrät Bechers Bericht über seinen Pariser Aufenthalt. Die »Emigrationspanik« – heißt es darin – habe sich »in der Form trotzkistischer Fragestellung« sublimiert, was wohl heißen soll, daß über den Anteil der KPD an der Niederlage diskutiert wurde und daß überhaupt von einer Niederlage die Rede war. Solche Abweichungen von der offiziellen Parteilinie der KPD nicht verhindert zu haben, war ihm Beweis, daß die Leitung der Parteifraktion »außerordentlich schwach«¹⁸ sei. Noch zu Jahresbeginn 1934 forderte Becher von seinen Freunden im Westen angesichts der »starken oppositionellen Strömungen in unseren Reihen«, die »alleinige Schuld der Sozialfaschisten (d.h. der Sozialdemokratie - D. S.) am Kommen des Faschismus«¹⁹ zu betonen und – ein groteskes Argument – den Kampf gegen den Sozialfaschismus nicht den Nationalsozialisten zu überlassen.²⁰ Es spricht für die politische Vernunft der führenden Bundesmitglieder im Westen, daß sie dem nur zögernd oder gar nicht nachkamen.

Die Richtlinien für die Arbeit des Bundes umfaßten vor allem zwei Aspekte: zum einen »mit dem Gesicht nach Deutschland« zu arbeiten, d.h. Geld für den illegalen Widerstand der Schriftsteller in Deutschland zu sammeln und mit »Kleinbüchlein« und operativen Texten der Partei bei ihrer Widerstands-Arbeit nach Deutschland hinein behilflich zu sein, und zum andern durch theoretische und kritische Arbeitsgemeinschaften und politisch-literarische Veranstaltungen die Selbstverständigung der Bundesmitglieder zu fördern und zugleich einen breiteren Kreis von Intellektuellen zu erfassen, um sie in antifaschistische Aktivitäten einbeziehen zu können.²¹ Daß daneben auch spezielle Schulungskurse über Fragen des historischen Materialismus für Fraktionsmitglieder (d.h. die Parteimitglieder der KPD) stattfanden, geht aus einem Bericht über Schulungsarbeit hervor.²²

Welche Illusionen über die Möglichkeit illegalen Wirkens bestanden, zeigt Walter Schönstedts Vorschlag an die Bundesleitung, sie solle, was sich draußen in der Emigration rumtreibt, »mit ganz bestimmten Aufgaben rüber jagen.«²³ Zum Glück antwortete Becher, es wäre schädlich, Leute mit sanfter Gewalt nach Deutschland hineinzujagen,²⁴ höchstens könne man von dort den einen oder andern herauszuholen und längere Zeit arbeiten lassen. Eine effektive Form der Zusammenarbeit mit den Bundesmitgliedern in Deutschland entwickelte sich dann über die Zeitschrift »Neue deutsche Blätter« in Prag. Otto Bihass Idee, den Schriftstellern mit einer für Deutschland bestimmten Kulturzeitschrift Einwirkungsmöglichkeiten zu verschaffen,²⁵ konnte zum Teil verwirklicht werden

Empörung. Autobiographische Schriften. Erster Band. Berlin, München 1993, S. 447ff. - Oto Bihalji-Merin/Otto Biha/Peter Merin erscheint hier als Peter Maros.

15 RGALI 631/13/50/1.

16 RGALI 631/13/60/29.

17 RGALI 631/13/48/3.

18 Tradition S. 634.

19 RGALI 631/13/58/10.

20 RGALI 631/13/48/80 und 86.

21 RGALI 631/13/50/222.

22 RGALI 631/13/59/1.

23 RGALI 631/13/50/50.

24 RGALI 631/13/48/27.

25 Tradition S. 633.

mit der – vom SDS herausgegebenen – Zeitschrift »Der Schriftsteller«, die immerhin eine öffentliche Reaktion von Goebbels auslöste. Die berühmte Anthologie »Deutsch für Deutsche« – als illegale Flugschrift konzipiert – gelangte dagegen nicht mehr ins Reich.

Im September 1933 hatte die Pariser Gruppe eine Dokumentation über die Verfolgung, Einkerkierung und Ermordung von Schriftstellern in Nazideutschland mit dem Titel »Hirne hinter Stacheldraht«²⁶ fertiggestellt. Sie sollte unter den sogenannten bürgerlichen Schriftstellern und Intellektuellen für tätige Solidarität mit den Verfolgten werben, verzichtete deshalb auf lautstarke Parolen und setzte auf die Überzeugungskraft des Faktischen. Doch der Verlag verzögerte den Druck, warum, läßt die scharfe – im einzelnen sogar berechnete – Kritik in einem Brief von Peter Merin erkennen, in der die Hervorhebung Ossietzkys und der Verzicht der Autoren attackiert werden, vor allem Kraft und Bewußtheit des kommunistischen Widerstands aufzuzeigen.²⁷ Erst nach langwierigen Interventionen der Fraktionsleitung erschien die Broschüre, ein halbes Jahr später,²⁸ zu spät, um noch nennenswerte Wirkung zu tun.

Überhaupt hatte die Pariser BPRS-Gruppe mit ihren Publikationen wenig Glück. Im Arbeitsbericht, der in der Februarnummer der Zeitschrift »Unsere Zeit« erschienen ist, wird eine Broschüre mit dem Titel »Offene Briefe an deutsche Kulturträger« als im Druck befindlich angekündigt.²⁹ In persönlichen Schreiben an prominente Intellektuelle in Nazideutschland sollte – anhand konkreter Einzelfälle – zu »brennenden Kulturfragen des 3. Reiches«³⁰ gesprochen werden. Einen Eindruck davon vermittelt Brechts »Offener Brief an den Schauspieler Heinrich George«,³¹ der für diese Broschüre geschrieben wurde. Erschienen ist sie offenbar nicht, nur mit Bodo Uhse »Offener Brief nach Deutschland« an den Nazi-Journalisten Willi Ehlers – aus der für den illegalen Vertrieb in Deutschland bestimmten Zeitschrift »Der Schriftsteller«³² – ist ein Nachklang dieser Bemühungen an die Öffentlichkeit gelangt.

Auch die dritte Schrift des Bundes hat eine komplizierte Geschichte. Sie sollte ein Beitrag des Bundes zur Thälmann-Kampagne werden, den Eingekerkerten als »Exponent, als gesammelte Erfahrung der Bewegung« darstellen, »von unserer Ecke« als Schriftsteller her, wie es in einem Bericht vom Dezember 1933 hieß, »um von der Partei keinen auf das Dach zu bekommen«.³³ Diese Hoffnung war freilich vergeblich, denn man hatte die Redaktion einem Mann übergeben, der von Thälmann persönlich wenig geschätzt wurde, und die Parteiführung »reagierte entsprechend«. Das teilte Peter Merin im Februar vorsorglich seinem Freund Becher in Moskau mit und resümierte, der Bund habe der Partei, d.h. der Führung der KPD, gegenüber »wenig mehr zu verlieren«.³⁴ Dennoch hatte er neben Anna Seghers und Theodor Balk an der Broschüre »Ein Mann in Moabit« mitgewirkt, die im Juli 1934 – »nach Sammlung der notwendigen Gelder« – endlich als »fertiggestellt und verschickt«³⁵ gemeldet werden konnte.

Ganz umsonst waren die Beratungen Bechers mit den Pariser Freunden nicht, im Herbst setzte unverkennbar eine Belebung der Bundesarbeit ein und der Briefwechsel zwischen Paris und Moskau verdichtete sich zusehends. Gustav Regler berichtete Anfang De-

26 Hirne hinter Stacheldraht. Kollektivbericht des Bundes proletarisch-revolutionärer Schriftsteller Deutschlands. Basel 1934. Nach eigenen Angaben wurde die Schrift von Michael Tschesno herausgegeben.

27 RGALI 631/13/50/249.

28 RGALI 631/13/50/138.

29 Tradition S. 708.

30 RGALI 631713/50/212.

31 Bertolt Brecht: Schriften zum Theater Band III, Berlin und Weimar 1964, S. 7ff.

32 Bodo Uhse: Söldner und Soldat. Wir Söhne (Ges. Werke in Einzelausgaben. Hrsg. v. Günter Caspar, Band I). Berlin und Weimar 1974, S. 655ff.

33 RGALI 631/13/50/212.

34 RGALI 631/13/50/131.

35 RGALI 631/13/69/181.

zember, der Bund arbeite wieder voll,³⁶ und verwies auf gelungene Kritikabende, Arbeitsgemeinschaften, Schulungszirkel und öffentliche Veranstaltungen. In vielen Informationen und Berichten aus dem Kreis der Pariser Bundesmitglieder wird dieser Teil der Bundesarbeit ausführlich erläutert, mit unverhohlenem und berechtigtem Stolz über das Geleistete. Nicht so zufrieden zeigten sich die ehemals zentralen Funktionäre des Bundes, die freilich nicht unmittelbar an der Bundesarbeit beteiligt waren. Für Kurt Kläber waren die Abendveranstaltungen nur Anhäufungen von Menschen, die sich gegenseitig Referte halten; von positiver Arbeit habe er nichts gesehen.³⁷ Das korrespondiert mit Peter Merins Urteil, die Bilanz der Schriftsteller-Emigration sei katastrophal, weil sie weder eine ernste Analyse des Faschismus auf ihrem Gebiet noch irgendeinen hörbaren Appell an die Intellektuellen der Welt zur Solidarität hervorgebracht habe.³⁸

Hier wird ein tiefer Interessen- und Zielkonflikt zwischen Basis und zentraler Leitungsebene des Bundes erkennbar. Im März 1934 stellte Anna Seghers zur Pariser Bundesarbeit bündig fest, alle Arbeitsgemeinschaften seien gut besucht, ohne daß die Organisation unverhältnismäßig viel Kraftaufwand koste. Alle übrigen Aktionen aber kosteten einen Aufwand, der meist nicht in Einklang mit dem Erreichten stehe.³⁹ Kriterium war in der Sicht der Pariser Leiterin das Mitgliederinteresse. Die Bundesmitglieder sollten für ihre literarische Arbeit gerüstet und zugleich befähigt werden, in der alltäglichen Arbeit Freunde zu gewinnen. Für die Strategen der internationalen revolutionären Literaturbewegung und vor allem die Moskauer Leitung des Bundes waren das aber eher Randaspekte.

Wenn Becher immer und immer wieder Berichte über die Bundesarbeit anforderte, dann ging es ihm vor allem darum, die Position der Bundesleitung in Moskau zu stärken. Nur eine möglichst dichte Information gestattete, vorzeigbare Beiträge mit öffentlicher Ausstrahlung als Beleg für Erfolge auszuwählen oder – wo möglich – öffentlichkeitswirksame Aktionen zu initiieren. Information, besonders wenn sie von verschiedenen Schreibern nach Moskau gelangte, war aber auch erforderlich, um vermeintlichen oder wirklichen Fehlentwicklungen vorzubeugen. Sollte der Bund als eigenständige Kraft im antifaschistischen Kampf von Parteiinstanzen anerkannt und unterstützt werden, mußte seine Leitung freilich auch ihre Führungskraft unter Beweis stellen. Damit aber stand es schlecht, schon bei seinem Besuch in Paris war Becher klar geworden, daß – wie er später schrieb – die Bewegung nicht von Moskau aus geleitet werden konnte und ihre Führung zu einer Scheinführung degradiert werden würde, in Wirklichkeit aber verantwortlich gemacht für Dinge, für die sie tatsächlich nicht verantwortlich war.⁴⁰

Aus diesem Dilemma erklären sich zwei Hauptpunkte im Briefwechsel zwischen Moskau und Paris. Der eine ist, daß Becher jeden Verdacht ausräumen mußte, es gebe keine organisatorische Führung⁴¹ der Moskauer Bundesleitung im Verhältnis zur Pariser Gruppe. Dabei kam es zu einem fast absurden Streit, als Walter Schönstedt im Dezember – wie er meinte im Konsens mit der Fraktionsleitung – einen Nachfolger in der Funktion des Sekretärs

36 RGALI 631/13/50/63.

37 RGALI 631/13/50/1.

38 RGALI 631/13/50/131.

39 RGALI 631/13/50/138.

40 RGALI 631/13/48/110.

41 RGALI 631/13/48/106.

- bestimmte. Der neue Mann – Hans Dammert – war Becher unbekannt, und er war wenig erfahren in der Bundesarbeit, denn er glaubte, zum Leiter der Gruppe gewählt zu sein.⁴² Das war er als Sekretär der Fraktionsleitung natürlich nicht, wie Becher in seinem Antwortbrief an Dammert mit Schärfe feststellte,⁴³ die verantwortliche Leitung lag nach wie vor bei Anna Seghers. Gegenüber Schönstedt lehnte Becher deshalb zunächst ab, den Nachfolger zu bestätigen. Schließlich sei die Leitung damals so zusammengestellt worden, um ihm – Schönstedt – einen entscheidenden Einfluß in der Leitung zu sichern.⁴⁴ Vor allem aber sah Becher die Autorität der zentralen Leitung mißachtet, wenn ihm ohne vorherige Absprache jemand vor die Nase gesetzt wurde. Erst als der neue Sekretär sich mit einem ausführlichen Arbeitsbericht vorstellte und mehrere Freunde versicherten, es handele sich bei Dammert um einen zuverlässigen und eifrigen Freund,⁴⁵ als zudem deutlich wurde, daß ein Einspruch die Arbeit der Gruppe lähmen würde, ließ sich Becher herbei, den Funktionswechsel zu bestätigen.⁴⁶ Ganz ausgestanden war die Sache trotzdem nicht, denn Kurt Kläber hielt es auch weiterhin für unmöglich, einen Mann, der kaum etwas vom Marxismus verstehe, an die Spitze der Gruppe zu stellen.⁴⁷ Irgendwann in der ersten Jahreshälfte 1934 muß Dammert dann durch Michael Tschesno ersetzt worden sein, der ab Juli als Sekretär der Fraktionsleitung genannt wird.⁴⁸
- Der andere Hauptpunkt hat mehr Gewicht. Becher wollte das zentrale Führungsproblem der Schriftstellerorganisation durch Errichtung eines Stützpunkts im Westen lösen, ein operatives Zentrum der IVRS, das die antifaschistischen Aktionen der nationalen Sektionen und somit auch des BPRS zu koordinieren imstande war. Man darf das wohl als eine Art Gegengewicht zu den Münzenberg-Komitees im literarisch-kulturellen Bereich verstehen. Um in den Büros der Komintern Druck machen zu können, mußte er freilich Stimmen aus der Praxis organisieren, die einen solchen Stützpunkt fordern. Er wußte zwar, daß die Freunde vom Bund ihn unterstützen würden, aber er wußte nicht, daß sie seinen – bei der großen Sitzung vom September in Paris ausführlich besprochenen⁴⁹ – Vorschlag durchaus verschieden interpretierten. So mahnte er dringlich einschlägige Schreiben an und mußte erleben, daß sie in der heißen Phase seiner Bemühungen auf sich warten ließen, weil Anna Seghers auf Reisen war und eine Entscheidung ohne sie nicht getroffen werden konnte. Daraufhin bat er Kläber, für einen Brief über die Notwendigkeit des Stützpunkts zu sorgen, und setzte darauf, daß der sich in Leitungsdingen auskannte und wußte, wie schwer es Becher fallen würde, die Hürden des Apparats zu überwinden. Dessen Antwort war jedoch ein Projekt, das weit über Bechers Ambitionen hinausging, wenn es auch genau das ansteuerte, was dann 1935 auf die Tagesordnung gestellt wurde: einen Zusammenschluß aller westeuropäischen linksbürgerlichen und proletarischen Schriftsteller in Paris, der von einem westeuropäischen Stützpunkt aus organisiert werden sollte, in dem je ein Deutscher, Franzose und Engländer sitzen mußte.⁵⁰ Als die Pariser Gruppe des Bundes sich endlich zu Wort meldete, mußte Becher in Moskau nun endgültig der Schweiß ausbrechen. Denn der sehr praktisch
- 42 RGALI 631/13/50/64.
- 43 RGALI 631/13/50/77.
- 44 RGALI 631/13/48/45.
- 45 RGALI 631/13/50/78.
- 46 RGALI 631/13/58/7.
- 47 RGALI 631/13/50/1.
- 48 RGALI 631/13/50/166.
- 49 Tradition S. 631.
- 50 RGALI 631/13/48/48.

denkende Schönstedt hatte eine Sammelliste zur Unterstützung des Widerstands herausgegeben, die unterzeichnet war mit »Internationale Vereinigung revolutionärer Schriftsteller Westeuropas«. Fröhlich berichtete er, man habe auch schon ein Büro gemietet, das der Anfang des Westbüros sein sollte.⁵¹ Entsetzt stellte Becher klar, von einer solchen westeuropäischen Organisation sei nie die Rede gewesen, die leichtfertige Publikation könne das Stichwort liefern, um die Einheit der revolutionären Schriftsteller zu spalten.⁵² Im übrigen werde ein solches Unternehmen – hinter dem weder Kräfte noch Mittel stehen – »uns in den Augen ernsthafter Leute lächerlich«⁵³ machen. Anna Seghers schließlich brachte eine dritte – zweifellos sinnvollere – Variante ins Spiel, freilich aus ganz anderen Erwägungen. Weil Paris der wichtigste Einsatzpunkt unserer Arbeit⁵⁴ sei – meinte sie – und die Verbindung mit Moskau immer fragwürdiger werde, sei ein durchorganisiertes, von einer besessenen Arbeitskraft besetztes Westbüro notwendig.⁵⁵ Ganz zweifellos geht es ihr dabei darum, durch ein solches Büro die Fraktionsleitung von unlöslichen Aufgaben zu entlasten und eine den eigentlichen Möglichkeiten ihrer Gruppe des Bundes gemäße Anleitung zu erreichen. Sie selber gab die verantwortliche Leitung der Pariser Gruppe allerdings ab,⁵⁶ um den Roman »Der Weg durch den Februar«⁵⁷ zu schreiben. Als Nachfolger schlug sie Peter Merin vor, weil der sich auf das Institut zum Studium des Faschismus stützen konnte. Daraus wurde nichts, denn er wurde mit der Auslandsleitung⁵⁸ der gesamten internationalen Bewegung⁵⁹ beauftragt – eine Ersatzlösung für den westeuropäischen Stützpunkt. An die Stelle von Anna Seghers trat Egon Erwin Kisch⁶⁰, unterstützt vom neuen Sekretär der Fraktionsleitung Michael Tschesno, den er in einem Brief an Becher eine »glänzende Kraft«⁶¹ nennt. Mit ihm sei ein guter Griff getan worden.

Tschesnos erster Bericht vom Juli 1934 nach Moskau ist bemerkenswert, weil er neben der Zusammenarbeit mit der französischen Künstler- und Schriftstellerorganisation und der Patenschaftarbeit über die Ortsgruppe B. (gemeint ist wahrscheinlich die illegale Berliner Gruppe des Bundes) nur noch Veranstaltungen des SDS verzeichnet. Die Mitteilung, Heinrich Mann habe für die Zeitung des SDS »Der Schriftsteller« einen Leitartikel geschrieben,⁶² wertet Becher enthusiastisch als »entscheidenden Durchbruch in der Einheitsfrontbewegung«.⁶³ Ein – etwa gleichzeitig geschriebener – Diskussionsbrief aus Moskau gibt die Orientierung, zu versuchen, alle die Schriftsteller zu gewinnen, die ehrlich gegen den Hitlerfaschismus kämpfen, nicht um sie auszunutzen, sondern um sie kameradschaftlich in unseren Kampf einzureihen. Eins der stärksten Überzeugungselemente für die bürgerlich radikalen Schriftsteller sei »unsere literarische Praxis«.⁶⁴ Das ist ein neuer Ton, vor allem eine tiefgreifend veränderte Wertung der künstlerischen Produktion. Seit dieser Zeit, so scheint es mir, hat es eine eigenständige Tätigkeit der Pariser Gruppe des BPRS nicht mehr gegeben. Im Zeichen der »breiten Einheitsfront-Taktik«⁶⁵ wurde der Schutzverband deutscher Schriftsteller im Exil das eigentliche Wirkungsfeld der Bundesmitglieder. Daß damit neue Konflikte programmiert waren, ist ein anderes Thema.

51 RGALI 631/13/50/65.

52 RGALI 631/13/58/5.

53 RGALI 631/13/56/2.

54 RGALI 631/13/50/138.

55 RGALI 631/13/50/218.

56 RGALI 631/13/50/147.

57 Paris 1935.

58 RGALI 631/13/48/176.

59 RGALI 631/13/48/104.

60 Vgl. Bechers Bericht aus Paris vom Herbst 1933, in dem es heißt, Kisch, der die Bundesarbeit früher vernachlässigt oder bekämpft habe, fühle sich ihr jetzt zugehörig. Tradition S. 634. – Im April 1934 unterzeichnet Kisch gemeinsam mit Anna Seghers Begleitbriefe zur Broschüre »Hirne hinter Stacheldraht« an bekannte Schriftsteller, in denen sie gebeten werden, die illegale Arbeit des BPRS zu unterstützen. Der Brief an Hermann Hesse (Deutsches Literaturarchiv Marbach A: Hesse) ist mit der Originalunterschrift von Kisch, nicht aber der von Anna Seghers versehen. Vermutlich hatte Kisch zu diesem Zeitpunkt die zeitweise Vertretung von Anna Seghers übernommen. – In einer Zuschrift an den Allunionskongreß der Sowjetschriftsteller »Wir arbeiten in Eurem Sinn« gibt Kisch im August 1934 einen kurzen Bericht über die Arbeit des Bundes. Tradition S. 788.

61 RGALI 631/13/50/182.

62 RGALI 631/13/69/81.

63 RGALI 631/13/48/230.

64 RGALI 631/13/48/224.

65 RGALI 631/13/48/187.

SIMONE BARCK

Mythos BPRS-Literatur?

Zum widersprüchlichen Umgang mit der BPRS-Tradition in der DDR

Als sich das kleine Häuflein von Interessenten zu dem von der »Hellen Panke« organisierten »Literaturhistorischen Kolloquium zum 70. Jahrestag der Gründung des BPRS« Anfang November vorigen Jahres in Berlin eingefunden hatte, wurde auch rein optisch sichtbar, wie wenig heute eine solche Tradition öffentliches Interesse findet. Ohne nostalgisch zu sein, konnte man sich gut vorstellen, daß in DDR-Zeiten zu diesem Anlaß wohl mindestens eine größere wissenschaftliche Konferenz mit internationaler Beteiligung stattgefunden hätte, denn immerhin war ja die proletarisch-revolutionäre Literatur auch eine internationale Literaturströmung und hatte durchaus ihre kompetenten ausländischen Interpreten. Gegenüber einer solchen Konferenz, die in kritischer Bilanz des erreichten Forschungsstandes¹ den historischen Platz dieser Literatur in der deutschen Literaturentwicklung des 20. Jahrhunderts zu bestimmen gesucht hätte, konnten hier auch mehr Fragen gestellt als Antworten gegeben werden. Hilfreich hierfür waren vor allem die Erfahrungsberichte der beiden anwesenden hochbetagten BPRS-Mitglieder, Elfriede Brüning und Jan Koplowitz, die informativ, engagiert und recht streitbar ausfielen. Sie gaben u.a. aufschlußreiche Einblicke in die widersprüchliche Rezeption der BPRS-Tradition in der DDR, deren Etappen und Verläufe noch einer kulturpolitischen und alltagsgeschichtlichen Gesamtanalyse harren. Die folgenden Bemerkungen sind daher in ihrer fragmentarischen Ausführung eher als Diskussionsangebot gedacht, denn als empirisch abgesicherte Thesen zu verstehen.

Die BPRS-Tradition stellt sich als eine mehrfach gebrochene dar. Zum einen durch den Nationalsozialismus, der den Bund verbot, seine Mitglieder verfolgte und zahlreiche umbrachte. Zum zweiten durch die zunächst mißglückte Wiederbelebung dieser Tradition nach 1945. Zum dritten durch die kulturpolitische Instrumentalisierung seit 1957, in der die BPRS-Tradition diskursiv verengt und zur Ausgrenzung anderer Traditionen herhalten mußte. Andererseits erfolgte zeitgleich auf dem »Bitterfelder Weg« der tatsächliche Versuch eines produktiven Rekurses im Sinne der praktischen Verbundenheit der Schriftsteller mit der gesellschaftlichen bzw. materiellen Praxis. Denn das war immer das »Herzstück« der proletarisch-revolutionären Literaturströmung gewesen, das Schreiben von der Basis her in einer für die »Massen« wirksamen Form. Davon zeugten ihre Losung »Kunst ist Waffe« oder die auf ihre Wurzeln im 19. Jahrhundert verweisenden seltsam antiquiert klin-

Simone Barck – Jg. 1944, Dr. sc., Literaturwissenschaftlerin, Berlin. 1970-1991 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Zentralinstitut für Literaturgeschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR; z.Z. wissenschaftliche Mitarbeiterin und Projektleiterin am Zentrum für Zeitgeschichtliche Forschung Potsdam.

Dieser Vortrag wurde auf dem Literaturhistorischen Kolloquium zum 70. Jahrestag der Gründung des Bundes proletarisch-revolutionärer Schriftsteller Deutschlands, das am 4. November 1998 vom Verein »Helle Panke« Berlin durchgeführt wurde, gehalten.

1 Vgl. hierzu: Der BPRS. Bibliotheksbrief 10/1998 (hg. Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen im Bundesarchiv), Teil 1, außerdem: Lexikon

genden Motti »Mit Feder und Faust« oder »Mit Hammer und Feder«. Die »moderne« DDR-Literatur, beginnend mit Anfang der sechziger Jahre, ist ohne den Bitterfelder Weg und die Auseinandersetzungen um ihn nicht denkbar. Der in den sechziger Jahren aufbrechende Generationskonflikt, von der SED-Führung stets als »gefährlich« geleugnet, hatte auch eine Komponente in den Positionen der BPRS-Autoren, ging aber weit darüber hinaus.

Zu erinnern wäre vor allem an drei historische Etappen im Umgang mit der BPRS-Tradition, dabei können einige aufschlußreiche Beispiele zeigen, wie sich die Problematik in der Selbstwahrnehmung der Aktivisten dieser Bewegung spiegelt.

Die erste Etappe ist mit der 1946 gegründeten Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Schriftsteller und Journalisten verbunden. Einer »losen Verbindung Gleichgesinnter«², die vom Kulturbund und Johannes R. Becher persönlich wegen des Anschlusses an die BPRS-Tradition kritisiert wurde. Teilnehmer waren u.a.: Karl Grünberg, Kurt Huhn, Peter Kast, Werner Ilberg, Paul Körner-Schrader, Jan Koplowitz, Kuba, Jan Petersen, Georg Pijet, Ludwig Turek, Berta Waterstradt. Die im Zusammenhang der Gründung des Deutschen Schriftstellerverbandes erfolgte Auflösung dieser AG wurde von den Betroffenen als ungewollt und als »Eingriff« in ihre Arbeitsrichtung interpretiert. Auch auf dem 1947er Schriftstellerkongreß hatte diese Gruppe sich nicht eigentlich artikulieren können, nur von Jan Petersen, dem legendären Mann mit der schwarzen Maske auf dem Pariser Schriftstellerkongreß von 1935, war an den illegalen BPRS und an seine ermordeten Mitglieder erinnert worden.³ Der spezifisch proletarisch-revolutionäre Ansatz, die operativen Schreibweisen waren nicht Teil des literarischen Nachkriegs-Diskurses, der vor allem im Zeichen antifaschistischer Bündnispolitik stand, wie sie Becher mit dem Kulturbund zu praktizieren suchte.

Eine zweite Etappe kann mit dem 1956er (noch gesamtdeutschen) Schriftstellerkongreß in Verbindung gebracht werden. Tauchen doch hier in Bechers und Brechts Reden ausdrückliche Appelle zur produktiven Erinnerung an die proletarisch-revolutionäre Literatur auf. Bei Becher als Kulturminister konzeptionell-programmatisch als Ausführungen zur »Literatur der Arbeiterklasse«. Das »war keine Literatur für Feinschmecker und Snobs, nichts für Satierte und Sensationslüsterne. Das war aber auch keine Literatur der gähnenden Langeweile, nichts für Mucker und Zimmerliche. Das war eine Pionierliteratur, eine Literatur der aufgekremelten Hemdsärmel, eine Literatur großartiger, vernichtender Attacken gegen die herrschende Klasse, eine Literatur, Dickdichte von Aberglauben, Urwaldhaftes rodend und das Dschungel der kapitalistischen Anarchie lichternd mit dem literarischen Buschmesser.«⁴ Becher erinnert an die antifaschistische Leistung dieser Literatur in und außerhalb Deutschlands. »Es ist an der Zeit, die Geschichte unserer Literatur in diesen Jahren zu schreiben, denn es gehört mit zu den besten deutschen Traditionen, die wir damals geschaffen hatten.« Brecht hält es angesichts des Zustandes der Theater-Öffentlichkeit für notwendig, wieder zu den kleinen, notwendigen Kampfformen zu kommen, »wie wir sie einmal in

sozialistischer Literatur. Ihre Geschichte in Deutschland, hg. von Simone Barck, Silvia Schlenstedt, Tanja Bürgel, Volker Giel und Dieter Schiller, Stuttgart und Weimar 1994.

2 Elfriede Brünig:

Die schönen und schweren frühen Jahre, in: Von Abraham bis Zwerenz, hg. vom Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie/ Wissenschaft und Weiterbildung Rheinland Pfalz 1995, S. 209. Vgl. auch Elfriede Brünings Autobiographie: Und außerdem war es mein Leben, Aufzeichnungen einer Schriftstellerin Berlin 1994.

3 Vgl. hierzu: Erster Deutscher Schriftstellerkongreß 4.-8. Oktober 1947, Protokolle und Dokumente, hg. von Ursula Reinhold, Dieter Schiller und Horst Tanneberger, Berlin 1997, S. 157/158.

4 Johannes R. Becher: Von der Größe unserer Literatur, in: IV. Deutscher Schriftstellerkongreß Januar 1956, Beiträge zur deutschen Gegenwartsliteratur, Heft 1, Berlin 1956, S. 13/14. Vgl. auch zur lebenslang widersprüchlichen Haltung Bechers zu seiner proletarisch-revolutionären Vergangenheit: Jens-Fietje Dwers: Abgrund des Widerspruchs. Das Leben des Johannes R. Becher, Berlin 1998.

der Agitprop-Bewegung gehabt haben«. Er spricht sich aus für Experimente und volkstheaterhafte Formen und schlägt gegenüber der Skepsis des Amtes für Literatur, dem es an politischem Instinkt mangle, vor, Sketche, Songs und Kampflieder von vor 1933 und aus dem Exil als »Beispiele« neu herauszubringen. Er betont: »Die kleine Form gestattet ein direktes Sichengagieren im Kampf. Denn wir werden mit einer Kampfphase rechnen müssen, und wir werden unsere Gemütlichkeit irgendwann ablegen, bekämpfen müssen, zusammen mit anderen kleinbürgerlichen Bestrebungen«.⁵

In der Diskussion um den kritischen Zustand der Gegenwartsliteratur, an der vor allem Schematismus (durch Anna Seghers) und ein »hölzerner Primitivismus« (durch Stefan Heym) gerügt wurde, verteidigten vor allem Kuba und Bredel die Richtung der in der BPRS-Tradition stehenden Betriebsromane vom Typ »Roheisen« (1955) von Hans Marchwitza, der schon mit zwei Titeln in der populären Reihe »Der Rote 1 Mark-Roman« des Internationalen Arbeiter-Verlages vertreten gewesen war (»Sturm auf Essen«, 1931 und »Schlacht vor Kohle«, 1931). Alexander Abusch warnte hingegen vor einem Rückfall in Rapp-Tendenzen. Wegen Hans Mayers Thesen von der mangelnden Opulenz der jungen DDR-Literatur und der »unerhörten« Kontroverse zwischen Heym und Ulbricht (es ging im Kern um die »hohen« Anforderungen an die Literatur, die Kämpfe der Gegenwart zu gestalten) wurde ZK-parteiintern der Kongreß kulturpolitisch als »Skandal« eingeschätzt. Die Orientierung des Kongresses auf sozialistischen Realismus und eine sozialistische deutsche Nationalliteratur hingegen war die kulturpolitische Marschrichtung, von der ein gerader Weg zur Kulturkonferenz von 1957⁶ und den folgenden Bitterfelder Konferenzen führte. Seit dem 1956er Kongreß geisterten durch die partei- und verbandsinternen Dokumente und Protokolle die Klagen über die angeblich bei den Künstlern vertretenen Thesen von einer »doppelten Kulturpolitik«, gemeint war damit das gleichberechtigte Nebeneinander von sog. avantgardistischen »eigentlichen« Künstlern und den anderen, vor allem älteren und jüngeren Arbeiterschriftstellern. Dieser Konflikt war präsent im DSV und in der Akademie der Künste und spiegelte sich auch in der Kunstkritik wider. War zwar durch die 1957er Konferenz die Orientierung klar auf sozialistischen Realismus und vorrangige Gestaltung der real-sozialistischen Gegenwart gegeben und flossen auf dem Bitterfelder Weg auch bedeutende finanzielle Mittel und auch starke verlegerische Förderungen, so blieb es für die älteren Autoren proletarisch-revolutionärer Provinienz doch ein bleibender Stachel, daß sie – wie sie meinten – nicht entsprechend der führenden Rolle der Arbeiterklasse auch auf literarischem Gebiet »führten«, und d. h. konkret auch Macht ausüben konnten. Dies spiegelt sich exemplarisch in Person und Werk Otto Gotsches, der sich als Sachwalter der aus der Arbeiterklasse stammenden proletarisch-revolutionären Autoren profilierte.⁷

Er war außer Willi Bredel der einzige aus diesem Kreis, der es in der DDR zu »wirklicher« Macht gebracht hat und der sie auch zu gebrauchen weiß. Immer pochend auf seine Biografie als kommunistischer Funktionär und Parteischriftsteller, überschätzt er

5 Bertolt Brecht: Ausführungen vor der Sektion Dramatik, in: IV. Deutscher Schriftstellerkongreß Januar 1956, a. a. O. S. 160.

6 Vgl. hierzu: Dieter Schiller, Disziplinierung der Intelligenz. Die Kulturkonferenz der SED vom Oktober 1957, Hefte zur DDR-Geschichte, 44, Berlin 1997.

7 1904-1985, Bergmann und kommunistischer Funktionär seit 1920, Arbeiterkorrespondent, mehrere Haftstrafen in den zwanziger Jahren, Hamburg, nach

sich als Autor und hält zeitlebens vor allem den richtigen Klassenstandpunkt für die Gewähr bedeutsamer Literatur. Sein jetzt in der Berliner Akademie der Künste zugänglicher Nachlaß, darunter ein hochinteressanter Briefwechsel, spiegelt eine bestimmte kommunistische Mentalität, wie sie auch für andere Vertreter der DDR-Führungselite zu beobachten ist. Gotsche ist ein nur mäßig begabter proletarischer Autor, der seine mangelnden literarischen Qualitäten durch politisch klassenkämpferische, stets die gerade angesagte Parteilinie befolgende Haltung zu kompensieren suchte und der sich geistig und literarisch als wenig lernfähig erwies. Er wird zum Adressaten seiner Genossen Arbeiterschriftsteller – vor allem Karl Grünberg, Werner Eggerath, Hans Lorbeer, Jan Koplowitz, Berta Lask – in allen Lebenslagen. Ob es sich um Wohnungsfragen, Rentenprobleme oder Geldsorgen handelt, er bemüht sich solidarisch – und kann es aufgrund seiner Einflußmöglichkeiten – zu helfen. Er genießt das absolute Vertrauen von Walter Ulbricht, was sich auf gemeinsame Parteiarbeit im Sächsischen seit den zwanziger Jahren gründete. Er bekümmert sich um die Auflagen ihrer Bücher, nicht zuletzt auch seiner eigenen, vor allem im Mitteldeutschen Verlag Halle, dem Tribüne- und dem Dietz-Verlag. Den mit dem Bitterfelder Weg aufsteigenden Hallenser Verlag betrachtet er ganz als »seinen« Verlag, und dieser kann mit seiner Hilfe auf dem in der DDR stets umkämpften Papiersektor so manchen Coup durchsetzen.⁸

Seine Haltung zur proletarisch-revolutionären Tradition ist klar: Er hält sie für die wichtigste, sieht sie als »Herzstück« für die DDR-Literatur und für das kulturelle Leben in der DDR und ärgert sich infolgedessen über jede Kritik an ihr.

Er ist von tiefem Mißtrauen gegenüber »bürgerlichen« Autoren erfüllt. So z.B. gegenüber Ehm Welk, den er außerdem noch als »inneren Emigranten« ablehnt. Zusammen mit Karl Grünberg versucht er 1953, allerdings vergeblich, die Drucklegung von Ehm Welks Roman »Im Morgennebel« zu verhindern. Dieses Buch über die Novemberrevolution 1918 in Kiel und Braunschweig wird von Gotsche als »verwerfliche Satire auf die Arbeiterklasse«, als »Verunglimpfung der revolutionären Matrosen«, als »eine Anhäufung zynischer Verächtlichmachung der revolutionären Arbeiterschaft, die unfähig, Geschichte zu machen, ihr Schicksal einem Gremium von Trotteln und Schuften in die Hand legt«, geschmäht. Der Umstand, daß das ganze »in einer flüssigen, eleganten Sprache geschrieben ist, in vollendetem Stil dargeboten wird«⁹, mache dieses Buch noch gefährlicher. Karl Grünberg sah in dem Roman »eine einzige Schweinerei«, die Novemberrevolution werde in »dummdreister Faschistenmanier diffamiert und lächerlich gemacht«, ein »Machwerk zur Beschmutzung und Vernebelung unserer Revolutionsgeschichte«. Schon 1949 habe er die – zwar veränderte – Neuauflage von Welks Buch »Die Gerechten von Kummerow« als »Blut- und Boden-Literatur« zur Veröffentlichung abgelehnt. Empörenderweise sei das Buch dennoch erschienen. Es sei nun allerhöchste Zeit für die Parteigruppe des DSV festzustellen, »was hier eigentlich los sei«.¹⁰

Mit Werner Eggerath tauscht sich Gotsche über die schlechten

1933 KZ und illegale Arbeit, ab 1940 Aufbau einer Widerstandsgruppe im Buna-Werk Schkopau, 1945 Bürgermeister und hoher Verwaltungsfunktionär, von 1949 bis 1960 persönlicher Referent Walter Ulbrichts, 1960-1971 Sekretär des Staatsrates, 1966 Mitglied des ZK der SED.

8 Vgl. Siegfried Lokatis, Otto Gotsches Konferenz und die Bitterfelder Bewegung, in: Simone Barck, Martina Langermann, Siegfried Lokatis, Jedes Buch ein Abenteuer, Zensursystem und literarische Öffentlichkeiten in der DDR bis Ende der sechziger Jahre, Berlin 1997, S. 140-172.

9 Otto Gotsche: Manuskript ohne Titel, in: Akademie der Künste, Berlin, Gotsche-Nachlaß, Sign. 45, S. 6.

10 Karl Grünberg an Otto Gotsche, 30. 1. 1954, in: Akademie der Künste, Gotsche-Nachlaß, Sign. 45.

Kritiken zu ihren Büchern aus: Gustav Just habe Eggeraths »Stadt im Tal« und seine »Märzstürme« im Novemberheft der »Neuen deutschen Literatur« (1954) »gemeinschaftlich verprügelt«, wie befinden uns also wie früher in einer »Waffenbrüderschaft und müssen uns eben von Leuten, die es besser wissen müssen, sagen lassen, daß wir zwar manches erlebt haben, aber keine Bücher schreiben können.« Just habe angeblich von Alfred Kurella und Franz C. Weiskopf den Auftrag erhalten, »in einem Aufwasch die sog. Arbeiterdichter abzuservieren«.¹¹ Eggerath, von 1954-1957 Botschafter der DDR in Rumänien, stellt im Juni 1956 fest, daß es bisher möglich war, »wertvolle Beiträge für die Geschichte und die Geschichte der Arbeiterbewegung gewissermaßen über die Schulter anzusehen«¹² und mancher habe ein Vergnügen daran gefunden, die zweifellos vorhandenen Mängel und Schwächen solcher Arbeiten recht breit auszuwalzen und dadurch den wertvollen Kern zu verdecken.

11 Otto Gotsche an Werner Eggerath, 25. 11. 1954, in: a.a.O. Sign. 46.

12 Werner Eggerath an Otto Gotsche, 24. 6. 1956, in: ebd.

Die Briefe Hans Lorbeers zeigen einen sehr verbitterten und ständig beleidigten Schriftsteller, der vor allem wegen seiner langen Bekanntschaft mit Becher immer wieder vom Kulturminister Unterstützung erhoffte. Im April 1953 berichtet er, daß sein Industriero-man (»Die 7 ist eine gute Zahl«) nun bald erscheine. »Kann ihn schon kaum noch lesen. Drei Jahre hat man mich mit ihm herumgequält, davon fast ein Jahr um ihn herumverhandelt.«¹³ Er kritisiert Gotsche, daß dieser bei Feiern und Empfängen in Berlin immer fehle. So z.B. bei dem Empfang für Becher anlässlich der Verleihung des Stalinpreises. Becher hätte sich sehr freundschaftlich zu ihm verhalten, ihn seinen alten Freund genannt und Lorbeers Stalin-Kinder-gedicht vorgelesen. Lotte Ulbricht hätte ihn ermuntert, daß Gedicht aus dem Zyklus »Lied vom Leunawerk« fertigzumachen und durch Ernst Hermann Meyer vertonen zu lassen und Ulbricht zum Geburtstag zu widmen. Dies habe er getan, aber Becher habe sein Versprechen, sich um die Vertonung zu kümmern, wieder einmal nicht eingehalten, und er habe die Arbeit umsonst getan.

13 Hans Lorbeer an Otto Gotsche, 5. 4. 1953, in: ebd.

Daß auch andere Arbeiter-Schriftsteller über Gotsche einen Weg zu Walter Ulbricht und damit zu mehr Anerkennung erhofften, zeigt das Beispiel von Jan Koplowitz, der es 1963 als diskriminierend empfand, vom Aufbau Verlag nicht zu einem Beitrag zum Geburtstagsband zu Ulbrichts Siebzigstem aufgefordert worden zu sein. Koplowitz, ein äußerst vielseitiger in verschiedenen Metiers aktiver Autor, sah sich als nicht zur »Prominenz« gehörig¹⁴ und mit ständigen Querelen um seine Arbeiten konfrontiert: Ob es sich um die um die Hälfte gekürzte Fassung seines informativen Berichts über die tschechische Kulturszene »Abenteuer in Freundesland« (9/1961 in der NDL) handelte oder um die Nichtanerkennung seiner Beiträge zur sozialistischen heiteren Muse, immer fühlte er sich auch von den ZK-Instanzen ungerecht und nicht parteigemäß behandelt. Von besonderer Brisanz ist die unendliche Geschichte seines Films »Koffer mit Dynamit« (1963), eine Koproduktion der DEFA mit dem tschechischen Film. Das Thema ist die antifaschistische Zusammenarbeit von deutschen Emigranten und tschechischen Antifaschisten im von den Nazis besetzten Prag. Tangiert ist damit der in der DDR stets herrschaftssensible Widerstands-

14 Jan Koplowitz an Otto Gotsche, 2. 4. 1963, in: Akademie der Künste, Berlin, Gotsche-Nachlaß, Sign. 49.

Diskurs und der Autor gerät in eine doppelte Konfrontation: gegenüber dem DEFA-Stab und gegenüber dem tschechischem Team und muß letztlich um seine Autorschaft erbittert kämpfen. Gotsche schaltete sich auch hier vermittelnd und mit Erfolg ein.

1958 und 1962 betätigte sich Gotsche als Herausgeber der Romane des begabten proletarisch-revolutionären Autors Rudolf Braune, der nur 25jährig 1932 verstorben war. (»Junge Leute in der Stadt«, 1932/1958, »Das Mädchen an der Orga Privat«, 1930/1962) In diesem Zusammenhang zieht er scharf vom Leder gegen die »Leute von der bürgerlichen Opulenz«. Auf die begeisterte Zusage des Literaturkritikers Günter Ebert, der nach den Verantwortlichen dafür fragt, daß dieser ausgezeichnete Roman erst jetzt in der DDR bekannt werde, antwortet Gotsche prinzipiell. Da sich bisher praktisch niemand, obwohl es eine akute Aufgabe wäre, mit der Geschichte der proletarisch-revolutionären Literatur befaßt habe, wäre durch seine Initiative diese Angelegenheit mit dem Dietz-Verlag zustande gekommen. In der Vergangenheit hätten »wir« uns nicht stark genug gemacht gegenüber solchen Ignoranten wie Georg Lukács, Wolfgang Harich oder Hans Mayer. »Wie Du aus den Ergebnissen der Bitterfelder Konferenz jedoch wissen wirst, wird jetzt Ordnung geschaffen.« Angeregt durch seine Beschäftigung mit Braune, habe er nun auch eine andere von ihm lange bedachte Sache ins Laufen gebracht. »Auf meine Initiative hin wurde eine Arbeitsgruppe zur Erforschung der proletarisch-revolutionären Literatur Deutschlands geschaffen. Ich habe vier junge Literaturwissenschaftler zusammen geholt und so lange geholt, bis die Durchführung der ganzen Arbeit sichergestellt wurde.«¹⁵ Erreicht werden solle mit ihrer Arbeit der Nachweis, daß es bereits vor 1933 eine proletarisch-revolutionäre sozialistische Literatur von hoher Qualität in ihren Anfängen gegeben hätte. Aber auch schon Werke von hoher künstlerischer Meisterschaft wie z.B. bei Braune. Mit dieser weitreichenden Initiative wird die dritte Etappe im Umgang mit dieser Literaturtradition eingeleitet, die zu einem umfangreichen historischen Fundus von Texten und Interpretationen der in der Akademie der Künste angesiedelten und zunächst Gotsche direkt unterstellten Arbeitsgruppe um Alfred Klein in Leipzig führte. Im Zusammenhang der 68er Bewegung kommt es auch in der Bundesrepublik zu einer Rückbesinnung auf diese Tradition, in der nun – in einer vielleicht vierten Etappe – eine deutsch-deutsche Auseinandersetzung dazu ausgetragen wurde. Dieser wissenschaftliche Diskurs geht aber kaum einher mit einer massenhaften Rezeption dieser Literatur. So muß z.B. die »Rote Dietz-Reihe« wegen mangelnden Absatzes bald ihr Erscheinen wieder einstellen. Die »moderne« Literatur des Bitterfelder Weges mit der Darstellung der Widersprüche der DDR-Entwicklung (Christa Wolf »Der geteilte Himmel«, Erwin Strittmatter »Ole Bienkopp«, Erik Neutsch »Spur der Steine«) interessierte die Leser mehr als die oft politisch agitierende, ihnen historisch vorkommende Literatur der Klassenkämpfe der Weimarer Republik. Kulturpolitisch jedoch wurde turnusmäßig an sie erinnert, etwa verlieh man zum 40. Gründungsjahr des BPRS 1968 an die noch lebenden Mitglieder eine Erinnerungsplakette.¹⁶ Durch unkritische

15 Otto Gotsche an Günter Ebert, in: a. a.O. Sign. 48.

16 Vgl. hierzu: Trude Richter: Die Plakette. Vom großen und vom kleinen Werden, Halle 1972 sowie Totgesagt. Erinnerungen, Halle Leipzig 1990. Trude Richter, fast neunzigjährig im Januar 1989 verstorben, war bis 1934 Sekretärin des BPRS, geriet im sowjetischen Exil in die stalinistischen Repressionen, kam nach 20 Jahren Gulag in die DDR, wo sie am Leipziger Becher-Institut wirkte.

17 Für Interessenten sei verwiesen auf: Der BPRS. Bibliotheksbrief 10/1998 (hg. Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen im Bundesarchiv), Teil 2, Ausgewählte Literatur des Bundes und seiner Mitglieder. Außerdem auf das bereits erwähnte »Lexikon sozialistischer Literatur«, das diese Literatur, ihre Akteure und Ansichten ausführlich historisch-kritisch dokumentiert.

Kanonisierung und ideologisierende Mythenbildung war ein öffentliches Desinteresse entstanden, das den besten Werken dieser Tradition nicht gerecht zu werden vermochte. Die noch lebenden Mitglieder des BPRS fühlten sich im literarischen Leben an den Rand gedrängt und nur kampagnenhaft benutzt, was Jan Koplowitz auf dem Schriftstellerkongreß 1978 durch Rückgabe seiner Erinnerungsplakette auch öffentlich machte.

Einer heutigen Rezeption steht schon der Umstand entgegen, daß die meisten Texte kaum verfügbar sind,¹⁷ DDR-Ausgaben nur noch antiquarisch zu bekommen sind. Dabei sind die in den besten proletarisch-revolutionären Texten festgehaltenen sozialen und gesellschaftlichen Konflikte und die dargestellten menschlichen Erlebnisse und existentiellen Erfahrungen in den heutigen real-kapitalistischen Verhältnissen von zum Teil erstaunlicher Aktualität und bewegender Eindringlichkeit. Aber wer wird sich die Mühe machen, das zu entdecken?

SABINE KEBIR

Aladár Komját (1891-1936) – ein unbekanntes Mitglied des BPRS

Von 1966 bis zu ihrem Tode 1984 war ich mit Irén Komját befreundet. Zu Beginn der achtziger Jahre entstand der Plan, einen Band deutscher Übertragungen von Gedichten ihres Mannes herauszubringen. Nach gemeinsam erstellten Rohübersetzungen fertigte ich bereits eine erhebliche Anzahl von Nachdichtungen an, die ein ehemaliger Kollege vom Zentralinstitut für Literaturgeschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR, Thomas Lück, noch einmal mit dem Original verglichen hat. Im Zusammenhang mit diesem Projekt trug ich eine Reihe von Informationen über den Dichter und Berufsrevolutionär Komját zusammen.

Aladár Komját wurde 1891 unter dem Namen Korach im slowakischen Košice geboren, das damals zu Ungarn gehörte. Sein Vater war Steuerbeamter, der politisch aber ganz auf den Seiten der Bauern stand, deren Steuern er einzutreiben hatte. Die Mutter, die ursprünglich Schauspielerin werden wollte, vermittelte dem Sohn früh musische Talente. Sie organisierte mit eigenen und Kindern von Tagelöhnern Theatervorstellungen und Petöfi-Rezitationen.

Bildung und Ausbildung Aladárs wurden durch die Versetzung des Vaters begünstigt. Die Familie verbrachte Jahre in Fiume (später jugoslawisch: Rijeka) und kam schließlich nach Budapest. Der Widerspruch zwischen dem tief verwurzelten sozialen Mitgefühl und der durch ein Jurastudium gesichert scheinenden zukünftigen kleinbürgerlichen Existenz ließ die ersten, ab 1909 entstehenden Gedichte depressiv geraten. Sie sind dem um die Zeitschrift »Nyugat« (Westen) aufgekommenen Stil verpflichtet, der schwermütigen Lyrik Endre Adys (1877-1919). Als Abkömmling einer jüdischen Familie sprach Komját gut deutsch und hat sicher auch expressionistische Lyrik direkt rezipiert. Seine Gedichte hat er aber – auch in den Exiljahren – immer in ungarischer Sprache verfaßt, in deren volkstümlichsten Traditionen sie tief verwurzelt bleibt.

Mit dem Expressionismus teilte Komját die apokalyptischen Vorahnungen kommenden Zusammenbruchs. Der Tuberkulose Tod seiner Schwester verstärkte noch seinen Hang zur Melancholie. Lebensmut wuchs ihm erst zu, als er sich in das erst vierzehnjährige Nachbarskind Irén verliebte, für die er lebenslang Liebesgedichte schreiben sollte.

Seit 1913 begann Komját, das Ohnmachtsgefühl zu überwinden. Daß ihm nun politischer Widerstand als konkreter Ausweg er-

Sabine Kebir – Jg. 1949, geboren in Leipzig, promovierte Literatur- und Politikwissenschaftlerin, 1977-88 Universität Algier, 1989 Privatdozentin in Frankfurt/Main. Publikationen u.a.: Antonio Gramscis Zivilgesellschaft. Alltag – Ökonomie – Kultur – Politik, 1991; Zwischen Traum und Alptraum. Algerische Erzählungen, 1992; Ein akzeptabler Mann? Streit um Bertolt Brechts Partnerbeziehungen, 1987 (Zweite erw. Auflage 1998).

Dieser Vortrag wurde auf dem Literaturhistorischen Kolloquium zum 70. Jahrestag der Gründung des Bundes proletarisch-revolutionärer Schriftsteller Deutschlands, das am 4. November 1998 vom Verein »Helle Panke« Berlin durchgeführt wurde, gehalten.

schien, zeigt sein Gedicht »Doszablut«. Wegen des Abdrucks dieses, die Bauernrevolution von 1514 glorifizierenden Gedichts wurde die betreffende Nummer der Zeitschrift »Népszava« beschlagnahmt.

1914 gab Komját das ungeliebte Jurastudium auf und begann als Lohnkalkulator in den Tudor-Werken zu arbeiten, einem Zentrum proletarischer Kämpfe gegen den Krieg und später für die Revolution. 1915 schloß er sich dem (noch) anarchistisch geprägten Kreis um Otto Korvin an. Er und Irén begannen, für die von dem Arbeiterdichter Lajos Kossak herausgegebene Zeitschrift »A Tett« (Die Aktion) zu schreiben sowie für deren Nachfolgerin, die »Ma« (Heute). Komját veröffentlichte hier auch Gedichte. 1917 war er in der Anthologie »Ui Költök« (Neue Dichter) vertreten, stellte aber auch einen eigenen Band vor: »Kialtas« (Schrei).

Auf die Zeitschriften, für die er schrieb, aber auch auf ihn selbst begannen neue internationale Einflüsse wie Futurismus und Konstruktivismus zu wirken. Die stillen Töne der Jugendzeit verschwinden. Komját schreibt nun aktuell-agitatorische Verse, die wohl zur öffentlichen Rezitation bestimmt waren. Er verknüpft die Syntax, zertrümmert sie manchmal. Außer in Rußland war das Gefühl, am Ende einer Epoche zu stehen, wohl nirgends größer als in der österreichisch-ungarischen Monarchie. Revolution liegt in der Luft. Der Titel seines 1917 entstehenden Gedichts »Landschaft vor dem Sturm« ist auch der Titel eines gleichzeitig entstehenden expressionistisch-konstruktivistischen Gemäldes von Bela Uitz.

Er gehört zur Gruppe der »Aktivisten«, die die gegen den Krieg gerichtete revolutionäre Zeitschrift »Pesti Hírlap« herausgeben wollen, was die Kriegszensur jedoch verhindert. Die Aktivisten bringen ihre Artikel in Form von Flugblättern unter die Menschen.

1918 tritt Komját in die kommunistische Partei ein. 1919, in den Monaten der Räterepublik, ist er Mitglied des Schriftstellerdirektoriums. Er ist Mitherausgeber der theoretisch-wissenschaftlichen Zeitschrift »Internationale«, später Zentralorgan der KPU.

Auch während der Revolution verfaßte Komját Gedichte in futuristisch-konstruktivistischer Sprache, die Betroffenheit über den Strudel von Gewalt und Blut wiedergeben, in den die Menschheit geraten ist. Zugleich verliert er aber nicht die Zuversicht, daß aus dem »Chaos« eine neue gerechte »Ordnung« hervorgehen werde. Komjats Metaphern scheinen direkt der Arbeitswelt des Proletariats entlehnt: magnetische und leuchtende Metalle, Strahlenbündel. Seine Beziehungen zur zeitgenössischen Malerei, Grafik und Bildhauerei sind unübersehbar. Auch Komjats Bilder verdichten sich zu Kreis und Gerade. Die – manchmal im Wiegen – zur idealen Rundung umgeformte Linie wird Symbol für Ruhe und Erfüllung. Ausschwärmende magnetische Linien oder Strahlen, bzw. Ströme stehen für den historischen Aufbruch der Menschheit. Die ebenfalls im Expressionismus auftauchende Symbolik der Gestirne und Strahlen im All (z.B. bei Däubler) wird bei dem auch »kosmischer Dichter« genannten Komját zum Bild für die Revolution.

Zunächst glaubte er nicht an die endgültige Niederlage der Räterepublik und hielt sich noch monatelang in Ungarn versteckt. Schließlich flüchtete er nach Italien.

Norditalien, das ebenfalls von der Oktoberrevolution inspirierte Bewegungen hervorgebracht hatte, die für kurze Zeit auch Machtpositionen errangen, bot einem Teil der vorm weißen Terror geflohenen ungarischen Revolutionäre offizielles Asyl. Der von sozialistischen Gewerkschaften regierte Stadtrat von Bologna vermittelte Komját Arbeit in einer Lampenfabrik, seiner Frau Irén in einer Genossenschaft von Elektromonteuren.

Als »Spezialisten der Revolution« verschrien, wurden die Ungarn die ersten Opfer des faschistischen Terrors in Italien. Als Irén in einem noch von sozialistischem Personal gehaltenen Krankenhaus den ersten Sohn zur Welt brachte, saß Komját bereits im Gefängnis. Dort entstand das Gedicht »Gruß dem Geborenen«. Die kleine Familie wurde aber schließlich nach Österreich abgeschoben. 1923 ließ sie sich in Berlin nieder, wo ein zweiter Sohn geboren wurde.

Komját organisierte den ungarischen Emigrantenzirkel, arbeitete als Redakteur des Viva-Verlages (Vereinigung Internationaler Verlagsanstalten), der wissenschaftliche Literatur und Belletristik sozialistischen Charakters in verschiedenen Sprachen herausbrachte. Ab 1925 war er Mitherausgeber und Mitautor der »Internationalen Pressekorrespondenz« (Inprekorr), der Zeitschrift der Kommunistischen Internationale.

Die Exillyrik ist geprägt von der Niederlage der Räterepublik in Ungarn. Allerdings glaubt er, daß die von der Sowjetunion und der Internationale ausgehende revolutionäre Tätigkeit auch in Ungarn erneut eine Revolution ermöglichen werde. Nicht nur als Publizist, sondern auch als Dichter wurde Komját zum Chronisten seiner Exilländer. Das ins Deutsche übersetzte szenische Poem »Hamburgs Oktober« – das dem Aufstand von 1923 gewidmet war, wurde von Agit-Prop-Gruppen vor politisiertem Arbeiterpublikum aufgeführt. Auch jetzt enthält seine Lyrik expressive Wortschöpfungen und dialektales Material. Sie erreicht auf illegalen Flugblättern das faschistische Ungarn. Er wiederum legte eine Sammlung illegal entstandener und ins Ausland geschmuggelter Arbeitergedichte aus Ungarn an. Trotz dieser bewußten Nähe zur Sprache derer, mit denen er als Intellektueller kommunizieren wollte, blieb Komját der Avantgarde verbunden, was u.a. seine Begeisterung für Bertolt Brecht zeigte.

Eine wichtige Rolle spielte Komját auch im BPRS. Er setzte sich für eine vor allem tagespolitisch orientierte, propagandareiche Kultur ein, die dem Proletkult nahe stand. Eine gewisse thematische Einengung, manchmal Formelhaftigkeit war damals auch seiner Dichtung nicht fremd. Er hoffte, daß diese Art von Kultur nicht nur schnell von der Arbeiterklasse rezipiert, sondern bald auch schon produziert werden könne. So leitete er selbst Fachseminare für Arbeiterkorrespondenten. Zusammen mit Karl Biro – auch einem Exilungarn – verfaßte er 1931 einen Entwurf für eine Plattform des BPRS, die sich jedoch nicht durchsetzte. Vielmehr triumphierte 1931 die mehr auf hochkulturelle Vorbilder und das Bündnis mit Mittelschichten orientierende Position von Lukács.¹

Die Machtergreifung des deutschen Faschismus zwang Komját und seine Familie 1933 erneut in ein anderes Exil. Mit der »Inpre-

Siehe dazu: Irén Komját:
Die Geschichte der Inpre-
korr. Zeitung der Kommuni-
stischen Internationale
(1921-1939), Budapest
1982.

korr« siedelte er in die Schweiz über, wo sie aus konspirativen Gründen in »Rundschau« umbenannt wurde. 1935 kam er mit der »Rundschau« nach Paris, wo sie freilich nur in der Illegalität produziert werden konnte. Komját oblag auch die verantwortungsvolle Schleusentätigkeit für politische Flüchtlinge aus Ungarn.

Die Dichtung aus Komjats letzten Lebensjahren reichen an das Werk Attila Jozsefs heran. Neben aktuellen politischen Themen schreibt er auch Weltanschauungsgedichte. Verbitterung über das lange Warten, die vielen Niederlagen wird sichtbar, ohne daß er die Hoffnung aufgibt. Die Bilder dafür findet er in subtiler Naturbeobachtung: Sogar die Gräser kommen und vergehen, also muß doch der mit Willen und Bewußtsein begabte Mensch in der Lage sein, soziale Gerechtigkeit und Frieden herzustellen. Einige seiner letzten Dichtungen werden in der Internationalen Arbeiterbewegung populär wie der »Marsch der internationalen Brigaden«.

1937, im Alter von sechsundvierzig Jahren ereilte Komját ein plötzlicher Tod. Nachdem er am Abend mit Freunden Fisch gegessen hatte, quälten ihn die ganze Nacht über Nierenschmerzen. Als Irén am Morgen aus der Apotheke ein Schmerzmittel geholt hatte, fand sie ihren Mann tot vor. Ein Arzt konstatierte eine geplatze Niere.

Die Komintern publizierte einen ehrenvollen Nachruf.

Irén Komját engagierte sich in der französischen Résistance und ist 1945 nach Ungarn zurückgekehrt. Erst zu Beginn der fünfziger Jahre, erzählte sie, als es auch in Ungarn zu stalinistischen Prozessen und Morden an unschuldigen Parteimitgliedern kam, habe sie begriffen, daß auch ihr Mann Opfer einer »Säuberung« gewesen war.

1956, mit dem Machtantritt Janos Kadars, dessen Presseprecherin sie wurde, übernahm sie offizielle Funktionen. 1957 erschien ein fünfhundertseitiger repräsentativer Band, vor allem mit Gedichten Komjats.

1 Manfred Nössig, Johanna Rosenberg, Bärbel Schrader: Literaturdebatten in der Weimarer Republik, Berlin und Weimar 1980, S. 638ff. Siehe auch: Helga Gallas: Marxistische Literaturtheorie I, Neuwied, Berlin 1971, S. 56ff. Siehe auch: Jozsef Waldapfel: Aladár Komjats Platz in der ungarischen Literaturgeschichte. In: Acta Litteraria Ac.Sci. Hung.tom.III, Budapest 1960.

RICHARD SAAGE

Saint-Simons Utopie der Industriegesellschaft¹

I.

Als Claude Henri de Rouvroy, Comte de Saint-Simon (geb. 17. Oktober 1760 in Paris, gest. 19. Mai 1825 ebd.) im Jahr 1823 einen mißglückten Selbstmordversuch unternahm, ist – so die herrschende Meinung seiner Biographen – diese Verzweiflungstat auch auf die mangelnde Resonanz seiner Schriften zurückzuführen. Doch vermittelt durch seine zahlreichen Schüler, sollte sich bald nach seinem Tod diese Situation schlagartig verändern: Sowohl seine kritische Analyse der gesellschaftlichen Verhältnisse Frankreichs in der Frühphase des Industrialisierungsprozesses als auch seine Vision einer befriedeten Sozietät jenseits des Klassenkampfes wurde sowohl im linken wie im rechten Lager breit diskutiert.

Es waren die sogenannten Saint-Simonisten, allen voran Bazard und Enfantin, die den Ideen und Gesellschaftsentwürfen Saint-Simons eine eindeutige sozialistische Stoßrichtung verliehen.² Marx und Engels waren Bewunderer und Kritiker Saint-Simons zugleich: Einerseits lobte Engels seine »geniale Weite des Blicks« und seine Gesellschaftskritik, andererseits tadelte er ihn als Utopisten, dem »alle streng ökonomischen Gedanken fehlen«. Und Kautsky glaubte feststellen zu können, daß »namentlich der große Denker Saint-Simon« auf Marx gewirkt habe.³ Selbst die sozialkritische Literatur des 19. Jahrhunderts ließ sich von dem zeitdiagnostischen Paradigma Saint-Simons inspirieren, wie die Romane von George Sand, Victor Hugo oder Eugène Sue ebenso zeigen wie die Rezeption seines Werkes durch die literarische Bewegung des »Jungen Deutschland« (Heine, Gutzkow, Laube u.a.). Aber auch im liberalen und konservativen Spektrum wurde Saint-Simons Vision einer Industriegesellschaft jenseits des Klassenkampfes als Alternative zu einer revolutionären Umwälzung der bürgerlichen Gesellschaft reklamiert, wie sich bei Thierry und Comte ebenso nachweisen läßt wie bei John Stuart Mill, Lorenz von Stein, Rodbertus und Bismarck.⁴ Nicht nur in den zwanziger Jahren dieses Jahrhunderts kam es zur Entstehung des Neu-Saint-Simonismus, der den Klassenkampf durch Werksgemeinschaften, verbunden mit syndikalistischen Gedankengängen, zu verbinden suchte. Auch der technokratische Konservatismus in Deutschland nach 1945, beginnend mit Schelskys »Der Mensch in der wissenschaftlichen Zivilisation«⁵ und endend mit Forsthoffs »Der Staat der Industriegesellschaft«⁶, ist ohne den Rekurs auf das Werk Saint-Simons nicht zu denken.

Richard Saage – Jg.1941,
Politikwissenschaftler,
Professor an der
Martin-Luther-Universität
Halle-Wittenberg.

Daß Teile von Saint-Simons Werk innerhalb der klassengespaltenen europäischen Gesellschaften des 19. Jahrhunderts sowohl von den Wortführern des Industrieproletariats als auch von den Theoretikern der sozialen Stützkräfte der sich herausbildenden kapitalistischen Industriegesellschaft beerbt werden konnten, ist nicht zufällig: In gewisser Weise ist das Leben Saint-Simons⁷ ein Abbild der Zeit des Überganges vom Ancien Régime zur Französischen Revolution, der das erste Kaiserreich und die Restauration folgten: Wie die Epoche, von der es geprägt wurde und die es mitgeprägt hat, ist es selbst durch Widersprüche und Krisen gekennzeichnet. Einerseits rühmte er sich, aus einer der vornehmsten Adelsfamilien der Picardie zu stammen, die ihren Stammbaum auf Karl den Großen zurückführte. Andererseits legte er in der Französischen Revolution freiwillig alle seine Adelstitel nieder und wählte den bürgerlichen Namen Bonhomme. Zwar kämpfte er unter Lafayette und Washington im amerikanischen Unabhängigkeitskrieg und nahm für sich in Anspruch, einer der Gründer der amerikanischen Demokratie zu sein. Doch in seinen späteren Schriften optierte er für eine nur wenig verschleierte Diktatur der Technokraten und Industriemanager. Er bekannte sich zu den Ideen der Französischen Revolution. Aber diese Option hinderte ihn nicht daran, auf Kosten der Allgemeinheit im großen Stil Nationalgüter aufzukaufen, um sich persönlich zu bereichern. Seinem Engagement für das verelendete Industrieproletariat steht seine Vergnügungssucht als Lebemann gegenüber, der ein beträchtliches Vermögen verschleuderte, so daß er seit 1805 in bitterster Armut lebte: Er mußte sich von einem ehemaligen Diener aushalten lassen. Gemessen an den technischen Möglichkeiten seiner Zeit trat Saint-Simon als gigantomanischer Projektentwickler hervor, der die Zusammenführung der Ozeane in Mittelamerika durch einen Kanal ebenso anstrebte wie den Bau einer Wasserstraße, die Madrid mit dem Meer verbinden sollte. Aber dieser technokratische Größenwahn kontrastierte mit der Unfähigkeit, die Probleme seines Alltagslebens, einschließlich ihrer finanziellen Aspekte, zu meistern und ein Leben in geordneten Bahnen zu führen.

Wie immer man zu Saint-Simons Lebensweg und seinen Aspirationen auch stehen mag: Sie machten ihn, wie es scheint, zum Seismographen und utopischen Visionär einer durch gewaltige Umbrüche erschütterten Epoche, die sowohl in seiner Zeitkritik als auch in seinen Versuchen, eine Alternative zu der sozio-politischen und kulturellen Krise seiner Zeit zu entwickeln, Spuren hinterließen. Wenn es eine Kontinuität bzw. Stetigkeit in Saint-Simons Biographie gibt, dann ist es in der Tat die Obsession, aus den Trümmern einer zerrütteten Gesellschaft einer neuen Gesellschaftsformation zum Durchbruch zu verhelfen. Doch worin sieht er die Ursache des katastrophalen Befundes, »daß der politische Organismus krank, seine Krankheit schwer und gefährlich ist« (237f.)?. Nicht nur in seiner Schrift »Die nationale oder industrielle Partei im Vergleich mit der antinationalen Partei« legt er seiner Zeitdiagnose eine dichotomische Gesellschaftsstruktur zugrunde, wenn er – einen alten Topos der utopischen Literatur seit Morus aufgreifend – die Existenz einer ausbeuterischen Oberschicht ins Zentrum

seiner Sozialkritik rückt, der er die eigentlich produktive Klasse der »Fabrikanten« und der »Arbeiter«, aber auch der Wissenschaftler sowie der Mitglieder aller »produktiver« Berufe konfrontiert (257ff).

Um die »Müßiggänger« (oisifs), die »Hornissen« (frélons), die »Blutsauger der Nation« (sang sue de la nation) und die Leute der »antinationalen Partei« (parti antinational) soziologisch zu kennzeichnen, nennt er so die Adligen, die an der Wiederherstellung des Ancien Régime arbeiten; den Klerus, der behauptet, die Moral bestehe im blinden Glauben an die Entscheidungen des Papstes und des Priestertums; die Grundeigentümer, die das Leben des Adels führten und sich dem Müßiggang hingäben; die Richter, die eine willkürliche Justiz praktizierten sowie die Militärs, die sie stützten (262f). Verlöre Frankreich jene 30 000 Personen, die die wichtigsten Ämter innehätten, so erwüchse aus diesem Verlust kein politisches Unglück für den Staat. Im Gegenteil: Die Bischöfe, die Marschälle Frankreichs, die Präfekten und die müßigen Eigentümer versagten den Unternehmern, Arbeitern, Gelehrten, Künstlern und Gewerbetreibenden nicht nur die ihnen gebührende Anerkennung. Sie verschleuderten darüber hinaus ihre Geldmittel ohne unmittelbaren Nutzen für die Wissenschaften, die schönen Künste und die »Industrie« (270).

Wollte man Saint-Simons Zeitdiagnose auf eine kurze Formel bringen, so ließe sich sagen, »daß die gegenwärtige Gesellschaft wahrhaft eine verdrehte Welt darstellt« (que la société actuelle est véritablement la monde renversé) (273f): Jene, die die öffentlichen Angelegenheiten leiteten, hätten es nötig, selber geleitet zu werden, während diejenigen, die auf Grund ihrer Kompetenz zum Regieren prädestiniert seien, sich einem unfähigen Régime unterwerfen müßten (395). Immer wieder weist Saint-Simon auf die Diskrepanz zwischen der gesellschaftlichen Macht der industriellen Klasse (Fabrikanten, Arbeiter, Künstler, Wissenschaftler) einerseits und ihrer politischen Ohnmacht andererseits hin: Obgleich ihre Bedürfnisse längst von der »Industrie« abhängig seien, kontrolliere dennoch eine von produktiver Arbeit entlastete Oberschicht das politische System und die gesamtgesellschaftlichen Wertemuster (245). Während Unwissenheit, Aberglaube, Faulheit und die Vorliebe für kostspielige Vergnügungen das Verhalten der Herrschenden charakterisiere, müßten sich die fähigen, sparsamen und arbeitseifrigen Leute mit einer untergeordneten Stellung und dem Status eines Werkzeugs abfinden (273). Der Antagonismus der zeitgenössischen Gesellschaft, so der oft variierte Befund Saint-Simons, bestehe darin, daß eine im wesentlichen industrielle Nation eine im wesentlichen feudale Regierung bzw. politisch herrschende Klasse besitze. Die Folge dieses Widerspruchs sei der gesellschaftliche Konflikt in Permanenz: »Jede Gesellschaft, mag sie noch so klein oder groß sein, in der zwei antagonistische Prinzipien gelten, befindet sich gegenwärtig in einem Zustand der Unruhe« (351).

Diese Unruhe ist Saint-Simon zufolge auf ein gefährliches institutionelles Vakuum der nachrevolutionären Epoche zurückzuführen. Zwar bestreitet er nicht, daß die Umwälzung der französischen Gesellschaft durch die große Revolution von 1789 ein historischer

Fortschritt gewesen sei. Auch betont er das historische Recht der Enzyklopädisten, den entscheidenden Schlag »gegen alle eingewurzelten Vorurteile wie gegen alle beschworenen Irrtümer« geführt zu haben, »welche die alte Ordnung stützten« (173). Aber diese Kritik schlage in Selbstdestruktion um, wenn die Aufklärung nicht positiv werde und einen konstruktiv-organisierenden Charakter annehme. Da die Revolution sich in der Zerstörung des Ancien Régime erschöpft habe, könne die Zerrüttung der ganzen Gesellschaft nur dann abgewendet werden, wenn die nachrevolutionäre politische Ordnung für Institutionen Sorge, die dem gesellschaftlichen Entwicklungsstand entsprächen (134).

Es ist die These vertreten worden, daß Saint-Simon sein institutionelles Ordnungsmuster, das er mit den chaotischen Zuständen der zeitgenössischen Gesellschaft konfrontiert, reaktionären Denkern wie de Maistre und Bonald entlehnt habe.⁸ Doch Saint-Simon betonte immer wieder, daß deren Versuche, die Wirren der Revolution mit der Rückkehr zur Hierarchie der katholischen Kirche und des Feudalsystems zu beenden, Irrwege seien: Die Rettung liege nicht in der Vergangenheit, sondern in den Strukturen der Zukunft (153f). So gesehen näherte er sich eher dem utopischen Gesellschaftsideal an, das, durch Homogenität und Konfliktfreiheit im Rahmen starker Institutionen charakterisiert (158f,163), in Übereinstimmung mit dem fortgeschrittensten Stand der wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung ohne historische Präzedenzen ist.

II.

Wie muß nun aber die Sphäre der gesellschaftlichen Reproduktion und des politischen Systems beschaffen sein, »um eine ruhige und dauerhafte Ordnung der Dinge wieder herzustellen« (394)? Ganz ähnlich wie Bacon und Mercier vollzog auch Saint-Simon eine entschiedene Abkehr von dem oft vertretenen Topos der Sozialutopien seit Morus, wonach die optimale materielle Grundlage der sozio-politischen Ordnung des »besten« Gemeinwesens das kommunistische Gemeineigentum sei. Er ließ keinen Zweifel daran, daß die »Begründung des Eigentums und der Verfügungen, die seine Anerkennung erzwingen, (...) die einzige Grundlage sind, die einer Gesellschaft in politischer Hinsicht gegeben werden kann« (236). Aus dieser Prämisse folgt für Saint-Simon zwingend, daß neben der Unantastbarkeit des individuellen Erbrechts »die freie wirtschaftliche Verkehrsfähigkeit aller Güter und damit auch uneingeschränkte Freiheit in der Eigentumsübertragung« ebenso unverzichtbar ist wie »die volle Verfügungsgewalt des nicht besitzenden Individuums über den Ertrag seiner Arbeit zum Zweck des Erwerbs von Eigentum«.⁹

Allerdings nähert sich Saint-Simon der utopischen Tradition wieder, wenn er die Verfügung über Privateigentum in zwei bedeutsamen Aspekten einschränkt:

1. Für ihn ist zwar charakteristisch, daß die Steigerung der Produktivität der Arbeit die Verfügung über Privateigentum voraussetzt. Diese Korrelation wirkt jedoch auf das Privateigentum selber zurück: Es ist legitim nur, wenn es im Sinne der Produktionssteigerung verwandt wird. Aus eben diesem Grund ist für ihn das

Prinzip »Achtung vor der Produktion und dem Produzenten viel fruchtbarer als das Prinzip Achtung vor dem Eigentum und den Eigentümern« (202).

2. Saint-Simon versah die Verfügung über Privateigentum mit dem Korrektiv ihrer Sozialpflichtigkeit. Der Gesetzgeber könne von seiner Kompetenz der Festlegung, wie erworbenes Eigentum zu nutzen sei, Gebrauch machen, wann immer er es für angemessen halte. Das individuelle Eigentumsrecht sei bei seiner Ausübung »nur auf dem gemeinsamen und allgemeinen Nutzen« gegründet, »der der jeweiligen Zeit entsprechend verschieden sein kann« (237). Besonders in seiner Altersschrift *Neues Christentum* gewinnt die Sozialpflichtigkeit des Privateigentums immer mehr an Bedeutung: Es scheint, als ob Saint-Simon am Ende seines Lebens das gesamte Wirtschaftssystem seines idealen Gemeinwesens in den Dienst eines einzigen Zweckes zu stellen suchte: Der »Verbesserung des Loses der armen Klassen«, d.h. des Industrieproletariats (431).

Andererseits steht außer Frage, daß Saint-Simon die Sphäre der Produktion, Distribution und Konsumtion in ähnlicher Weise organisiert sehen wollte, wie es dem Popularisator der politischen Ökonomie Adam Smith' in Frankreich, Jean Baptiste Say (1767- 1823), vorschwebte. Says Werk enthalte alles, »was die politische Ökonomie bisher entdeckt und bewiesen hat; sie bildet gegenwärtig das non plus ultra dieser Wissenschaft in Europa« (201). Was Saint-Simon an Says Volkswirtschaftslehre lediglich kritisiert, ist, daß er bei der Trennung von Politik und politischer Ökonomie stehen geblieben sei; in Wirklichkeit bilde »die politische Ökonomie die wahre und einzige Grundlage der Politik« (201). Die Folgen dieser Option liegen auf der Hand: Auch wenn Saint-Simon es nicht im Detail ausführt, läuft seine Sozialutopie auf das Modell einer weitgehend staatsfreien, auf der Verfügung über Privateigentum basierenden Marktökonomie hinaus, die sich selbst reguliert. Vereinfacht ausgedrückt, kann sie durch drei Strukturmerkmale charakterisiert werden.

Zunächst ist der freie Wettbewerb auf dem Markt garantiert, d.h. die Hersteller der Waren können die Produkte ihrer verschiedenen Arbeiten unmittelbar und in voller Freiheit unter sich austauschen. Die Gesellschaft ist die einzige Instanz, die weiß, »was ihr zuträglich ist, was sie will und was sie vorzieht« (197). Der Markt erscheint mithin als der einzige Richter über Wert und Nützlichkeit aller Waren: Also kann der Produzent nur vom Konsumenten den Lohn seiner Arbeit und die Vergütung für seine Dienste erwarten (ebd.). Diese Prämisse bedeutet zugleich, daß die Macht des einzelnen Marktteilnehmers nicht als Herrschaft über andere Warenbesitzer wirksam werden kann: Sie bleibt mithin der gewaltlosen und anonymen Entscheidung des Marktes unterworfen, die sich autonom aus dem Tauschprozeß ergibt. Bei Saint-Simon finden sich denn auch keine außerökonomischen Instanzen, die in das Wirtschaftsleben intervenieren wie die Bürokratie der Aufseher, die staatlichen Magazine und Verteilungsinstanzen etc., die für die älteren Utopien so charakteristisch sind. Arbeiten zur Verbesserung der Infrastruktur wie die Kultivierung von Brachland, das Trocken-

legen von Sümpfen, der Bau von Straßen, Brücken und Kanälen, die Bewässerung von Trockengebieten etc. ist Sache der Unternehmer, die die notwendigen Kapitalien bereit stellen. Der Staat überläßt ihnen die aus diesen Projekten erwachsenden Gewinne und begnügt sich mit der Steuervermehrung, die sich zwangsläufig aus dem Wachstum der Wirtschaft ergibt (321).

Sodann ist das sogenannte Saysche Gesetz in Kraft, d.h. bei vollständiger Mobilität von Produkten, Produzenten und Kapital gleichen sich Angebot und Nachfrage stets aus. Dadurch sind nicht nur die Kapazitäten voll ausgelastet und die Arbeitsreserven vollständig ausgeschöpft, sondern das System funktioniert im Prinzip krisenfrei. Dem liegt der liberale Glaube zugrunde, daß bei konsequenter Privatisierung die Gesellschaft einen »ordre naturel« naturwüchsig aus sich hervortreibt, der alle Konflikte zum Wohle aller auf rationale Weise auflöst.

Und schließlich war Saint-Simon davon überzeugt, daß in seinem System der Produktion, Distribution und Konsumtion der Konflikt zwischen Kapital und Arbeit keine Rolle spielen würde. Der gesellschaftlich produzierte Reichtum nehme ein solches Ausmaß an, daß eine Interessendiskrepanz zwischen Besitzern und Nichtbesitzern von Produktionsmitteln keine Rolle mehr spiele. Gewinner der Produktionssteigerung sind, so Saint-Simon, sowohl Arbeiter als auch Unternehmer: Die Industriellen mehren ihren Reichtum und die Proletarier gelangen zu Arbeit und folglich zu Wohlstand (322). Bis in die Gegenwart habe man die Arbeiter nur durch Gewalt beherrscht, um sie an der Störung der gesellschaftlichen Ordnung zu hindern. Wäre die Hälfte der Gelder, so Saint-Simon, die für diese repressiven Maßnahmen benötigt wurden, zur Steigerung des gesellschaftlichen Reichtums produktiv verwendet worden, so befänden sich die Arbeiter längst im Lager der Regierung.

Allerdings vollzieht Saint-Simon insofern eine Annäherung an die ältere Utopietradition, als er gelegentlich den »ordnenden« Kräften des Marktes mißtraut. Offenbar wollte er deren Dynamik durch planifikatorische Instrumentarien bremsen. In seiner Schrift »Über die Bourbonen und die Stuarts« jedenfalls sieht er eine zentrale Aufgabe seines neuen Systems darin, »einen so klug wie möglich durchdachten genauen Plan der durch die Gesellschaft zu leistenden Arbeiten aufzustellen, um die gesellschaftliche und die individuelle Existenz aller ihrer Mitglieder zu verbessern« (332). Zwar resultiert seine neue Gesellschaftsordnung nicht aus dem Verfassungsentwurf eines weisen Gründungsvaters, wie das in der »Utopia« des Thomas Morus der Fall ist. Doch teilte Saint-Simon offenbar die utopische Prämisse der Planbarkeit der gesellschaftlichen Prozesse: Sie ist bei ihm das Resultat wissenschaftlicher Überlegungen. Zunächst müßten die Tatsachen ausgewählt werden, die der politischen Wissenschaft als Grundlage dienen sollen. Dann seien diese Tatsachen miteinander in Einklang zu bringen und durch eine allgemeine Konzeption zu verbinden. Und schließlich könne aus der Untersuchung dieser Tatsachen der Plan abgeleitet werden, der die Interessen der verschiedenen für die Gesellschaft nützlichen Klassen gut miteinander verbindet (293).

Den aus dem Markt und seiner planifikatorischen Korrektur folgenden Befriedigungseffekt stützte Saint-Simon auf drei zusätzliche Argumente:

1. Wie die meisten seiner Vorgänger innerhalb der Tradition des utopischen Denkens seit Morus setzte Saint-Simon auf die Anwendung der Naturwissenschaft als Technik, um den gesellschaftlichen Reichtum zu vermehren: Sie ist zu diesem Zweck stets auf die »Industrie« bezogen. Nicht selten lobte er England, in dem die Wissenschaften ihren höchsten Stand erreicht hätten. Die gebildeten Engländer achteten ihre Gelehrten mehr als ihre Könige. Jedermann könne lesen und schreiben. Von den Konsequenzen dieses hohen Wissenschafts- und Bildungsniveaus profitiere jedermann: So verzehrten die Arbeiter in den Städten und sogar auf den Feldern jeden Tag Fleisch (18). Umstandslos setzte Saint-Simon den Fortschritt der Wissenschaft mit dem des Glücks des Menschen gleich (41). Es gebe nur ein Interesse, das allen Menschen gemeinsam sei: das Interesse am wissenschaftlich-technischen Fortschritt (24). Aus diesem Grund zählte Saint-Simon alle Gelehrten, die sich dem Studium der Naturwissenschaften widmen, zur Speerspitze der gesellschaftlichen Entwicklung, weil sie durch »ihre Entdeckungen (...) entscheidend zur Verbesserung der von Handwerkern angewandten Verfahren bei(tragen) und (...) oft neue Produktionen ins Leben (rufen)« (262). In dem Augenblick, da die Nation unter anderem ihre besten Physiker, Chemiker, Physiologen etc. verlöre, »würde sie zu einem Körper ohne Seele werden, den anderen Nationen gegenüber, mit denen sie heute rivalisiert, alsbald unterlegen sein und so lange unterlegen bleiben, als sie diesen Verlust nicht wieder gutgemacht hätte« und »ihr nicht wieder ein neuer Kopf gewachsen wäre« (269 f.).

2. Auch in Saint-Simons idealer Gesellschaft gilt das strenge Verdikt des Müßigganges. Er ist als die Ursache aller Laster und Räuberereien stigmatisiert. Selbst die Wohltätigkeit sei nur ein schlechter Ersatz für Arbeit, weil sie die Armen ungenügend ernährt (416). Noch wichtiger aber ist, daß in seiner idealen Gesellschaft eine ausschließlich konsumierende Oberschicht nicht mehr existiert. Zwar ernähren die Armen weiterhin die Wohlhabenden durch ihre Arbeit. Doch wird von den Reichen erwartet, daß sie ihre Muße nutzen, um sich durch wissenschaftliche und künstlerische Leistungen auszuzeichnen (25). Erfüllen sie diese Erwartungen nicht, werden sie zur körperlichen Arbeit verpflichtet (34). Tatsächlich besteht eine der wenigen Funktionen der Regierung darin, die Arbeitenden »vor unproduktivem Handeln der Nichtstuer zu bewahren« (222). Bedenken, seine Vision einer Gesellschaft, in der »sich alle wie Arbeiter in einer gemeinsamen Werkstatt ansehen« (32), könne an Arbeitsmangel scheitern, sind ihm nie gekommen: Er ging wie Say von der Erwartung aus, die Unternehmen expandierten in einem Umfang, »daß die Menge der Arbeit, die von den Männern des Volkes geleistet wird, den größtmöglichen Zuwachs erfährt« (299).

3. Allerdings unterscheidet sich Saint-Simon in der Frage der materiellen Bedürfnisbefriedigung grundsätzlich von seinen Vorgängern innerhalb der Tradition der Sozialutopie seit Morus. Die älteren Utopisten sahen zwar in der Abschaffung des materiellen

Elends eine zentrale Funktion ihrer idealen Gemeinwesen. Doch zugleich legten sie die einzelnen auf ihre sogenannten »natürlichen« Bedürfnisse fest: Sie zu befriedigen, nicht aber neue zu wecken, war das Ziel allen Wirtschaftens. Es ist von zentraler Bedeutung, daß Saint-Simon mit dieser Ethik des Verzichts bricht. Er glaube, »daß die Menschen in dem Land, wo sie sich am besten nähren, am besten wohnen, am besten kleiden und am leichtesten reisen können, das Land ist, wo sie in materieller Hinsicht am glücklichsten sind« (317). Die älteren Utopisten froren den Lebensstandard der einzelnen auf ein bestimmtes Niveau ein: Insofern hatte es die Wirtschaft mit einer konstanten und überschaubaren Nachfrage zu tun. Saint-Simon dagegen verfährt unter dem Einfluß der klassischen Ökonomie umgekehrt: Er wertet den Konsum positiv auf, weil er in ihm eine wichtige Stimulanz erweiterter Produktion sieht. Die wirtschaftsfreundliche Konsequenz besteht ihm zufolge darin, daß sich die Fabrikations- und Handelstätigkeit in einem solchen Ausmaß erhöht, wie selbst England es nicht kennt (323): Gute Ernährung, Kleidung und der Genuß der Freuden des Lebens sind also Indikatoren eines materiellen Glücks, dessen Steigerung in der Form des Wirtschaftswachstums allen Klassen der Gesellschaft zugute kommt.

Den durch die Industrielle Revolution erzeugten gesellschaftlichen Reichtum vorwegnehmend, der ohne historisches Beispiel war, stellte Saint-Simons Aufwertung des Hedonismus der Massen ohne Frage ein neues Element in der Tradition der Sozialutopie seit Morus dar, das für den utopischen Diskurs des 19. und frühen 20. Jahrhunderts wahrhaft schulemachend geworden ist.

III.

Wie ist nun das politische System zu charakterisieren, das sich über die Sphäre der Wirtschaft erhebt? In den Utopien der Renaissance und der Aufklärung war die entscheidende dem politischen System im engeren Sinne vorgelagerte Integrationsinstanz die Regelung der Geschlechterbeziehungen. Deren Kommentierung als zentrales Element seines politischen Systems sucht man bei Saint-Simon vergebens: Den gleichsam vopolitischen Integrationseffekt, der die einzelnen in das Ganze der Gesellschaft einbindet, erwartete er vielmehr von der Wohlstandsperspektive eines jeden einzelnen und der Selbstdisziplin, die die Erzeugung des gesellschaftlichen Reichtums ihm abverlangt. Die in die Produktion hineingetragene Arbeitsteilung, so stellt er fest, habe »die Menschen fest miteinander verbunden. Die Dinge sind so weit gediehen, daß jeder von seinen Nachbarn abhängig ist« (333). Da jedermann die Erfüllung seiner Wohlstandserwartungen und die Mittel zu deren Befriedigung, nämlich die Steigerung der Produktivität der Arbeit, anstrebe, »übt die Masse der Bevölkerung einen Druck aus, der fast schon ausreicht, eine gesellschaftsfeindliche Minderheit im Zaume zu halten« (286). Unter der Voraussetzung, daß die Bürger das größte Maß an Freiheit genießen, das mit dem gegebenen Stand der Gesellschaft vereinbar erscheint, könne die Aufrechterhaltung der Ordnung »ohne weiteres fast gänzlich zu einer Gesamtverpflichtung aller Bürger werden (...), um entweder Störenfriede in

Schranken zu halten oder Streitigkeiten zu entscheiden« (285).

Die durch Wissenschaft und Technik vorangetriebene Steigerung der wirtschaftlichen Produktivität, so müssen wir Saint-Simon interpretieren, bewirkt die Selbstintegration des idealen Industriesystems der Zukunft. Im einzelnen zeichnet sich dessen politisches System durch folgende Strukturmerkmale aus:

1. Die Regierung ist keine Befehlsinstanz mehr; sie fungiert vielmehr als Beauftragter, als Geschäftsträger der Gesellschaft. Umgekehrt gehorchen deren Mitglieder nicht mehr dem Willen staatlicher Hoheitsträger; vielmehr geht jeder einzelne von der Überzeugung aus, »mittels der Wissenschaften, der schönen Künste und der Gewerbe« (282) wachsenden Wohlstand zu erarbeiten. Dies vorausgesetzt, wird die Richtung, in der sich die Gesellschaft bewegen soll, »durch den ganzen gesellschaftlichen Organismus« (ebd.) bestimmt. Die Regierung richtet ihre Aktivitäten ausschließlich darauf, »Sicherheit und Freiheit der Produktion zu gewährleisten« (222).

2. Saint-Simon weiß sich mit Adam Smith einig, daß das Budget einer Nation, die frei und reich sein möchte, nach denselben Grundsätzen zu gestalten ist wie das Privatbudget einer beliebigen Industriefirma. Das einzig sinnvolle Ziel einer Nation könne nur darin bestehen, »soviel wie möglich und mit möglichst geringen Verwaltungskosten zu produzieren« (248). Der Wegfall eines aufwendigen Gewaltapparates und einer gigantischen Wirtschaftsbürokratie hat zur Folge, daß die Regierung mit wenig Geld und Macht jedes Ziel erreichen kann (199).

3. Politik verselbständigt sich vollkommen vom Willen der Menschen. Jede Entscheidung von Belang kann nur das Ergebnis wissenschaftlicher Beweisführung sein. Die Funktionsträger des politischen Systems spielen nur noch eine untergeordnete Rolle. Ihre Tätigkeit, so wichtig sie auch sein mag, kann lediglich darin bestehen, »sich in einer nicht von ihnen bestimmten Richtung zu bewegen« (282). Da in diesem System alle Problemlagen auf die Steigerung der Produktion bezogen und zugleich einer wissenschaftlichen Beantwortung zugänglich sind, herrschen nicht mehr Menschen, sondern Prinzipien: Ihre Erörterung und Durchsetzung ist Sache der einschlägigen Experten (283).

4. Das klassische Prinzip der Volkssouveränität gehört der Vergangenheit an; für Saint-Simon ist sie nichts weiter als ein »durch die Volksmenge zum Gesetz erklärte Willkürmeinung«. Die Gesellschaft als Gesamtheit verwirklicht ihre Selbstbestimmung dadurch, daß sie sich mit einem »aus der Natur der Dinge selbst abgeleiteten Prinzip« identifiziert, »dessen Richtigkeit die Menschen nur anerkennen und dessen Notwendigkeit sie verkünden« (282).

Daß Saint-Simon in der Tat wenig Vertrauen in die politische Demokratie setzte, wird klar, wenn man sich der Institutionalisierung des politischen Willensbildungsprozesses in seiner idealen Industriegesellschaft zuwendet. Sein politisches System sieht drei Gremien vor: In der ersten Kammer stellen die Ingenieure und Techniker ihre Erfindungen und Innovationen vor. In der zweiten Kammer überprüfen Wissenschaftler diese technischen Projekte auf ihre Tauglichkeit. Und in der dritten Kammer schließlich setzen die

führenden Wirtschaftskapitäne als Deputierte die Gesamtinteressen der industriellen Klasse, also der Manager und der Arbeiter gleichermaßen, gesamtgesellschaftlich durch.¹⁰ Es ist klar, daß eine solche Exekutive von einer Diktatur der führenden Unternehmer kaum zu unterscheiden ist, auch wenn sie nicht willkürlich handeln, sondern nur jene sozio-technischen »Sachzwänge« exekutieren, die für die maximale Steigerung der gesellschaftlichen Reichtums angeblich notwendig sind.

Zugleich liegt die Analogie zu der Struktur der politischen Elite in der klassischen Utopietradition auf der Hand. Zwar war Platons politische Kaste der Philosophen zur Eigentumslosigkeit verpflichtet. Doch sieht man einmal von dieser Differenz ab, so geht bei Saint-Simon die ausschließliche politische Entscheidungskompetenz von ihnen auf die innovativen Industriekapitäne über: Wie diese, so legitimieren sich jene durch ihre dem Gemeinwohl verpflichtete geistige Überlegenheit; sie machen die Leiter der Industriearbeit zu geborenen Schutzherrn der Arbeiterschaft (373). Noch in einer anderen Hinsicht ähnelt das Konzept der politischen Klasse bei Saint-Simon dem Elitemuster der klassischen Utopietradition, das bekanntlich nach unten hin offen war. Gegenüber der Betonung der »harten« Strukturen der hierarchisierten Arbeitswelt in der neuen Gesellschaft Saint-Simons ist nämlich hervorzuheben, daß sie in Wirklichkeit eine beträchtliche Durchlässigkeit erkennen lassen: Wie schon gezeigt, wird bei Versagen den von körperlicher Arbeit entlasteten Mitgliedern der Elite körperliche Arbeit zugemutet (34). Zudem ist die jeweilige »Härte« der Hierarchie der Arbeit abhängig vom Grad der Aufgeklärtheit der großen Masse der arbeitenden Bevölkerung. Ausdrücklich sieht Saint-Simon die Möglichkeit vor, daß in dem Maße, wie die Arbeiter gebildeter werden, die Intensität der »über sie von den Reichen ausgeübten Herrschaft« (23) verringert werden könnte. Auch verbindet er mit der Kommandogewalt der Unternehmer das strenge Verdikt ihrer Abkapselung nach »unten«: »Ich mußte den Künstlern, Gelehrten und Leitern industrieller Arbeiter zu verstehen geben, daß sie im wesentlichen die gleichen Interessen wie die Masse des Volkes haben, daß sie der Klasse der Werk tätigen angehören und gleichzeitig deren natürliche Leiter sind, daß das Lob der Volksmassen für die ihr geleisteten Dienste die einzige ihrer ehrenvollen Arbeit würdige Belohnung ist« (448).

IV.

Abschließend bleibt zu fragen, wie sich Saint-Simon die Verwirklichung seines utopischen Entwurfes einer konfliktfreien Industriegesellschaft vorstellte. Daß dessen Realisierbarkeit für ihn außer Frage stand, kann nicht bezweifelt werden. Seine utopische Projektion ging von der Erwartung aus, daß »die Herrschaft der Vernunft« näher rückt: »Jeder intelligente Mensch, der sich einerseits der Vergangenheit zuwendet und andererseits in die Zukunft schaut, ist sich dessen gewiß« (10). Dieser Selbstevidenz des Verwirklichungsanspruches seiner Sozialutopie lag eine geschichtsphilosophische Konzeption zugrunde, die eindeutig in der Tradition der Zeitutopie liegt, wie sie in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts von Utopisten der Aufklärung wie Morelly und Mercier ver-

treten wurde. Das in die Zukunft verlegte utopische Gemeinwesen sei mit der Gegenwart durch eine weltgeschichtliche Teleologie verbunden, die die Menschheit »ungefährdet auf eine Stufe höherer Abstraktion« aufsteigen lasse (10). Die Phantasie der Dichter habe das goldene Zeitalter in die Kindheit des Menschengeschlechts verlegt, in die frühe Zeit der Unwissenheit und Roheit. Doch »das goldene Zeitalter des Menschengeschlechts«, so stellte er programmatisch fest, »liegt nicht hinter uns, es liegt vor uns: Es liegt in der Vervollkommnung der gesellschaftlichen Ordnung« (193f).

Es ist zu Recht darauf hingewiesen worden, daß die geschichtsphilosophische Fortschrittsperspektive bei Saint-Simon nicht »in systematischer Weise in das System der gesamten Philosophie eingebunden wurde«¹¹: ein Schritt, den erst Auguste Comte durch die Entwicklung seines »Dreistadiengesetzes« vollzogen hat. Aber immerhin lassen die Texte Saint-Simons ein Fortschrittmuster erkennen, das drei Stufen der Erkenntnis vorsieht, und zwar in Gestalt des mythologisch-religiösen, des metaphysischen und des positiven Wissens. In allen krisenfreien Epochen haben die Schichten und Klassen, die ihre Interessen mit jeweils einer dieser drei hegemonialen Wissensvarianten verbinden, zugleich auch den Primat der Politik inne. Eben in dieser Übereinstimmung sah Saint-Simon das Signum eines »positiven Zeitalters«: Sie geraten in eine Krise erst dann, wenn diejenigen, die Träger des jeweils fortgeschrittensten Wissens sind, von gesellschaftlichen Interessenlagen dominiert werden, die zu ihrer Rechtfertigung nichts anderes anführen können als Geburtsrechte und überholte Traditionsbestände. Von der massiven Kritik der aufstrebenden intellektuellen Eliten erschüttert und von sozialen und politischen Kämpfen begleitet, brechen die alten Institutionen für immer zusammen und werden von den Organisationen der neuen Gesellschaft ersetzt (198): eine Entwicklung, die nach dem Mittelalter und der Frühen Neuzeit ihren Endpunkt in der auf dem naturwissenschaftlich-technischen Wissen beruhenden industriellen Gesellschaft erreicht hat: Deren Vollen- dung setzte er gleich mit dem Ende der Geschichte überhaupt (252).

Wir gehen sicherlich nicht fehl in der Annahme, daß diese historische Teleologie sich keineswegs im Selbstlauf vollendet. Das Gegenteil ist der Fall: Die Fortschrittsperspektive dient vor allem dem Nachweis, daß die gesellschaftlichen Verhältnisse wandelbar sind, sofern eine angemessene Praxis auf sie einwirkt und ihre Zielsetzung klar ist. Doch setzte Saint-Simon auf eine Reform von »unten« oder von »oben«? Welche Mittel empfahl er, um die Hindernisse auf dem Weg zu seiner idealen Gesellschaft zu entfernen? Es liegt gleichsam in der Logik seines Ansatzes, daß seine Transformationsperspektive gradualistisch und legalistisch ist. Unter allen Mitteln, der Industriegesellschaft zum Durchbruch zu verhelfen, sei der gewaltsame Aufstand die unzulänglichste Methode, weil sie zu den Interessen der Industrie im völligen Gegensatz stehe: Jede Anwendung von Gewalt sistiere den Fortschritt, weil kein Eigentum so leicht zu zerstören sei wie das industrielle (251). Umgekehrt könne aus einer Bewegung kein Chaos und soziale Erschütterungen folgen, die von den hervorragendsten Wissenschaftlern und Industriellen geleitet werde, weil die Aufrechterhaltung der Ordnung

die entscheidende Voraussetzung ihrer Arbeit sei (391 f.). Auch warnte er davor, vorhandene Moraleinrichtungen, wie z.B. die der Kirche, zu zerstören, wenn man nicht in der Lage sei, an ihrer Stelle neue Ideen zu institutionalisieren. Die Französische Revolution habe gezeigt, daß man trotz exzessiver Gewaltanwendung wieder zum Ausgangspunkt zurückgekehrt sei (225).

Mit dieser desillusionierten Feststellung eines ehemaligen Revolutionärs ist aber zugleich auch über die Richtung des Refomprozesses entschieden: Er könne nur dann gelingen, wenn die Inhaber der gesellschaftlichen Macht sich selbst an dessen Spitze setzen. In der Öffentlichkeit des wissenschaftlichen und politischen Diskurses, so hoffte er, würde sich die selbstevidente Überlegenheit des neuen Systems Regierenden wie Regierten mitteilen, sobald deren Prinzipien mit hinreichender Klarheit jedermann vor Augen geführt sind (296). Kläre sich dergestalt die industrielle Klasse im weitesten Sinn, die 24/25 der gesamten Nation umfaßt, selbst über ihre wahren Interessen auf, so beherrschte sie die öffentliche Meinung und keine Kraft könnte ihr widerstehen (355). Andererseits war er sich darüber im klaren, daß die »Industriellen« nur dann ihre soziale Heterogenität überwinden und zu einer politischen Kraft werden können, wenn sie sich in der Übergangsphase eine Organisation aufbauen, die die Bevölkerung für ihre Ziele mobilisiert. Hätten sich die Produzenten erst einmal in einer solchen mehrheitsfähigen Partei organisiert, so werde es nur noch eine Frage der Zeit sein, bis der Systemwechsel vollzogen sei (257ff).

Gewiß ist der Realismus dieser Transformationsstrategie ebenso anfechtbar wie das utopische Befriedungsmodell seiner harmonischen Industriegesellschaft selbst. Doch bedenkt man, daß Saint-Simon als erster einen in die Zukunft projizierten utopischen Gesellschaftsentwurf vorlegte, in dessen Zentrum die moderne Industrie und der aus ihr hervorgehende »Technische Staat« stand, so muß er als einer der wichtigsten Stichwortgeber des utopischen Diskurses im 19. und frühen 20. Jahrhundert gelten.

- 1 Im folgenden zitiere ich nach folgender Edition: Claude Henri de Saint-Simon, *Ausgewählte Schriften*. Übersetzt und mit einer Einleitung hrsg. v. Lola Zahn, Berlin 1977. Die Saint-Simon-Zitate, durch runde Klammern im Text gekennzeichnet, wurden verglichen mit den entsprechenden Passagen folgender französischer Ausgabe: *Œuvres de Claude-Henri de Saint-Simon*, Bd. 1-6, Paris 1966.
- 2 Zur ersten Information vgl. den kurzen Überblick bei Gerhard Stavenhagen, *Saint-Simon und die Saint-Simonisten*, in: *Handwörterbuch der Sozialwissenschaften*, Stuttgart u.a. 1956, S. 79-84, hier vor allem S. 81f.
- 3 Vgl. zur marxistischen Rezeption : *Saint-Simonismus*, in: *Kritisches Wörterbuch des Marxismus*, Hrsg. v. Georges Labica und Gérard Bensussan. Dt. hrsg. v. W.F.Haug, Bd.7, Berlin 1988, S. 1155-1158.
- 4 Vgl. Harold A. Larrabee, *Saint-Simon and the Saint-Simonism*, in: *Encyclopedia of Social Sciences*, Vol. 13, New York 1950, S. 510.
- 5 Vgl. Helmut Schelsky, *Der Mensch in der wissenschaftlichen Zivilisation*, Stuttgart 1956.
- 6 Vgl. Ernst Forsthoff, *Der Staat der Industriegesellschaft. Dargestellt am Beispiel der Bundesrepublik Deutschland*, 2. Auflage, München 1971.
- 7 Zu Leben und Werk Saint-Simons vgl. u.a. Thilo Ramm, *Die großen Sozialisten als Rechts- und Sozialphilosophen. Erster Band: Die Vorläufer. Die Theoretiker des Endstadiums*, Stuttgart 1955, S. 216-242; Lola Zahn, *Einleitung zu Einführung (Anm.1)*, S.VII-CCI; Martinus Emge, *Saint-Simon. Einführung in ein Leben und Werk, eine Schule, Sekte und Wirkungsgeschichte*, München und Wien 1987.
- 8 Vgl. Martin U. Martel, *Saint-Simon*, in: *International Encyclopedia of the Social Sciences*. Ed. by David L. Sills, Vol.13, 1968, S. 592.
- 9 Stavenhagen, *Saint-Simon (Anm.2)*, S. 81.
- 10 Vgl. hierzu G. Gengembre, *Saint-Simon*, in: *Dictionnaire des Littératures de Langue Française*, Paris 1984, S. 2088 sowie Patrick Gardiner, *Saint-Simon*, in: *The Encyclopedia of Philosophy*, Ed. by Paul Edwards, Vol. 7, New York, London 19687, S. 276.
- 11 Stavenhagen, *Saint-Simon (Anm. 2)*, S. 80.

WOLFGANG SABATH

Festplatte.

Die Wochen im Rückstau

Deutschland ist in Gefahr! Eine Dömäne deutschen Gemüts und deutscher Wesensart ist letztens ins Wanken geraten – und kaum einer scheint es recht begriffen zu haben. Denn anders ist es nicht erklärlich, daß der Vorgang, der das eigentlich Ungeheure dokumentiert, von vielen Blättern gar nicht wahrgenommen und von etlichen mit läppischen sieben Zeitungszeilen abgetan wurde. Die lauten (in der Fassung des »Neuen Deutschland«) folgendermaßen:

»Halle. Sieger beim Jubiläumsturnier zum 100. Geburtstag des Deutschen Skatverbandes in Halle wurde am Wochenende Janusz Konowalski vom Skatverein aus Katowice in Polen.«

Deutsche Skater, schämt Euch! Zugegeben, der Sieg eines Auswärtigen war vielleicht nicht nur nicht vorgesehen, sondern auch nicht erwartet worden. Denn wir wissen ja, der Pole – so er nicht Wodka säuft, auf Russen und Juden schimpft und in die Kirche geht – spielt gemeinhin nicht Skat, sondern Bridge. Daß sie in Katowice (gemeint ist offenbar jene Siedlung im Oberschlesischen, die in der Reisebeilage der schon oben erwähnten Tageszeitung neuerdings immer Kattowitz genannt wird) sogar einen Skatverein haben, überrascht mich. Ich muß da wohl eine Entwicklung verschlafen haben. Aber vielleicht findet sich bei den ober-schlesischen Konowalskis auf dem Boden in Opas Kommode aus deutscher Zeit noch ein Wehrpass oder ein Personaldokument der Waffen-SS. Dann ginge Skatsieger Janusz K. vielleicht doch noch als Deutscher durch, und alles hätte wieder seine Ordnung.

Eine andere Überraschung ereilte uns im Berichtszeitraum aus Monica-Land. Die Lewinsky, des Clintons Lieblingszigarre, hat sich in einem Fernsehinterview bei den Amerikanern »für ihren

Anteil an dem Sexskandal um Präsident Bill Clinton entschuldigt«. (dpa) Diese Entschuldigung, folgen wir einer dpa.-Vorabmeldung, hatte es in sich: »Zu den möglichen Ursachen für ihre Neigung zu älteren Männern erklärte sie, sie benötige eine Menge Zuwendung, die ihr deutschstämmiger Vater ihr wegen seiner ›germanischen Erziehung‹ nicht habe geben können.«

Verdammt noch mal, ich bin stolz, ein Deutscher zu sein! Muß ich mir das jetzt von einer hergelaufenen Praktikantin vermiesen lassen?

Aber es kamen zum Glück auch positive Nachrichten aus Amerika. In einer Korrespondenz des »Tagesspiegel« war zu lesen, in den USA könnten jetzt auch Säрге und Urnen übers Internet bestellt werden – und zwar zu Discountpreisen. Die Bronze-Urne »Remembrance«, für die New Yorker Bestatter bis zu 1 000 Dollar verlangten, könne man per Mausclick beim Online-Versender Discounturns (www.discounturns.com) für 430 Dollar erhalten. Neuerdings, werden wir aufgeklärt, gebe es sogar Superspar-Urnen ab 29,95 Dollar. Nichts wie hin – Amerika sehen und sterben!

Themenwechsel. In den vergangenen Wochen hatten in Deutschland die Imitatoren ihre großen Einsätze. Der Kanzler imitierte Lebensart, indem er – »ich komme aus kleinen Verhältnissen« – als Model für Armani auftrat, Joseph Fischer spielte den Josef Wirth oder den Rathenau und Lafontaine einen Linken. Gunda Röstel gab die im Westen angekommene Ostgrüne. Doch während den anderen ihre Rollen mehr oder weniger abgenommen werden, könnte sich die ehrgeizige Thüringerin ihre Mühe eigentlich sparen. Denn auch sie, wenn wir ihr Alter richtig einschätzen, muß schon in einer DDR-Kinderkrippe oder im Kindergarten zwangsgetopft worden sein. Über die Spätfolgen des kollektiven und verordneten Kotens war in den letzten Wochen ausführlich in den Zeitungen zu lesen gewesen – aus der Ost-Gunda kann gar keine West-Gunda werden. Wie auch immer: Es mögen diese und auch noch viele andere Imitate gewesen sein, die den Berliner Rundfunksender »104,6 RTL« auf die zwar nicht sehr neue, aber immer wieder Schadenfreude produzierende Idee brachte, den Bundespräsidenten nachahmen zu lassen. Der Chefredakteur des Senders hatte sich als Staatssekretär im Bundespräsidialamt ausgegeben und war als solcher bis zu Schröders Handy vorgeedrungen. Dann übergab er an einen Stimmenimitator, der den Herzog mimte. Der ließ sich nun von Schröder erzählen, wer neuer Finanzminister werden solle.

Ja, natürlich, hinterher imitieren sie nun auch wieder alle. Die einen Empörung, die anderen Zerknirschung und Entschuldigung. Das gehört zur Inszenierung. Das nennt sich dann Politik. Doch wir können mit hundertprozentiger Sicherheit davon ausgehen, daß die direkt Betroffenen insgeheim über den Coup lachen. Nur die immer bei derartigen Vorgängen unvermeidlich zwischengeschalteten Bürodienner und Kanzleibeamten sind möglicherweise wirklich empört.

Das darf uns egal sein.

Ursula El-Akramy: Transit Moskau.
Margarete Steffin und Maria Osten,
Europäische Verlagsanstalt Hamburg
1998, 406 S. (38,00 DM)

Mit dem Thema »Frauen im Exil« befaßt sich seit 1991 eine Arbeitsgruppe der Gesellschaft für Exilforschung e.V. – ihre jüngste, die 8., wissenschaftliche Tagung fand im Oktober des vorigen Jahres in der Berliner Gedenkstätte deutscher Widerstand statt und war dem Exil in der UdSSR gewidmet. Simone Barck (Berlin) schätzte in ihrem Vortrag über lebensgeschichtliche Erfahrungen deutscher Frauen im sowjetischen Exil die Opfer des institutionalisierten Terrors unter den Emigrantinnen auf annähernd 3 000. Eine von ihnen war die aus Deutschland stammende Maria Osten. Auch für ihre Lebensgeschichte ist die Grundidee der von der Gesellschaft initiierten Forschungen produktiv, sich nicht darauf zu beschränken, die Vergangenheit zu konservieren, sondern für das Einlösen der vergangenen Hoffnungen zu wirken.

Diesem Anliegen dient auch die biographische Studie von Ursula El-Akramy über zwei deutsche Frauen, deren Lebenswege sich im sowjetischen Exil berührten. Bewegend sprach die Autorin darüber zu den Teilnehmerinnen der erwähnten Tagung. Sie befaße sich jedoch nicht allein mit Maria Osten, sondern verband deren Lebensgeschichte ebenso kunstvoll wie übersichtlich und überzeugend mit der Lebensgeschichte Margarete Steffins. Diese verstarb, im sowjetischen Exil lebend, an einem Lungenleiden. Beiden gebührt, so die Autorin zu Recht und als Grunderkenntnis ihre Buches, »ein Platz in der Geschichte der Exilliteratur« (S. 340).

Margarete Steffin und Maria Osten verband vieles. Sie waren nahezu gleichaltrig. Obwohl sie sehr unterschiedliche ursprüngliche Sozialisierungserfahrungen hatten, in einer Berliner Arbeiterfamilie die eine, in einer Grundbesitzer- bzw. Gutspächterfamilie die andere, entschieden sie sich für den politischen Kampf in den Reihen der KPD. Beide wirkten literarisch-publizistisch bzw. editorisch sowohl in Deutschland und in der Sowjetunion als auch auf internationalem Parkett. Sie stritten für eine antikapitalistische, sozialistische Vision.

Sie engagierten sich für die antifaschistische deutsche Literatur im Exil und die antifaschistische Politik, z.B. bei der Verteidigung der Spanischen Republik gegen den Putschisten Franco und Hitlers Legionäre. Sie wirkten mit bei internationalen antifaschistischen Schriftstellerkongressen zur Verteidigung der Kultur, bei der Herausgabe der antifaschistischen Zeitschrift »Das Wort« oder – so Maria Osten – als Autorin des Buches »Hubert im Wunderland«.

Beider Leben, aus freier Entscheidung in den Dienst der »gerechten Sache« gestellt und sowohl erfüllt durch bleibende literarisch-publizistische Leistungen als auch reich an tiefen persönlichen und gesellschaftspolitischen Enttäuschungen (z.B. die Haltung ihres Ziehsohns Hubert L'Hoste gegenüber Maria Osten oder von Bert Brecht gegenüber Margarete Steffin oder die durch nichts zu rechtfertigende Verurteilung Maria Ostens durch die Exilführung der KPD), endete nach Beginn des Zweiten Weltkrieges im »Wunderland«. Für die beiden jungen Frauen erwies sich Moskau nicht als Zwischenstation – hier setzten der Tod und die Todbringer die Schlußpunkte.

Beider Lebensleistung wurde lange Zeit totgeschwiegen. Maria Osten war als »Volksfeindin« aus dem politischen Leben »eliminiert« worden. Margarete Steffins literarisch-editorische Tätigkeit blieb ungenannt oder wurde verkleinert, ihr Beitrag zum Werk B. Brechts verlogen diskriminiert, sie selbst als aufdringliche literarische oder sexbezogene »Dienstmagd« abgetan. Margarete Steffin hatte sich für ein Leben im Kreis Bertolt Brechts entschieden, Maria Osten (der gewählte Name de guerre symbolisierte ihre politischen Hoffnungen) stand an der Seite Michail Kolzows, des geachteten Journalisten und Herausgebers im Moskau der dreißiger Jahre. Über all diese Lebensstationen unterrichtet El Akramys Buch mit gleichermaßen großer Sachkenntnis wie großer kritischer Sympathie für die Lebensgeschichten ihrer Heldinnen. Dies geschieht vor allem an Hand der originären und der Vergessenheit entrissenen Leistungen der beiden Frauen. Verständlich für den heutigen Leser sind sie nur, wenn sie in die Kämpfe der Zeit eingebettet und aus den damaligen Auseinandersetzungen heraus erklärt werden. Mit de-

tektivischem Spürsinn hat die Autorin bislang unbefragte Zeitzeugen gefunden und deren Aussagen genutzt. Nicht ohne angebrachte Schärfe polemisiert El Akramy gegen Versäumnisse und eingeschlifene Wertungen (z.B. S. 234ff.) der Lebensleistungen von Steffin und Osten. Eine weitere Spurensuche in Rußland und die Erschließung dort jüngst veröffentlichter Quellen zum Thema hätten mit Sicherheit z.B. zur Lebensgeschichte Maria Ostens noch mehr Unbekanntes zu Tage gefördert, auch die Schicksale z.B. der spanischen Emigrantenkinder differenzierter bewertet werden können.

Bei einer Neuauflage wären neben andernorts durch Wladislaw Hedeler angemerkten redaktionellen bzw. editorischen Unzulänglichkeiten (z.B. ungenaue Angaben zu Julia Annenkowa und Wilhelm Knorin, ebenso die Angaben zu Alexander Fadejew, S. 15) oder etwa die Vermutung, Maria Osten habe die letzten Monaten ihre Lebens außerhalb der Gefängnismauern im Hotel Baltshug verbracht, zu korrigieren. Auch sollte der 1997 in Moskau erschienene Sammelband »Gebt mir die Freiheit zurück«, in dem exaktere Angaben über die letzten Lebensmonate von Maria Osten enthalten sind, genutzt werden. Beim »Hotel« Baltshug handelte es sich in Wirklichkeit um ein Wohnheim für Emigranten und bzw. oder ausländische Facharbeiter mit einer Belegung von bis zu einem Dutzend Personen in einem Zimmer. Schließlich sollten transkribierte Bezeichnungen (z.B. S. 29 oder 271) korrekt dem ursprünglichen Sinn entsprechen.

Diese geringfügigen Unzulänglichkeiten ändern nichts an der Tatsache, daß das Buch von großem Wert ist und findig recherchierte neue Informationen mit schlüssigen Bewertungen zu den Biographien Margarete Steffins und Maria Ostens und zur antifaschistischen deutschen Emigrationsgeschichte verbindet. Moskau erwies sich letztendlich für Margarete Steffin und für Maria Osten als der Endpunkt ihrer an Erfüllung, Erfahrungen und an Enttäuschungen reichen Lebensgeschichten.

GERD KAISER

Hans-Herrmann Hartwich:
Die Europäisierung des deutschen
Wirtschaftssystems, Leske + Budrich
Opladen 1998, 368 S. (48,00 DM)
Bruno Cattero (Hrsg.):
Modell Deutschland – Modell Europa.
Probleme und Perspektiven,
Leske + Budrich, Opladen 1998,
310 S. (48,00 DM)

So wie Spezialisierung nicht nur eine besondere Form der Qualifizierung ist, sondern zugleich auch Dequalifikation bedeutet, führt eine zunehmende Fülle von Informationen nicht unbedingt zu einer Erweiterung des Wissens. Mitunter, insbesondere dann, wenn sie mit einem Defizit an ganzheitlicher Sicht und einem geringeren Verständnis globaler Zusammenhänge einhergeht, bewirkt sie auch das Gegenteil, nämlich geistige Enge und Verarmung. Sichtbar wird dies in »offensichtlichen Diskrepanzen unserer Wirklichkeitswahrnehmung«, wie sie jeder schon erlebt hat, wenn er die Analysen hochspezialisierter Fachwissenschaftler mit der Komplexität der Lebenswirklichkeit konfrontiert: Wissenschaftlich objektiv »richtige« Aussagen erweisen sich dann oftmals als problematisch oder gar »falsch«, da sie das Wirkungsumfeld ausklammern und nicht alle Folgen vorgeschlagener Maßnahmen berücksichtigen. So können zum Beispiel ökonomisch richtig gedachte Schritte zur Standortsicherung und zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands wie die »Flexibilisierung der Arbeit« oder die »Verschlankung des Sozialstaats« das ausbalancierte System der sozialen Marktwirtschaft kippen und eine politische Radikalisierung bewirken, die dann auch ökonomisch in den Ruin führen würde. Oder, um ein anderes Beispiel anzuführen, die Erzielung ständiger Leistungsbilanzüberschüsse (Deutschland als »Exportweltmeister«) kann zu globalen Ungleichgewichten führen, welche die internationale Arbeitsteilung und den Handel gefährden, bis schließlich die Weltwirtschaft insgesamt in eine Krise rutscht, Deutschland eingeschlossen.

Der renommierte Politikwissenschaftler H. H. Hartwich verfolgt mit seinem Buch das

Ziel, auf derartige Zusammenhänge und Gefahren aufmerksam zu machen und so die Grenzen einer nur *ökonomisch* verstandenen Wirtschaftspolitik zu demonstrieren. Indem er unterstellt, daß »kein ökonomisches Konzept zukunftsfähig ist, das nicht die Ökonomie eingebettet sieht in gesellschaftliche Pluralität und demokratisch mehrheitlich legitimierte Politik« (S. 12), bezieht er gegenüber der allein auf ökonomische Rationalität ausgerichteten neoklassischen Wirtschaftstheorie Position. Da die gegenwärtig in der westlichen Welt praktizierte und von der neoklassischen Schule propagierte Lebens- und Wirtschaftsweise in seinen Augen prinzipiell nicht zukunftsfähig ist, sind nicht nur praktische Veränderungen angemahnt, sondern gleichermaßen theoretische, angefangen beim Glauben an die Omnipotenz des Marktes bis hin zur Verklärung der monetären Stabilität als dem vermeintlich einzigen Garanten stabiler Entwicklung.

Im einleitenden Kapitel weist der Autor auf die historische Dimension sich vollziehender Entwicklungsprozesse hin und gelangt dabei zu überraschenden Einsichten. So zum Beispiel in bezug auf die soziale Marktwirtschaft und den bundesdeutschen Sozialstaat, welcher nicht nur eine demokratische Komponente aufweist, sondern auch konservativ-paternalistische Wurzeln besitzt. »Für künftige Ausgestaltungen könnte die Erinnerung daran nützlich sein« (S. 32). Das gleiche gilt für die neoliberale Doktrin, deren theoretische Grundlage, die neoklassische Theorie, *viel mehr* enthält als die angebotsorientierte Wirtschaftspolitik heute einräumt (vgl. S. 37ff.). Eine Rückbesinnung auf heute weniger favorisierte Theoriebestandteile könnte für die Begründung aktueller wirtschaftspolitischer Schritte durchaus hilfreich sein.

Sehr interessant zu lesen ist auch der Abschnitt über die besondere »Stabilitätshysterie« der Deutschen, welche auf das »Inflationstrauma« von 1923 und 1945 zurückgeführt wird (vgl. S. 60ff.). Hartwich zeigt hier, daß die »Stabilitätskultur« in der Bundesrepublik keineswegs allein auf die Politik der Bundesbank zurückzuführen ist und daß letztere auch nicht immer so autonom handelte, wie sie vorgibt, sondern dem gesamtpolitischen Kontext gemäß, unter Beachtung der jeweils besonde-

ren politischen Bedingungen. Weitere Themen des Bandes sind die »Tarif-Autonomie«, die »Arbeitsgesellschaft«, die »Globalisierung«, die »Ökologie« und natürlich »Europa«. Das entscheidende Problem der Gegenwart wird darin gesehen, daß sich die politischen und wirtschaftlichen Bedingungen in den letzten Jahren »fundamental geändert« haben, die Wirtschaftswissenschaftler aber »noch keine überzeugenden neuen Konzepte« gefunden haben: Eine Situation, die allenthalben Unsicherheiten erzeugt. Exemplarisch wird dies an den strukturellen Folgen der Transformation Ostdeutschlands demonstriert. Wenn der Autor betont, daß die deutsche Vereinigung »einen gravierenden Einfluß auf das deutsche Wirtschaftssystem« hat, als Beleg dafür aber nur »Kosten« und »Schulden« anführt, so verfällt er selbst einer gewissen Einseitigkeit, denn die Mehreinnahmen und Gewinne westdeutscher Unternehmen und Privathaushalte waren nicht geringer. Etwas mehr Ausgewogenheit der Argumentation hätte man sich hier schon gewünscht.

Im vierten Kapitel zeigt Hartwich, wie angesichts globalisierter Märkte und einer auf Deregulierung setzenden Wirtschaftspolitik das Idealbild des Ordoliberalismus, die soziale Marktwirtschaft, zur Ideologie verkommt. »Die ordoliberalen Prinzipien erfassen die Wirklichkeit nicht« mehr. Die »nationalen Ordnungsregeln werden immer mehr außer Kraft gesetzt, ohne daß schon ein Ersatz in Sicht wäre« (S. 191). Damit ist die Frage des Sinns oder Unsinn einer »europäischen Wettbewerbspolitik« aufgeworfen und einer möglicherweise notwendig werdenden Regulierung! Zum Schluß plädiert Hartwich für eine neue Ordnungspolitik in Europa und ein neues Ordnungsmodell, das auf den Grundprinzipien »kooperativer rahmengestaltender Ordnung und Markt« (S. 325) aufgebaut ist. Die ordoliberalen Grundsätze sollen hierin ebenso aufgehoben sein wie die markt-radikalen.

Offen bleibt allerdings die Frage nach der Legitimation der »Ordnungskompetenz« im künftigen Euroland und Europa.

Zentrales Thema des von Bruno Cattero herausgegebenen Sammelbandes ist die Frage, ob das deutsche Modell einer sozialen Marktwirtschaft »mögliche Referenzfolie«

für ein künftiges europäisches Modell des Kapitalismus sein könnte (vgl. S. 5).

Den Ausgangspunkt dafür bildet die Unterscheidung zwischen einem »angelsächsischen« und einem »rheinischen« Kapitalismus. Da sich jedoch seit 1989 der sozioökonomische und regionale Bezugsrahmen des »deutschen Modells« erheblich gewandelt hat, steht dieses heute selbst in Frage; mehr aber noch und erst recht seine Übertragbarkeit auf andere Länder. Neben den ausgesprochenen Schwächen des »Modells Deutschland« gibt es hier vielleicht aber auch Stärken und Entwicklungspotentiale zu entdecken, die für die Gestaltung Europas von Interesse sind. Zumal das Modell des »angelsächsischen Kapitalismus« auch nicht allen Zukunftsproblemen gegenüber in ausreichendem Maße gewappnet zu sein scheint. Die Beiträge des Bandes befassen sich mit dieser aktuellen Problematik, indem sie »die einzelnen Elemente der Referenzfolie in ihrem jeweiligen Wirklichkeitsbezug analytisch« (S. 8) hinterfragen und zu wesentlichen Punkten durchaus diskussionsfähige Positionen aufbauen. Einige, für das Gesamtkonzept wichtige Gesichtspunkte sollen herausgegriffen und diskutiert werden. Andere, nicht weniger bedeutsame Aspekte müssen in Anbetracht der Zahl der Beiträge (14) zurückstehen.

Jan Prieue setzt sich in seinem übersichtsartig abgefaßten Beitrag mit der vermeintlichen »Standortkrise« Deutschlands und der angeblich »fehlenden Wettbewerbsfähigkeit« der deutschen Wirtschaft auseinander. Er hält beide Begriffe für »untauglich«, um die realen Probleme zu erfassen (vgl. S. 57). Seiner Meinung nach sind die Hauptprobleme vielmehr die auf einem Nachfragemangel beruhende hohe Arbeitslosigkeit und die Innovationsschwäche der deutschen Wirtschaft (vgl. S.58). Darüber hinaus räumt er den Folgen der Transformation Ostdeutschlands einen bestimmten Rang auf der Problemskala ein. Er belegt seine Thesen empirisch. Theoretisch folgt er weitestgehend einem keynesianischen Argumentationsmuster.

Horst Kern und Michael Schumann befassen sich mit dem Produktionsmodell Deutschlands. Gestützt auf eingehende Beobachtungen in deutschen Unternehmen machen sie in jüngster Zeit Gegentendenzen zur innovativen

Arbeitspolitik als Reaktion auf die »Globalisierung« aus. Hierzu zählen sowohl die »De-Technisierung«, worunter die technologische Abspeckung, die Zurückführung des Flexibilitätsniveaus automatisierter Fertigungstechnik u.ä. verstanden wird, als auch die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, die Renaissance des Fließbandes und anderer fordistischer Formen. Sie resümieren: »Die neue Rationalisierungspolitik kontrastiert mit dem ›Geist‹ der innovativen Arbeitspolitik: Eigeninitiative, Partizipation, Verantwortlichkeit und diskursive Zielfindung werden obsolet, Produktivitätszugewinn wird über die Wiedereinführung von Hierarchie, Kontrolle und Exklusion gesucht« (S. 92). Sie sehen hierin die Möglichkeit kurzfristiger Produktivitäts- und Gewinnsteigerungen, nicht aber eine Strategie längerfristiger und nachhaltiger Entwicklung. Insofern erweist sich der momentan in deutschen Unternehmen zu konstatierende »Pfadwechsel aufs amerikanische Modell« (S. 96) als höchst problematisch. Die Chancen einer langfristig erfolgreichen Entwicklung, die gegenwärtig durchaus noch gegeben sind, könnten dadurch verschenkt bzw. einem kurz-sichtigen Gewinnkalkül geopfert werden. Die Autoren plädieren für den entgegengesetzten Weg, für eine nachhaltige Produktivitätsentwicklung auf der Grundlage verstärkter Sachkapitalbildung und Qualifikation der Arbeitskräfte.

Zu den strukturellen Besonderheiten des deutschen Kapitalismus gehört auch, daß sich die Unternehmen vor allem über langfristige Kredite und weniger über Aktienemissionen finanzieren. Mit den Vor- und Nachteilen dieser Spezifik setzen sich Nestor D'Alesso und Herbert Oberbeck in ihrem Aufsatz auseinander. Unter Berücksichtigung aktueller Entwicklungen gelangen sie dabei zu der Aussage, daß die »Abschottung der Konzerne vom Markt der Unternehmenskontrolle und Marktkapitalisierung des Unternehmenswertes durchaus kompatibel sind« (S. 113). Trotz bestimmter Ähnlichkeiten bleiben Unterschiede zwischen dem deutschen und dem amerikanischen Modell bestehen, wie die Rolle deutscher Großbanken als Akteure von Industriepolitik seit den achtziger Jahren beweist.

Der dritte Abschnitt ist den »industriellen Beziehungen« – als einem weiteren wichtigen

Bestandteil des deutschen Modells aus der Sicht der europäischen Perspektive – gewidmet, darunter den Arbeitsbeziehungen, der Mitbestimmung und den Problemen der Interessenrepräsentation und -wahrnehmung. Im vierten Abschnitt wird das Thema in einer Reihe von interessanten und lesenswerten Beiträgen aus komparatistischer Perspektive behandelt. Den Abschluß bildet ein Text von Stephan Lessenich: »Dynamischer Immobilismus«. Mit diesem in sich widersprüchlichen Terminus soll die Situation des deutschen Sozialmodells in der Gegenwart auf den Begriff gebracht werden: Institutionelle Stabilität und innerer Wandel bilden hier, der Analyse des Autors zufolge, eine Einheit. Bezeichnend für diesen Beitrag ist die an Paradoxien reiche Sprache und die sich dahinter verbergende dialektische Denkweise. So sieht Lessenich in der reformverhindernden Verkrustung der Institutionen letztlich die Voraussetzung für die Reformfähigkeit des Modells. Er schreibt: »Verkrustete« gesellschaftliche Leitbilder bilden das normative Fundament flexibler institutioneller Anpassungen im deutschen Sozialmodell« (S. 292).

Im Sinne von Max Webers analytischer Aufarbeitung empirischer Konstellationen werden die Strukturen und Mechanismen des deutschen Gesellschaftsmodells untersucht. Deutlich wird dabei, daß dieses einem »permanenten Prozeß systemischen Wandels« unterliegt, bei Wahrung bestimmter Grundstrukturen. Wie sich die Dialektik von Kontinuität und Wandel im Konkreten vollzieht, wird schließlich am Beispiel der Sozialversicherung demonstriert. Abschließend wird die Grundfrage des Buches noch einmal thematisiert: Taugt das deutsche Modell für Europa oder geht es im Zuge der Europäisierung Deutschlands, im »Kampf der Kulturen«, unter? Die Antwort läßt, wie nicht anders erwartet, einiges an Klarheit zu wünschen übrig. Richtig dürfte jedoch sein, daß das zu verwirklichende europäische Sozialmodell weder ein Abziehbild Deutschlands noch eines anderen Landes sein wird. Vielmehr wird der Wandel »rekonfigurativen Charakter« haben: »Das resultierende Ordnungsmodell wird das Ergebnis einer Rekombination bestehender, nationaler Institutionenkomplexe sein« (S. 304). Die Frage nach den Prioritäten bleibt leider offen.

ULRICH BUSCH

Iiona Schleicher:

DDR-Solidarität im südlichen Afrika. Auseinandersetzung mit einem ambivalenten Erbe, hrsg. vom Solidaritätsdienst-international e.V., Berlin 1999, 96 S.

Daß in einem »vormundschaftlichen« Staatswesen wie der DDR auch das solidarische Engagement der Bevölkerung mit den um politische Unabhängigkeit ringenden Menschen in der »Dritten Welt« intensiver staatlicher »Steuerung« unterlag, ist inzwischen eine allgemein bekannte Tatsache. Eine dazu anerkannte Organisation war das Afro-Asiatische-Solidaritätskomitee der DDR (die Vorgängerinstitution des heutigen »Solidaritätsdienst-international e.V.«), über das ein großer Teil der humanitären Hilfe für die nationalen Befreiungsbewegungen in Afrika abgewickelt wurde – insofern stellt die vorliegende Studie wohl auch eine Art Aufarbeitung eines nicht immer unproblematischen Erbes dar.

Insbesondere in bezug auf das südliche Afrika – in dem die letzten Bastionen kolonialer Unterdrückung erst nach erbitterten (oft auch militärisch geführten) Auseinandersetzungen fielen – war der Balanceakt zwischen offiziell ausschließlich humanitärer Hilfe und inoffiziell auch gewählter »nichtzivilen« Unterstützung einigermaßen diffizil. Das eigentliche Problem liegt hier für Iiona Schleicher, die die feinen Verästelungen des widersprüchlichen Beziehungsgeflechts DDR – südliches Afrika mit großer Sachkenntnis aufarbeitet, nicht darin, daß sich die DDR-Führung auf Drängen pro-sozialistisch orientierter Befreiungsbewegungen in Moçambique oder auch in Angola Anfang der siebziger Jahre – nach langem Zagen – schließlich doch entschlossen hat, auch militärische Ausrüstungshilfe (einschließlich Handfeuerwaffen und Munition) bereitzustellen. »Die Verschleierung (von) »nichtzivilen« Transfers entsprach der Situation im Kalten Krieg, wobei Transparenz und Zirkulation von Waffen offensichtlich auch heute von den Beteiligten als unvereinbar angesehen werden« (S. 59). Für Sie besteht das Bedenkliche dieses Vorgehens vor allem in der Instrumentalisierung des Solidaritätskomitees für die organisatorische Abwicklung

und Bezahlung (!) auch »nichtzivil« Hilfsgüter. Damit wurden auch Millionen (naiver) Spender hintergangen, vor denen derartige staatlich verordnete Praktiken natürlich geheimgehalten wurden.

Über diesen eher moralischen Ansatzpunkt prinzipieller Kritik an staatlich gesteuerter Solidarität in der DDR hinaus fördert der von I. Schleicher erstmals der Öffentlichkeit präsentierte Einblick in bisher geheime Unterlagen des Partei- und Staatsapparats allerdings kaum Bemerkenswertes oder gar Überraschendes zutage. Wie auf vielen anderen Gebieten war die Politik der DDR-Führung auch im Bereich internationaler Solidarität durch Abhängigkeit von der Sowjetunion, verzagter Langsamkeit und wachsender Ressourcenknappheit geprägt – sie war alles andere als »revolutionär«. Spätestens seit Ende der siebziger Jahre wurden auf Veranlassung durch den SED-Wirtschaftsoberen Günter Mittag zudem Solidaritätsleistungen enger an kommerzielle Vorhaben der DDR in diesen Ländern gebunden. Dies reflektiert zweifellos die von I. Schleicher offensichtlich unterschätzte Tatsache, daß in einem Land ohne konvertierbare Währung, mit chronischem Ressourcenmangel und Geldüberhang bei der Bevölkerung Solidaritätsgüter nicht im herkömmlichen (marktwirtschaftlichen) Sinne »bezahlt« werden können. Zudem steht das »Verschenken« von evtl. auch gegen Devisen handelbaren Produkten unter den Bedingungen wachsender Auslandsverschuldung natürlich in einem prinzipiellen Widerspruch zum sich verschärfenden Exportzwang.

Eine besondere Stärke dieser bemerkenswerten Publikation besteht in der Ausgewogenheit der Darstellung und im Bemühen, wichtigen, heute längst vergessenen Aktivisten der DDR-Solidaritätsbewegung mit dem südlichen Afrika eine späte, aber höchst verdiente, Würdigung zuteil werden zu lassen. Immerhin können das Solidaritätskomitee und auch kirchliche Gruppen in der DDR und danach (wie viele andere linke Nichtregierungsorganisationen weltweit) mit großer Berechtigung von sich behaupten, daß sie im südlichen Afrika schon lange bevor westliche Regierungen ihre Sympathien für Nelson Mandela, Sam Nujoma u.a. »entdeckten« auf der »richtigen« Seite standen.

Zu beziehen ist die Broschüre, die auch statistisches Material präsentiert und einen Dokumentenanhang enthält, gegen eine Spende von 20,00 DM über den Solidaritätsdienstinternational e.V. (SODI), Grevesmühlener Str. 16, 13059 Berlin (Tel. 030/9286047; Fax 030/9286003).

ARNDT HOPFMANN

UTOPIE

Diskussion sozialistischer Alternativen

kreativ

Liebe Autorinnen und Autoren,

wir bitten Sie/Euch, beim Einreichen von Manuskripten zu beachten, daß Beiträge in »UTOPIE kreativ« nur veröffentlicht werden können, wenn sie in der eingereichten oder einer ähnlichen Form nicht anderwärts erschienen sind oder erscheinen werden.

Da wir nicht über festangestellte Redaktionsmitarbeiter und insbesondere nicht über Schreibkräfte verfügen, sollten Manuskripte an uns auf maschinenlesbaren Datenträgern sowie in einem Exemplar ausgedruckt eingesandt werden.

Wir bitten darum, möglichst die Textverarbeitungssysteme »Word« (für DOS, WINDOWS oder MACINTOSH) oder »Word-Perfect« bzw. »Works« (für DOS oder WINDOWS) zu verwenden. Der Text auf Diskette sollte zudem keine Trennungen oder sonstigen speziellen Formatierungen enthalten. Zur Erstellung von Tabellen bitten wir unsere Autor(inn)en, wenn irgend möglich, Tabulatoren zu verwenden.

Da wir in den jeweiligen Monatsheften möglichst viele Autoren und Themen berücksichtigen wollen, sollten Manuskripte für Sachbeiträge einen Umfang von ca. 4.000 Wörtern oder ca. 25.000 Zeichen (entspricht ca. 15 Normmanuskriptseiten) nicht über-

schreiten. Angaben zur/zu den AutorInnen und Marginalien (ca. im Verhältnis 1 : 5 zum Umfang des Beitrages; also auf 15 Manuskriptseiten kommen zusätzlich ca. 4 Seiten Marginalien) sind gesondert - aber auf ein und derselben, eindeutig beschrifteten Diskette - beizufügen. AutorInnen, die erstmals bei uns veröffentlichen, werden gebeten, ein Porträtfoto (möglichst kein Paßbild) einzusenden.

Der Kopf von Rezensionen bzw. Annotationen muß folgende Angaben (in der angegebenen Reihenfolge und Interpunktion) enthalten: Vorname Name der Autor(inn)en/ Herausgeber(innen): Titel, Verlag Ort Jahr, Seitenanzahl und (Preis). Der Text selbst sollte 1.000 Wörter bzw. 7.000 Zeichen (ca. 4 Manuskriptseiten) nicht überschreiten.

Mit der Veröffentlichung eines Beitrages geht das Recht zur Vervielfältigung, Verbreitung und Übersetzung auf die Zeitschrift über. Hiervon unberührt bleiben die Urheberrechte.

Für unverlangt eingehende Manuskripte kann keine Haftung übernommen werden. Eine Rücksendung ist nur dann möglich, wenn ein frankierter Rückumschlag oder Porto in Form von Briefmarken beigelegt wurde.

Die Redaktion

Preisliste für frühere Hefte

Heft 1 bis 16:	je	2 DM
Beilage (1991)		1 DM
Dokumentation (zu Heinrich Fink)		4 DM
Heft 17/18 bis 47/48	je	4 DM
Heft 49 bis 72	je	2 DM
Heft 73/74	je	4 DM
Heft 75 bis 84	je	5 DM
Heft 85/86	je	10 DM

Impressum

Redaktion:

WOLFRAM ADOLPHI, ARNDT HOPFMANN,
MARION SCHÜTRUMPF-KUNZE, ULLA PLENER,
ARNOLD SCHÖLZEL, JÖRN SCHÜTRUMPF (V.i.S.d.P.)
Herausgeber.: Förderverein Konkrete Utopien e.V.
Gründungsvorsitzende:

GUNTHER KOHLMAY und HELMUT STEINER
Verlag: NDZ/Neue Zeitungsverwaltung GmbH,
Weydingerstraße 14-16, 10178 Berlin
Verlagsarbeiten: RUTH ANDEXEL/MONIKA NOACK
Satz: MARION SCHÜTRUMPF-KUNZE

Redaktionsadresse:

Weydingerstraße 14-16,
10178 Berlin (Tel.: 030 - 2 40 09-561)
Druck: BärenDruck GmbH,
Plauener Straße 163-165, 13053 Berlin
Vertrieb: ND-Vertrieb, Alt Stralau 1-2,
10245 Berlin (Tel.: 030 - 29390800)
Einzelverkaufspreis: DM 10
Jahresabonnement (incl. Versand):
DM 108 (Inland), DM 144 (Ausland)
Förderabonnement (incl. Versand): DM 120